

Aboulghaith, Rascha Ali-Ahmed

Research Report

Die internationale EZA von Arab Aid: Entwicklungsdiskurs und Positionierung unter der Beachtung der "Neue-Geber-Debatte" anhand des Beispiels der Islamic Development Bank

ÖFSE-Forum, No. 62

Provided in Cooperation with:

Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE), Vienna

Suggested Citation: Aboulghaith, Rascha Ali-Ahmed (2015) : Die internationale EZA von Arab Aid: Entwicklungsdiskurs und Positionierung unter der Beachtung der "Neue-Geber-Debatte" anhand des Beispiels der Islamic Development Bank, ÖFSE-Forum, No. 62, ISBN 978-3-902906-18-2, Südwind-Verlag, Wien,
<https://www.oefse.at/publikationen/oefse-forum/detail-oefse-forum/publication/show/Publication/Die-internationale-EZA-von-Arab-Aid-Entwicklungsdiskurs-und-Positionierung-unter-der-Beachtung-der-Neue-Geber-Debatte-anhand-des-Beispiels-der-Islamic-Development-Bank/>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/268144>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Die internationale EZA von Arab Aid:
Entwicklungsdiskurs und Positionierung unter der
Beachtung der „Neue-Geber-Debatte“ anhand
des Beispiels der Islamic Development Bank

Rascha Ali-Ahmed Aboulghaith

62 FORUM



Die internationale EZA von Arab Aid:
Entwicklungsdiskurs und Positionierung unter der
Beachtung der „Neue-Geber-Debatte“ anhand
des Beispiels der Islamic Development Bank

Rascha Ali-Ahmed Aboulghaith

Dezember 2015

OFSE 
Österreichische Forschungsstiftung
für Internationale Entwicklung

1. Auflage 2015

© Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE)

im C3 – Centrum für Internationale Entwicklung

A-1090 Wien, Sensengasse 3, Telefon: (+43 1) 317 40 10, Fax: (+43 1) 317 40 10 – 150

e-mail: office@oefse.at, Internet: <http://www.oefse.at>, <http://www.centrum3.at>

Für den Inhalt verantwortlich: Rascha Ali-Ahmed Aboulghaith

Druck: druck.at

Südwind-Verlag

ISBN: 978-3-902906-18-2

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Vorwort

Die Rolle der arabischen Staaten als entwicklungspolitische Akteure ist sowohl im politischen als auch im wissenschaftlichen Diskurs nicht präsent. Dies mag einerseits auf sprachliche Barrieren und andererseits darauf zurückzuführen sein, dass der Diskurs über die neue Entwicklungsarchitektur nach wie vor westlichen Denk- und Analysemodellen folgt. Die Akteure der arabischen Geber, ihre Strategien und ihre Diskurse bleiben daher meist unsichtbar. Die Autorin Rascha Ali-Ahmed Aboulghaith schließt daher mit ihrer Diplomarbeit eine Lücke und zeigt mit Hilfe ihrer empirischen Analyse, dass die Entwicklungsziele, die Entwicklungskonzepte und Strategien Parallelen zu denen der westlichen Geber aufweisen. Obwohl die Basis für die arabischen Geber islamische Konzepte und Vorstellungen sind, finden sich auch Hinweise auf die Millennium Development Goals (MDGs) in Dokumenten der arabischen Geber. Der Autorin ist es zu verdanken, dass sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede und Überschneidungen der Islamic Development Bank mit dem westlichen Entwicklungsdiskurs herausgearbeitet werden. Die Autorin führt die geringe Berücksichtigung der arabischen Akteure im internationalen Diskurs auf die westliche Dominanz und das Bestreben des Westens diese beizubehalten zurück. Mit dem Ende der MDGs und dem neuen Referenzrahmen der Sustainable Development Goals rückt jedoch die Süd-Süd-Zusammenarbeit stärker in den Fokus des internationalen Diskurses und es wird sich zeigen, ob die Dominanz des Westens beibehalten werden wird.

Die vorliegende Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Diskussion der Rolle der „neuen Akteure“. Wir freuen uns deshalb, die Arbeit von Frau Rascha Ali-Ahmed Aboulghaith in unserer Reihe ÖFSE-Forum publizieren zu dürfen.

Dr. Michael Obrovsky

Leitung des Bereichs Wissenschaft & Forschung der ÖFSE



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die internationale EZA von Arab Aid: Entwicklungsdiskurs und
Positionierung unter der Beachtung der „Neue-Geber-Debatte“
anhand des Beispiels der Islamic Development Bank“

Verfasserin

Mag. phil. Rascha Ali-Ahmed Aboulghaith

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Individuelles Studium Internationale Entwicklung

Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Petra Dannecker

Eidesstattliche Erklärung:

„Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.“

Unterschrift:

Wien, am 27.01.2014

Rascha Ali-Ahmed Aboulghaith

Einleitung	1
Entwicklungsdiskurs	4
Die Anfänge	4
1950er und 60er Jahre.....	4
1970er Jahre.....	5
1980er Jahre.....	6
1990er Jahre	6
Die Gegenwart	9
2000er Jahre.....	9
Die Zukunft.....	18
Neue Entwicklungen.....	19
Neue Entwicklungsdiskurse	22
Post-2015 und Rio+20.....	22
Konkrete Forderungen	23
Post-2015-Agenda-Prozess auf UNO-Ebene.....	26
Fazit	28
Neue Geber.....	29
Wer oder was sind neue Geber?	29
Profil neuer Geber	34
Brasilien	35
Indien	36
China	38
Zusammenfassung: Charakteristika neuer Geber	41
Reflexion	42
EZA-Debatte: eine kritische Auseinandersetzung.....	44
Eigeninteressen	44
Wettbewerbsverzerrung und Korruption	45
Intransparenz	46
Wirksamkeit	47

Verschuldung von LDCs.....	48
Konditionen und Machtverhältnisse	49
Souveränitätsprinzip	49
Machtverhältnisse	50
Good Governance.....	53
Fazit: Motive in der EZA.....	57
Zusammenfassung: EZA-Debatte	58

Die Verortung „neuer Geber“ im herrschenden Entwicklungsdiskurs Arab Aid: Fallbeispiel der Islamic Development Bank

.....	61
Analyseziel.....	74
Islamic Development Bank	74
Analysematerial	75
Methode	76
Qualitative Inhaltsanalyse	76
Kategorien	77

Zusammenfassung der Analysedokumente..... 78

“The Islamic Development Bank Vision 1400 H. A Vision for Human Dignity”	78
Entstehungssituation	78
Formale Charakteristika	78
Inhaltliche Zusammenfassung.....	79
Entwicklungskonzept.....	79
Indikatoren und Bezugnahmen	80
Leitprinzipien	80
Allgemeine Ziele.....	81
Ziele bis 2019	82
Akteure und Entwicklungspartner	83
„First Five-Year Strategy (2008-2012) for the Islamic Solidarity Fund for Development (ISFD)“	84
Entstehungssituation	84
Formale Charakteristika	84

Inhaltliche Zusammenfassung.....	85
Konzept und Strategie	85
Indikatoren	85
Ziele	85
Leitprinzipien	85
„Policy Paper on Poverty Reduction“	86
Entstehungssituation	86
Formale Charakteristika	86
Inhaltliche Zusammenfassung.....	87
Konzept	87
Indikatoren	87
Ansatz und Strategie	87
Ziele	87
Akteure	88
Analyse	89
Korrelation der drei analysierten Dokumente	89
Konzepte	90
Entwicklungskonzept: „A Vision for Human Dignity“	90
Entwicklungskonzept: „Policy Paper on Poverty Reduction“	92
Konzept „Unterentwicklung“	96
Ansätze	97
Konzept für eine erfolgreiche Armutsreduktion	99
Good Governance.....	101
Prinzipien	104
Ziele	107
Überblick: Ziele der IDB.....	108
Selbstdefinition und Aufgabe	109
Akteure.....	110
Entwicklungsrelevante Indikatoren/Bezugnahmen	111
MDGs	112

Zusammenfassung Ergebnisse: EZA der IDB.....	113
Reflexion und Vergleich der Resultate mit dem westlichen „Entwicklungsdiskurs“ und den Kooperationsprinzipien „neuer Geber“	114
Interpretation	120
Conclusio.....	122
Literaturverzeichnis	124
Anhang	136
Abstrakt	136
Abstract	137
Curriculum Vitae.....	138

Abkürzungsverzeichnis

AAA	Accra Agenda for Action
ABC	Brazilian Cooperation Agency
ADFD	Abu Dhabi Fund for Development
AGFUND	Arab Gulf Program for United Nations Development Organizations
AFESD/Arab Fund	Arab Fund for Economic and Social Development
AMF	Arab Monetary Bank
BADEA	Arab Bank for Economic and Social Development in Africa
BNE	Bruttonationaleinkommen
BRICs	Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
DAC	Development Assistance Committee der OECD
Eurodad	European Network on Debt and Development
EPA	Economic Partnership Agreement
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FSP	Principles for Good International Engagement in Fragile States and Situations
KFED	Kuwait Fund for Economic Development
EXIM	Export-Import-Bank
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DFC	Development Cooperation Forum“
HIPC	Heavily indebted poor countries
G-77	Gruppe der 77
GDN	Global Development Network
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
IFIs	internationale Finanzinstitutionen
NIEO	New International Economic Order
SDGs	Sustainable Development Goals
BIP	Bruttoinlandsprodukt
GSGs	Global Sustainability Goals
NGOs	Non-Governmental Organisations
MDGs	Millennium Development Goals
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development

ODA	Official Development Assistance der OECD-DAC Mitgliedsstaaten
OIC	Organisation of Islamic Cooperation
PSGs	Peacebuilding and Statebuilding Goals
SDSN	Sustainable Development Solutions Network
SDGs	Sustainable Development Goals
SFD	Saudi Fund for Development
SLE	Seminar für Ländliche Entwicklung
TCDC	Plan of Action for Promoting and Implementing Technical Co-operation among Developing Countries
UNDP	United Nations Development Programme
UN	United Nation
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UN-ECOSOC	Economic and Social Council
UNEP	UN-Umweltprogramm
VENRO	Verband Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen
WTO	World Trade Organisation

Einleitung

Obwohl arabische Geber auf eine vierzigjährige Gebertradition zurückblicken können, werden sie in der Literatur oft zu den „neuen“ Gebern gezählt. Sie haben überdurchschnittliche ODA-Quoten und leisten große Summen, auch an internationale Organisationen. Alleine Saudi-Arabien war beispielsweise im Jahr 2008 nicht nur der weltweit größte humanitäre Geber, sondern auch der drittgrößte Entwicklungsmittelgeber nach den USA und der EU. Die ODA-Mittel Saudi-Arabiens in diesem Jahr überstiegen mit 5,56 Milliarden US-Dollar die Zahlungen der meisten DAC-Mitgliedsländer und betragen 1,3 % des BNE Saudi-Arabiens, wohingegen die meisten DAC-Mitglieder das offizielle Ziel von 0,7 % des BNE nie erreicht haben (vgl. Smith/Yamashiro Fordelone/ Zimmermann 2010: 2, Knappe 2011a, Mischo/Rehbein 2012: 29).

Die wichtigsten arabischen Geberstaaten neben Saudi-Arabien sind Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate. Diese drei Staaten sind die einzigen arabischen Staaten mit staatlichen Entwicklungsorganisationen, in diesem Falle Fonds. Einen großen Teil ihrer EZA-Mittel leisten sie über bilaterale sowie regionale und internationale multilaterale Organisationen. Die Rede ist von beträchtlichen Summen, auch wenn die beiden Länder an die Leistungen Saudi-Arabiens nicht herankommen. Zur Veranschaulichung: im Jahr 2009 leistete Kuwait über bilaterale und multilaterale Kanäle insgesamt über 221,1 Mio. US-Dollar an Entwicklungsgeldern, die Mittel der Vereinigten Arabischen Emirate betragen etwas mehr als 833,6 Mio. US-Dollar und jene Saudi Arabiens insgesamt über 3,1 Milliarden US-Dollar. Zusammen beträgt ihre durchschnittliche ODA-Quote 1,5 % ihres gemeinsamen BNE. Dabei spiegeln diese Zahlen lediglich jene Mittel wider, die über ihre staatlichen Entwicklungsfonds fließen; Zusätzliche staatliche Gelder, die im Falle Saudi-Arabiens etwa über das Finanzministerium durch Mitglieder der Königsfamilie vergeben werden, scheinen in keiner Statistik auf (vgl. Denney/Wild 2011: 1.f., Knappe 2011a).

In der Literatur werden die Leistungen dieser drei Geberstaaten oft unter dem Begriff „Arab Aid“ subsumiert; wobei dieser Begriff – auch in der Literatur – für die Geldleistungen der größten bilateralen und multilateralen Geberorganisationen im arabischen Raum steht, die ihre EZA durch das Koordinationssekretariat des Arab Funds koordinieren. Diese acht Organisationen sind die nationalen Fonds: Saudi Fund for Development, Kuwait Fund for Economic

Development und Abu Dhabi Fund for Development sowie die multilateralen Organisationen: Arab Bank for Economic and Social Development in Africa (BADEA), Arab Gulf Program for United Nations Development Organizations (AGFUND), Arab Fund for Economic and Social Development (Arab Fund; AFESD), Arab Monetary Bank (AMF), Islamic Development Bank (IDB) und das OPEC Fund for International Development (OFID), welches zwar dazu gezählt wird, jedoch auch von anderen, nichtarabischen Ländern des Südens, getragen wird. Aber auch die Islamic Development Bank ist keine rein arabische Organisation, sondern besteht aus sechsfünfzig Mitgliedsstaaten, deren Bevölkerungen muslimisch oder mehrheitlich muslimisch sind und Mitgliedsbeiträge an die Organisation zahlen (vgl. AFESD [Jahr], ADFD 2008, IDB 2012).

Trotz des Umfangs ihrer EZA-Leistungen und ihrer großen Anzahl an Empfängerländern – hauptsächlich arabische Länder, zunehmend aber auch Subsahara Afrika und Teile Asiens (vgl. Denney/Wild 2011: 1) – stoßen jegliche Literaturrecherchen über arabische Entwicklungspolitik schnell an ihre Grenzen, denn große Forschungslücken existieren in diesem Bereich. Diese sind nicht nur auf sprachliche Barrieren zurückzuführen, sondern auch auf eine mangelnde Transparenz dieser Organisationen bezüglich ihrer Entwicklungspolitik. Zwar melden arabische Geber ihre Geldflüsse an das DAC und veröffentlichen diese auch in ihren Jahresberichten; doch aus diesen Quellen sind fast nur statistische Werte zu gewinnen: die Höhe der Geldmittel, die Art ihrer Verwendung sowie ihre Zielorte. Dadurch sind zwar das Volumen der Geldflüsse, die regionale Verteilung und die sektorale Verwendung der geleisteten EZA-Mittel ersichtlich, doch die Frage nach Motiven, Strategien und Konzepten dahinter bleiben meist unbeantwortet; die Ziele ihrer EZA-Politik sind nur sehr allgemein formuliert. Zu sogenannten „neuen Gebern“ wie China, Indien und Brasilien hingegen, existieren unzählige wissenschaftliche Gutachten und Arbeiten – trotz der kritisierten Intransparenz bezüglich Informationen und Daten über ihre Aktivitäten. Darüber hinaus beherrschen sie durch die sogenannte „Neue-Geber-Debatte“, die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion über Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Hausmann 2008: 20).

Vor allem China, das sich seit einigen Jahren vermehrt in Afrika engagiert, erregt die Gemüter. Denn der afrikanische Kontinent stellt ein traditionelles Zielgebiet für die europäische Außen- und Entwicklungspolitik dar. Die Kritik lautet: China unterminiere westliche EZA-Standards und ignoriere internationale EZA-Erklärungen. Es gibt aber auch Stimmen, die Chinas Politik als positiv empfinden und sich von dieser die Beschleunigung eines längst überfälligen Wandels

in der postkolonialen europäischen Haltung in der EZA sowie die Durchbrechung der westlichen Hegemonie im Entwicklungsdiskurs erhoffen. Dabei ist eine Debatte über Konzepte und Strategien von „Entwicklung“ entbrannt, bei der die Fragen von Good Governance (guter Regierungsführung) und Demokratie eine zentrale Rolle spielen – vor allem angesichts der chinesischen Kooperation mit international isolierten Regierungen (vgl. Hackenesch 2009: 7, Mayer 2009: 44ff.).

Vergleicht man die Angaben jährlicher Entwicklungszahlungen von Arab Aid mit den Schätzungen jener Chinas und Indiens zeigt sich, dass Arab Aid es bezüglich des Umfangs seiner Zahlungen durchaus mit den beiden Ländern aufnehmen kann: während Indiens Ausgaben sich zwischen 0,4 und 2,1 und Chinas sich zwischen 1,5 und 25 Milliarden US-Dollar im Jahr belaufen, betrug die ODA Saudi-Arabiens, Kuwaits und der Vereinigten Arabischen Emirate beispielsweise im Jahr 2011 zusammengerechnet nach eigenen Angaben knapp 6,3 Milliarden US-Dollar, während die Entwicklungszahlungen der acht Akteure von Arab Aid im selben Jahr zusammengenommen fast 109,9 Milliarden US-Dollar ausmachten (vgl. AFESD 2012: 161ff., Mischo/Rehbein 2012: 29). Angesichts dieser hohen Ausgaben und z. T. ähnlicher regionaler Schwerpunkte der Kooperationen dieser drei Gebergruppen stellt sich die Frage, warum die „Neue-Geber-Debatte“ nur einen Teil der sogenannten „neuen Geber“ betrifft, und die anderen vernachlässigt?

Diese Diplomarbeit bemüht sich um eine Positionierung von Arab Aid in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit unter Beachtung des vorherrschenden Entwicklungsdiskurses und der „Neue-Geber-Debatte“. Die Schwierigkeit bei der Forschungsarbeit lag nicht nur bei den fehlenden Strategiepapieren der Akteure von Arab Aid; auch die Ergündung der Debatte um „neue Geber“ stellte sich trotz der Fülle an Materialien als schwierig heraus. Denn „Die meisten Autoren beschränken sich darauf, plakativ auf den schädlichen Einfluss der neuen Geberländer hinzuweisen [...]“ (Hausmann 2008: 4f.) ohne nähere Informationen zu liefern oder ihre Aussagen zu untermauern.

Entwicklungsdiskurs

Die Anfänge

1950er und 60er Jahre

Laut Aram Ziai vom Institut für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und Ulrich Menzel Professor für internationale Beziehungen und vergleichende Regierungslehre an der TU Braunschweig, verliehen die geopolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen der USA in den 1960er Jahren, die nach der Dekolonisierung und mit dem Kampf um Bündnispartner im eskalierenden Ost-West-Konflikt zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR einhergingen, dem Konzept „Entwicklungspolitik“ eine neue politische Dimension und Wirkungsmacht (vgl. Menzel 2010: 35, Ziai 2010: 23).

Für das Entwicklungskonzept dieser ersten Entwicklungsdekade war die Modernisierungstheorie grundlegend. „Entwicklung“ wurde als linearer Prozess verstanden, wobei „Entwicklungsländer“ eine Vorstufe von „Industrielländern“ darstellten. Es galt den dafür ursächlichen Kapitalmangel zu überwinden und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, den man einzig und allein durch eine Industrialisierung und Eingliederung in den Welthandel zu erreichen glaubte. Dabei herrschte die Annahme, dass neben einem starken Bevölkerungswachstum „[...] eine entwicklungsresistente, traditionsorientierte Kultur und Werteordnung“ (Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 3) der Grund für diesen Mangel an „Entwicklung“ sei. Damit wurden technischer Fortschritt und wirtschaftlicher Wohlstand mit kultureller Überlegenheit gegenüber ärmeren Ländern gleichgesetzt, womit eine nachahmende Entwicklungsstrategie als Schlüssel zum Erfolg galt. Der entwicklungspolitische Diskurs wandelte sich im Laufe der Jahrzehnte mehrfach, wobei dieser von folgenden Überlegungen bestimmt wurde: die Frage nach den Ursachen des bestehenden „ Mangels“ an „Entwicklung“; die Frage nach dem aktuellen und dem angestrebten Verhältnis der beteiligten Akteure untereinander (etwa Geberland : Empfängerland; Markt : Staat) sowie nach dem Verständnis, was als zu erzielende „Entwicklung“ gewertet werden konnte (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 2, Fischer/Hödl/Sievers 2008: 28ff., Menzel 2010: 20).

1970er Jahre

Für die zweite Entwicklungsdekade in den 1970er Jahren gilt der im Jahr 1969 von der Kommission für Internationale Entwicklung der Weltbank herausgegebene „Pearsons Bericht“ als richtungsweisend. Dieser erklärt das Konzept „Entwicklung durch Wachstum“ für gescheitert, da es die Einkommensschere zwischen Reich und Arm nur noch vergrößerte. Weltbank-Präsident McNamara erklärte 1973, dass die Erfüllung von Grundbedürfnissen eine Vorbedingung für Wirtschaftswachstum sei, wodurch die Armutsbekämpfung in den Vordergrund der Entwicklungsbemühungen rückte. Diese sollte durch die Befriedigung materieller und immaterieller menschlicher Grundbedürfnisse für ein menschenwürdiges Leben und durch Förderung von Landwirtschaft erreicht werden. Der Ansatz des Wirtschaftswachstums blieb zentral für das Konzept von Entwicklung, wobei nun der Aspekt seiner gerechten Verteilung hinzukam. Auch die Aspekte Entwicklungspartnerschaft und Partizipation von Zielgruppen gewannen an Bedeutung (vgl. Schrader 2008: 10, Menzel 2010: 83, Schläger 2011: 2, Ihne/Wilhelm 2013: 14).

Die Dependenztheorie kritisierte das lineare Entwicklungsverständnis der Modernisierungstheorie und propagierte die Vorstellung von verschiedenen parallelen Entwicklungswegen. Außerdem führte sie „Unterentwicklung“ auf exogene Einflüsse – den Kolonialismus und die Eingliederung in die „internationale Arbeitsteilung“ und die damit einhergehende strukturelle Abhängigkeit und wirtschaftliche Ausbeutung durch Industrieländer – zurück. Die propagierte Lösung für Unterentwicklung war eine Abkopplung vom Weltmarkt und „autozentrierte Entwicklung“, die sich am Binnenmarkt orientierte. Dementsprechend forderten die Entwicklungsländer, die inzwischen die Mehrheit der UN-Mitglieder ausmachten, ihre Gleichstellung mit den Industrieländern im internationalen Wirtschaftssystem. Gegen den Widerstand einiger Industrieländer wurde 1974 die „Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung“ und 1974 die „Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten“ von den Vereinten Nationen verabschiedet. Auch das 1975 beschlossene Abkommen von Lomé, bei dem die Europäische Gemeinschaft den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) bessere Terms of Trade bei bestimmten Erzeugnissen gewährte, gilt als Erfolg der Dependenztheorie (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/ Krüger 2007: 3, Menzel 2010: 21, Ihne/Wilhelm 2013: 14f.).

1980er Jahre

Die 1980er Jahre waren durch die Weltwirtschaftskrise und hohe Verschuldung von Entwicklungsländern im Zuge der Ölkrisen der 1970er Jahre gekennzeichnet. Der mangelnde Erfolg der Entwicklungspolitik führte zu einer Krise in der Entwicklungstheorie und -politik in den 1980er Jahren. Die Vorstellung von einer globalen sozialen Gleichheit wurde aufgegeben. Die Weltbank führte die Probleme der Entwicklungsländer auf das Vorhandensein entwicklungshemmender Strukturen in den Ländern selbst sowie auf ihre Verschuldung und die Verschlechterung der Terms of Trade zu ihren Ungunsten zurück. Die Lösung lag in den Augen der Weltbank und somit des Washingtoner Konsensus in der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung der Märkte. Dementsprechend waren die 1980er und 90er durch einen neoliberalen Paradigmenwechsel gekennzeichnet, bei dem Entwicklungsländern von den Bretton-Woods-Instituten Strukturanpassungsmaßnahmen im Gegenzug für Kredite diktiert wurden, die zu einem großen Wirtschaftswachstum aller Marktteilnehmer führen sollten – mit größtenteils negativen Folgen für die Entwicklungsländer. Erstmals galten im Entwicklungsdiskurs nicht mehr die Regierungen der Entwicklungsländer als Hauptakteure für Entwicklung, sondern die Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft, wobei große Hoffnungen auf diese neuen EZA-Akteure gesetzt wurden (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 3f., Schrader 2008: 10, Ziai 2010: 23, Schläger 2011: 3, Ihne/Wilhelm 2013: 15).

1990er Jahre

In den 1990ern kam es zu einem Diskurswandel. Alle Theorien und Ansätze im bisherigen Entwicklungsdiskurs vereinigten das Streben nach „Entwicklung“ durch die Erreichung von Wirtschaftswachstum und Industrialisierung. Anfang der 1990er Jahre zeichnete sich nicht nur ab, dass sich die globalen Wachstumserwartungen nicht erfüllen würden, sondern berichtete auch der Human Development Report der UNDP im Jahr 1990, dass wirtschaftliches Wachstum keinen automatischen Fortschritt im sozialen Bereich ergeben muss – insbesondere ohne einen Sozialstaat im Hintergrund. Es ergab sich eine Debatte über die Rolle von Markt und Staat für „Entwicklung“. Außerdem kritisierte der UN-Bericht das eindimensionale, rein wirtschaftlich definierte Armutskonzept und fügte diesem die Dimension der Armut an Wahlfreiheiten und Verwirklichungsmöglichkeiten in politischer, wirtschaftlicher und sozio-kultureller Hinsicht hinzu (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 4).

Der „Brundtland-Bericht“ aus dem Jahr 1987 forderte einen nachhaltigen Entwicklungsansatz. Hintergrund war die zunehmende Umweltverschmutzung und die Erkenntnis, dass wirtschaftliches Wachstum zur Ausbeutung der begrenzten natürlichen Ressourcen und der unwiederbringlichen Zerstörung von Ökosystemen führt. Aus der Agenda 21, die auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio Janeiro im Jahr 1992 beschlossen wurde, resultierte ein Entwicklungskonzept mit den Schlagwörtern „Eigenständigkeit“, „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Nachhaltigkeit“ – jedoch ohne die alte Vorstellung einer Entwicklung durch Nachahmung der Industrieländer aufzugeben. Der Begriff der Nachhaltigkeit subsumiert die Aspekte ökologische Nachhaltigkeit, kulturelle Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und politische Stabilität sowie sicherheitspolitische Aspekte in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie, Frieden und die Gleichstellung beider Geschlechter. Von da an „[...] wurde Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit der angestrebten Entwicklung zu einer bedeutenden Forderung im entwicklungspolitischen Diskurs“ (Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 4).

Die zahlreichen UN-Weltkonferenzen und Gipfel in den 1990er Jahren spiegelten dieses Anliegen sowie auch die Tatsache wider, dass die vorhandenen ökologischen und sozio-ökonomischen Probleme nur auf internationaler Ebene zu lösen seien. Gleichzeitig jedoch, begann der neoliberale Ansatz des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank erneut an Bedeutung zu gewinnen. Doch aufgrund des Endes der Sowjetunion, das den Wandel in der internationalen Ordnung markierte, nahm die politische Dimension von Entwicklung deutlich zu: für die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Entwicklung wurde „Entwicklungshilfe“ stärker konditionalisiert. Aufgrund der erfolglosen Strukturanpassungsprogramme und der jungen Staaten, die aus der Sowjetunion hervorgegangen sind, wurde die Regierungsführung in Entwicklungsländern thematisiert und Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, die Bekämpfung von Korruption (sprich: Good Governance), Demokratie und Marktorientierung in den Vordergrund der Entwicklungspolitik gerückt (vgl. Nuscheler 2004: 85f., Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 4f., Schrader 2008: 11, Pinger 2009: 425, Ziai 2010: 27, Schläger 2011: 3f., Ihne/Wilhelm 2013: 15).

Hintergrund für diese Entwicklung war die Bemühung um Effektivität in der Entwicklungszusammenarbeit. Denn es entwickelte sich die Meinung, dass eine Harmonisierung der Geberaktivitäten der Schlüssel für den Erfolg von Entwicklungspolitik darstelle. In den im Jahr 1992 eingeführten „DAC Principles for Effective Aid“ wurde dabei die Verantwortung der Regierung des Empfängerlandes für die Vorgabe von entwicklungspolitischen Zielen, ihre

Einbindung in die nationale Politik für die Gewährleistung ihrer Nachhaltigkeit betont sowie ihre Mitwirkung in der Koordinierung der Geberaktivitäten untereinander gefordert. Doch bald darauf musste man feststellen, dass die Effektivität von Entwicklungsmaßnahmen von den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im jeweiligen Land abhängig ist (vgl. Mayer 2009: 47, Sangmeister/Schönstedt 2010: 44).

Ziai kritisiert den Diskurs rund um Good Governance, welcher auf der Idee beruht, dass nicht-westliche Gesellschaften nicht in der Lage seien, sich auf eine vernünftige Art und Weise zu regieren. Damit würde auf jenen kolonialen Diskurs zurückgegriffen, der Gesellschaften des Südens entmündige. Obwohl spätestens seit dem Nachhaltigkeitsdiskurs klar ist, dass das westliche Gesellschaftsmodell aufgrund umwelttechnischer Überlegungen kein Vorbild für Entwicklungsländer sein kann und auch nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten wäre, hat sich im Entwicklungsdiskurs die Orientierung an die Industrieländer als Vorbilder und Problemlöser nicht verändert. Nach wie vor sind es marktorientierte Ansätze, die in der Entwicklungspolitik vorherrschen, anstatt politische und wirtschaftspolitische Ansätze einzuführen, die einen grundlegenden Wandel im internationalen System bewirken würden (vgl. Ziai 2010: 27f.).

Laut Ziai wird nach wie vor von einer universellen Entwicklungsskala ausgegangen, bei der sogenannte „Entwicklungsländer“ rückständige Vorstufen westlicher Gesellschaften darstellen, womit der koloniale Überlegenheitsdiskurs bestehen bleibt. Des Weiteren wird das Pro-Kopf-Einkommen als Parameter für Wohlstand und Lebensqualität und folglich für den „Stand der Entwicklung“ betrachtet, ohne dabei die vorhandenen sozialen Ungleichheiten zu beachten. Dementsprechend wird die Lösung des „Problems“ Armut in der Bereitstellung von Kapital, Technologie, Know-How und in der Förderung von wirtschaftlicher Produktivität gesehen, anstatt politische Maßnahmen zur Überwindung von Machtasymmetrien und Verteilungskonflikten in Betracht zu ziehen (vgl. Ziai 2010: 25). Schließlich impliziert das Konzept „Entwicklung“ auch ein Expertenwissen, welches eine „überlegene“ Gruppe mit den notwendigen Maßnahmen für die „Entwicklung“, und damit die Überwindung der „defizitären Lebensweise“ einer „unterlegenen“, weil „unterentwickelten“ Gruppe betraut, weswegen Ziai das Konzept von „Entwicklung“ im westlichen Entwicklungsdiskurs als ein eurozentristisches, entpolitisiertes und autoritäres Konstrukt bezeichnet und kritisiert (vgl. Ziai 2010: 23ff.).

Die Gegenwart

2000er Jahre

Mit der im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, rückte die Armutsbekämpfung erneut in den Fokus der Entwicklungspolitik. Im Armutsdiskurs werden neben dem üblichen ökonomischen Konzept von Armut als „Mangelversorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen“¹, auch sozio-kulturelle und sozio-ökonomische Aspekte miteinbezogen, etwa den Mangel an Verwirklichungschancen in ökonomischer, politischer, sozio-kultureller und menschlicher Hinsicht sowie Selbstschutz. Auch der Human Development Report 2000 führt die Begriffe „Income Poverty“ und „Human Poverty“ ein, um die nicht-monetäre Dimensionen von Armut in das Armutskonzept zu integrieren. Die Millenniumsziele sind prägend für die Entwicklungspolitik dieser Dekade, wobei die acht Ziele – die Beseitigung extremer Armut und Hunger, Erreichung einer allgemeinen Grundschulausbildung, die Förderung von Geschlechtergleichheit und die Stärkung von Frauen, die Reduzierung von Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Gesundheit von Müttern, die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten, die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und der Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft – an den im Entwicklungsdiskurs herrschenden multidimensionalen Armutsbegriff anknüpfen (sollten). Hintergrund der Millennium Development Goals (MDGs) sind die Bemühungen der vier multilateralen Entwicklungsorganisationen UNO, Weltbank, IWF und OECD seit den 1990er Jahren die Differenz in ihren seit Jahrzehnten miteinander konkurrierenden Entwicklungsansätzen zu überwinden und zu einer gemeinsamen Linie zu gelangen. Der Konsens ist ihnen in der Millenniumserklärung gelungen, das Produkt ihrer Bemühungen sind die MDGs. Es wurde eine neue Partnerschaft zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern beschlossen, die auf eine breite politische und finanzielle Basis und Zustimmung von 189 Staaten beruht und deren Politik von den Zielen der MDGs bestimmt werden soll, wobei die Ziele den kleinsten gemeinsamen Nenner der Entwicklungsansätze dieser vier Organisationen darstellen (vgl. Arndt/Volkert 2006: 9, Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 5ff., Schrader 2008: 11f., Unmüßig 2008: 2, UNDP 2013).

Laut Ziai ist der bei den MDGs deutliche Schwerpunkt auf die Armutsbekämpfung keineswegs neu. Allerdings kommt es zu einer deutlichen Fokussierung auf marktwirtschaftliche Lösungen für dieses „Problem“, was Ziai an die Wachstumskonzepte aus den 1960er Jahren erinnert,

¹ vgl. Armut: Kleines Lexikon der Politik, München: Nohlen, Dieter/Grotz, Florian, 2007, 20.

womit die Regeln des Entwicklungsdiskurses unverändert bleiben. Denn die Millenniumsziele verwässern laut Kritikern die hart erkämpften Beschlüsse aus den Weltkonferenzen der 1990er Jahre, die sich mit sozialer Entwicklung und ökologischer Nachhaltigkeit befassen, u. a. auch die Agenda 21. Trotz der Umbruch verheißenden Rhetorik stellen die MDGs nichts anderes als die Rückkehr zum rein ökonomischen Entwicklungsverständnis einer neoliberalen Freihandelspolitik dar (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 1, Unmüßig 2008: 2, Ziai 2010: 27, Ziai 2011: 35ff.).

Laut Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, haben die MDGs die Debatte um Armut und Umweltzerstörung entpolitisiert. Der Entwicklungsbegriff der MDGs beschränkt sich ausschließlich auf materielle Aspekte und konzentriert sich auf die soziale Grundversorgung einerseits und die Beseitigung von extremer Armut andererseits, wobei die multidimensionalen Ursachen von Armut und sozialer Exklusion vernachlässigt werden, womit strukturelle Aspekte, die sich mit Asymmetrien und Ungleichheiten sozialpolitischer (z. B. gerechte Verteilung) sowie politischer Natur (Menschenrechte, Transparenz, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit) in den Zielen der MDGs außer Acht gelassen werden. Auch die Verknüpfung von Armut, Umwelt und Entwicklung und die Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit finden kaum Beachtung. Damit werden die Übereinkünfte, die bei allen sozialen und ökologischen Konferenzen der 1990er Jahre beschlossen wurden, nichtig gemacht. Hier sei angemerkt, dass Armut in der Millenniumserklärung selbst vielschichtig und mehrdimensional aufgefasst wird, später bei der konkreten Zielformulierung der Millenniumsziele jedoch, nur mehr rein monetär verwendet wird (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 7, Unmüßig 2008: 2ff., Ziai 2011: 34)

Hinzu kommt, dass es bei den gesetzten Zielen wie die Halbierung der Armut bis 2015 oder die Bereitstellung von sozialen Grunddienstleistungen im Bereich Gesundheit und Bildung zu keiner angemessenen Maßnahmensetzung kommt bzw. unzureichende Instrumente der Entwicklungspolitik eingesetzt werden, so dass die Erreichung der Ziele bzw. ihre Nachhaltigkeit nicht zu erwarten ist – abgesehen von dem Umstand, dass die MDGs mittelfristige Ziele über einen Zeitraum von 15 Jahren darstellen und Nachhaltigkeit einer längerfristigen Planung bedarf. Andere Ziele wie die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit oder die Forderung von Reformen in der Handels- und Finanzpolitik, v. a. für Least Developed Countries (LDCs) im Rahmen einer globalen Entwicklungspartnerschaft, wertet Unmüßig als Lippenbekenntnisse bzw. verhallende Appelle ab und verweist bei ersterem

auf die Forderungen des UN-Umweltprogramms (UNEP) und der „World Conservation Union“ (IUCN) zu einer stärkeren Eingliederung von ökologischen Zielen in alle MDGs und bei letzterem auf das Scheitern der Doha-Runde (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 29, Unmüßig 2008: 3ff.)

Unmüßig weist darauf hin, dass die Entwicklungsländer dank der MDGs und der MDG-Reporte für die Feststellung des Fortschritts der Erreichung der Ziele danach, ständig neue Strategien zu ihren Poverty Reduction Strategies (PRS) – Umsetzungsstrategien für Armutsbekämpfung bzw. MDGs auf nationaler Ebene – hinzufügen müssen, die zu keinerlei Erfolgen führen, um die Konditionen für den Erhalt von Entwicklungsgeldern oder Schuldenerleichterungen zu erfüllen – was an die Politik der Weltbank bezüglich scheiternder Strukturanpassungsmaßnahmen erinnert. „Zielkonflikte, Widersprüche oder negative Umwelteffekte für das Ziel der Armutsbekämpfung werden unberücksichtigt gelassen oder offensichtlich ignoriert und bewusst in Kauf genommen“ (Unmüßig 2008: 7). Wie bereits erwähnt, beruhen die MDGs auf einem Minimalkonsens zwischen den vier erwähnten Entwicklungsorganisationen mit der Zustimmung einer Vielzahl an Regierungsvertretern, was die Vernachlässigung vieler Ansätze und Ziele erklären könnte – so wurden die Kapitel zu Menschenrechten, Frieden, Good Governance, Sicherheit und Abrüstung, Demokratie und zur Reform der UNO in der Millenniumserklärung nicht in die MDGs aufgenommen, obwohl diese dort als grundlegende Ziele der Erklärung bezeichnet werden (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 8ff., Unmüßig 2008: 5ff., Holtz 2010: 7).

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sind in der westlichen Entwicklungspolitik Präventivmaßnahmen für eine globale Sicherheit zentral geworden. Der Entwicklungsdiskurs der seitdem herrscht, stellt eine Verknüpfung zwischen Armut und Terrorismus her, in dem dieser für die Destabilisierung von Staaten und die Gefährdung menschlicher Sicherheit verantwortlich gemacht wird. Armut wird sogar als Auslöser für gewaltvolle Konflikte betrachtet. Aus diesem Entwicklungsverständnis heraus herrscht bei den Politikmaßnahmen eine Kombination aus sicherheitspolitischen und entwicklungspolitischen Aspekten, wobei auf eine Konfliktprävention Wert gelegt wird. Dazu gehört etwa auch die Stabilisierung von Staaten und deren Wiederaufbau nach Bürgerkriegen (State Building). Als Beispiel für die Anwendung dieses Entwicklungsdiskurses kann die militärische Operation in Afghanistan betrachtet werden. Als Indizien für die Gefährdung nationaler und internationaler Sicherheit durch Armut werden die „Flüchtlingsproblematik“ in Europa sowie der Arabische Frühling genannt, der

durch die „[...] Verjüngung vieler armer Staaten durch hohe Geburtenjahrgänge, die keine ausreichende Perspektive auf den Arbeitsmärkten haben [...]“ (Ihne/Wilhelm 2013: 16), verursacht wurde (vgl. Schrader 2008: 12, Ihne/Wilhelm 2013: 16).

Die Themen Sicherheit und Armut prägen in den 2000er Jahren die Agenda der Vereinten Nationen, wohingegen die soziale und ökologische Nachhaltigkeit eine untergeordnete Rolle spielen, ja sogar laut Unmüßig die Förderung einer globalen Politik für ökologische Nachhaltigkeit keine Bedeutung mehr hat. Dabei verschärfen gerade Umweltprobleme die globale Armut. Das Problem ist der herrschende Entwicklungsdiskurs, welcher Entwicklung mit Wirtschaftswachstum verknüpft und letzteres wiederum mit neoliberaler Marktwirtschaft und Industrialisierung, was mit der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen einhergeht, so dass „ökonomische Entwicklung“ und die Verbesserung der Lebensqualität auf Kosten der Umwelt geschieht und damit Wohlfahrtsgewinne leider auch wachsende ökologische Kosten bedeuten (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 4, Unmüßig 2008: 8f.). „Ein wichtiges Problem in diesem Zusammenhang ist, dass die Zerstörung der Ökosysteme nicht in den Wirtschaftsstatistiken auftaucht. Die Abholzung von Wäldern und die Überfischung der Meere tauchen in den Statistiken sogar als Zuwachs des Brutto- Sozialprodukts (BSP) auf, nicht aber als Verlust“ (Unmüßig 2008: 9).

Der gescheiterte Versuch der MDGs eine neue Grundlage für die Beziehung von Entwicklungsländern und Industrieländern zu schaffen, wurde in der Pariser Erklärung wieder aufgegriffen. Die „Paris Declaration on Aid Effectiveness“ von 2005, in der es zur Festlegung neuer Grundprinzipien für die Zusammenarbeit von Entwicklungsländern und ihren Geberländern gekommen war, war der vorläufige Höhepunkt der Bemühungen um eine bessere Effektivität in der Entwicklungszusammenarbeit, die mit den „DAC Principles for Effective Aid“ 1992 ihren Anfang genommen hatten. In der Pariser Deklaration wurden Geberländer und Empfängerländer erstmals gleichermaßen für den Beschluss und zur Umsetzung einer Entwicklungspolitik verpflichtet. Durch eine Harmonisierung der EZA-Aktivitäten sollte es zu einer Gewährleistung ihrer Effektivität kommen. Mit Harmonisierung ist eine Reduzierung der Fragmentierung von Gebern und ihrer Aktivitäten sowie die Minimalisierung des personellen und Ressourcenaufwands für Empfängerländer, die mit dem Engagement dieser Geber verbunden sind, gemeint. Konkret bedeutet das eine Vereinheitlichung und Vereinfachung von Antrags- und Durchführungsverfahren und die Zusammenfassung von einzelnen Projekten zu größeren Programmen sowie eine gemeinsame Programmfinanzierung.

Die Entwicklungsländer setzen ihre eigenen entwicklungspolitischen Ziele und Strategien und koordinieren die daraus entwickelten Maßnahmen, sowohl auf Geber- als auch auf eigener Seite (Eigenverantwortung; Ownership). Dies kann nur dann funktionieren, wenn Geber sich bei ihren Aktivitäten nach den Entwicklungsstrategien, Institutionen und Verfahren ihrer Partnerländer richten (Partnerausrichtung; Alignment). Ein ergebnisorientiertes Handeln (Managing for Development Results) soll nicht nur den effektiven und effizienten Einsatz der EZA-Mittel durch eine konsequente Orientierung an die geplante Wirkung von Maßnahmen gewährleisten, sondern auch zu Verbesserungen bei Entscheidungsprozessen und ihrer Kontrolle führen. Schließlich soll durch eine gegenseitige Rechenschaftspflicht (Mutual Accountability) eine stärkere gegenseitige Kontrolle von Geber und Empfänger bei der Verwendung von EZA-Mitteln und ihre erzielte Wirkung sowie Transparenz gegenüber den eigenen Bürgern bezüglich der Aufwendung der EZA-Gelder gewährleistet werden (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 9, Pinger 2009: 423, Sangmeister 2009: 155ff., Weiland 2009: 444ff., Sangmeister/Schönstedt 2010: 44f., Schläger 2011: 4, Keeley 2012: 105ff.).

Es wurde vereinbart, die Fortschritte in der Umsetzung der Pariser Erklärung 2008 in Accra anhand von Indikatoren zu überprüfen. Da die Deklaration bis dahin kaum umgesetzt wurde, wurde die „Accra Agenda for Action“ (AAA) verabschiedet, welche die Umsetzung der Pariser Erklärung durch konkrete Zielsetzungen vorantreiben sollte, wobei Gender, Menschenrechte und Umweltschutz als Querschnittsthemen und Faktoren für eine wirksame EZA aufgenommen wurden und die Themen Zivilgesellschaft, neue Geber und Capacity Development, also der Entwicklung von Kapazitäten in Entwicklungsländern für die Schaffung der nötigen Rahmenbedingungen für eine EZA, hinzugefügt wurden (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 9f., Sangmeister/Schönstedt 2010: 46).

Doch laut Kritikern ist die Umsetzung der Pariser Erklärung nicht gewährleistet, da vor allem große nationale und internationale Organisationen mit ihren ausgeprägten bürokratischen Strukturen die Tendenz hätten, ihre Abwicklungsverfahren beizubehalten. Laut Pedro Morazan vom Südwind Institut führen die EZA-Gelder teilweise zu hohem Verwaltungsaufwand in den Empfängerländern und somit zum Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Ulrich Post vom Verband Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) spricht sogar von der Überforderung der Verwaltungen einiger Entwicklungsländer. Weiters wird kritisiert, dass Geber zur Umgehung der zuständigen staatlichen Institutionen im Empfängerland neigen, was die Nachhaltigkeit der Projekte gefährdet. Auch die Fragmentierung der EZA-Mittelleistungen

sei nach wie vor ein Problem und führe zur Erhöhung der Transaktionskosten seitens der Empfängerländer. Laut Post wird die Rechenschaftspflicht als solche gegenüber den Gebern und nicht dem eigenen Volk definiert, womit diesem Prinzip der gewünschte Effekt genommen wird. Weiters rät er zur Effektivierung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit anstatt der Effektivierung des Einsatzes von Entwicklungsgeldern, wie es in der Praxis gehandhabt wird. Was NGOs angeht, so sehen sie in der Regierungszentriertheit der Pariser Deklaration eine Schwäche, da es NGOs sind, die einen großen Teil der Entwicklungszusammenarbeit abwickeln (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 13f., Sangmeister/Schönstedt 2010: 46).

Die 2011 vereinbarte „Busan Partnership for Effective Development Co-operation“ wurde als Paradigmenwechsel in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gefeiert². Sie begründet eine breite Entwicklungspartnerschaft, die neben den traditionellen Gebernationen erstmals auch nicht traditionelle Gebergruppen wie die BRICs-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) bzw. Staaten der Süd-Süd-Kooperation, private Stiftungen und die Privatwirtschaft mit einbezieht. Diese vereinbarten die Schaffung einer neuen, globalen³ und gleichberechtigten Partnerschaft für eine effektive Entwicklungszusammenarbeit bis 2012, wobei diese die OECD-Arbeitsgruppe für mehr Wirksamkeit in der EZA ersetzen sollte. Sie bezieht neue Akteure mit einigen „weicheren“ Prinzipien ein, wobei die Unterzeichner der Pariser Agenda ihren früheren Zusagen verpflichtet bleiben. Wie von Kritikern gefordert, wurde das Konzept der effektiven EZA (Aid Effectiveness) vom Konzept einer effektiven Entwicklungsorientierung (Development Effectiveness) ersetzt; d. h. von da an sollte sich jede Politik an einen größtmöglichen Entwicklungsnutzen orientieren. Hintergrund dafür ist die Erkenntnis, dass EZA nur ein Teil der Entwicklungsbemühungen darstellt. Damit wurde der erste Schritt von einer „Entwicklungshilfe“ hin zu einer global vereinbarten entwicklungsorientierteren Politik gemacht – jedoch ohne die Implementierung von geeigneten Indikatoren für die Messung dieser Politik zu beschließen, wodurch allen Unterzeichnern der Druck fehlt, ihre Verpflichtungserklärungen einzulösen, so Kritiker (vgl. Hausmann 2008: 6, Keeley 2012: 163, Neubert 2012: 19ff.).

Zentral für Busan ist das Bekenntnis der Regierungen das Prinzip der Eigenverantwortung als demokratische Eigenverantwortung (Democratic Ownership) zu definieren. Damit verpflichten sich die Unterzeichner zum Einbezug der lokalen Bevölkerung in Entscheidungsprozesse, die

² Jedoch nicht von Kritikern bzw. NGOs

³ Die Termini „Nord“ und „Süd“ wurden abgeschafft, daher die Bezeichnung „global“ (vgl. Lanzet 2011).

vorher den Regierungen alleine vorbehalten waren. Dies führt zu mehr Transparenz. Im Dokument kommt es auch zu einer stärkeren Berücksichtigung der zivilgesellschaftlichen Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit, wobei die erhoffte Gleichstellung mit Regierungen in der EZA-Praxis ausbleibt (vgl. Globale Verantwortung 2011a, Lanzet 2011, Neubert 2012: 20).

Doch NGOs kritisieren, dass die Prinzipien der Agenda nicht bindend für Geber der Süd-Süd-Kooperation sind und die Privatwirtschaft als Entwicklungspartner nicht zur Einhaltung von internationalen Standards wie Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte oder Umweltstandards verpflichtet wurde (vgl. Lanzet 2011). Überhaupt wurde der Privatsektor trotz seiner großen Vielfalt nicht einmal näher definiert, welcher Kleinbetriebe in Entwicklungsländern bis hin zu riesigen multinationalen Konzernen umfassen kann – mit dementsprechend unterschiedlichen Politiken und Ausgangspositionen. Vor allem wird kritisiert, dass dabei ein gewisser Automatismus vorausgesetzt wird: „Privatsektor-Engagement = Wirtschaftswachstum & Arbeitsplatzschaffung = Armutsbekämpfung“ (Globale Verantwortung 2013a). Weiters vermissen NGOs das Querschnittsthema der Geschlechtergerechtigkeit in der Agenda und bemängeln auch das Fehlen konkreter Zielvorgaben. Eine weitere Kritik betrifft die bestehende Gefahr, dass die Umsetzung der Prinzipien automatisch mit einer wirksameren EZA in Hinblick auf eine effektive Armutsreduzierung gleichgesetzt wird (vgl. Lanzet 2011, Neubert 2012: 21, Globale Verantwortung 2013a).

Nach der Busan-Konferenz nahm das Interesse am Thema wieder ab. Der Aufbau neuer Strukturen für die Umsetzung der Busan-Agenda zögerte sich hinaus und nur wenige Geber setzten die nötigen Reformen für eine verbesserte Qualität von EZA um. Letztendlich haben die Reformen laut Neubert dennoch zu einer besseren Koordinierung von EZA-Geldern geführt, auch in Hinblick auf ihre Kohärenz mit nationalen und internationalen Entwicklungsprogrammen – sie bezweifelt jedoch, dass dadurch ihre Wirksamkeit gewährleistet ist. Überhaupt wird die Gefahr der Gleichsetzung der Umsetzung von vereinbarten Prinzipien mit der Erreichung einer wirksameren EZA und effektiveren Armutsreduzierung beim gesamten Wirksamkeits-Prozess Paris-Accra-Busan kritisiert. Des Weiteren auch, dass die genannten Fortschritte bei Aid Effectiveness leider meist noch zu keiner besseren Development Effectiveness geführt haben. Eine Entwicklung, die ebenfalls in der Kritik steht, ist dass Geber zunehmend ihre finanziellen Unterstützungen von der Erreichung beschlossener Ziele abhängig machen, wobei diese Resultatorientierung nicht nur keinerlei Verbindung zur Wirksamkeit von EZA-Projekten hat, sondern führt sie auch zur Bevorzugung schneller und quantitativ messbarer Resultate

gegenüber nachhaltiger aber längerfristiger Projekte. Diese Vorgehensweise unterminiert laut einer Studie die Einhaltung von Grundprinzipien der Pariser Deklaration, vor allem der Orientierung an nationale Entwicklungsstrategien der Empfängerländer. Letzten Endes scheint die Effektivität von EZA trotz „[...] wiederholter Bekenntnisse zu Wirksamkeit auf wenig reales politisches Interesse zu stoßen“ (Globale Verantwortung 2013b), ist in einem aktuellen Artikel der NGO „Globale Verantwortung“ zu lesen (vgl. Neubert 2012: 20f., Globale Verantwortung 2012b, Globale Verantwortung 2013b).

Seit Ende des Kalten Krieges gilt Good Governance als Voraussetzung für eine höhere Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit, so auch als unabdingbar für eine erfolgreiche Umsetzung der internationalen Konferenzen zu Effektivität. Aus diesem Grund wurde Good Governance seit der Pariser Erklärung zum Schlüsselbegriff in der Entwicklungszusammenarbeit und vermehrt gefördert. Paris, Accra und Busan rückten fragile Staaten ins Zentrum der Wirksamkeitsdebatte (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 15, Pinger 2009: 425, Sangmeister 2009: 159, Fiege 2012: 99, Keeley 2012: 111).

Seit dem 11. September gelten fragile Staaten als globale Bedrohung und sollen durch Entwicklungszusammenarbeit stabilisiert werden. Dabei hatte man sich bis dahin in der EZA „[...] auf „Good Performers“ konzentriert, und verfügte dementsprechend über wenig Erfahrung mit der Arbeit unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit“ (Fiege 2012: 98). Fragile Staaten sind laut der OECD solche, die über schwache Kapazitäten für die Ausführung von grundlegenden Regierungsfunktionen verfügen. Doch die internationale Entwicklungsgemeinschaft sieht sich mit einer wachsenden Anzahl an „Failing States“ konfrontiert, also Staaten, die einen sehr hohen Grad an Zerfall aufweisen. Mit der Fragilität eines Staates ist seine Anfälligkeit für Krisen gemeint; je systembedingter diese Anfälligkeit ist, desto fragiler ist der Staat. Die Fragilität eines Staates kann auf wirtschaftlicher Ebene etwa ein schlecht gesichertes Recht auf Eigentum, auf sozialer Ebene die systembedingte Ungleichheit in der Bildung oder Gesundheitsversorgung und auf politischer Ebene eine Institutionalisierung gesellschaftlicher Unterschiede, etwa religiöser oder ethnischer Art betreffen. Die Fragilität eines Staates äußert sich auch in einem mangelnden Vertrauen zwischen dem Staat und seinen Bürgern und einer mangelnden Wahrnehmung gegenseitiger Verantwortung (vgl. Schiemann 2011: 6, Keeley 2012: 134f.).

Bald kam die Erkenntnis, dass wirtschaftliche und politische Reformprozesse nur sehr begrenzt von außen beeinflussbar sind, ebenso die Rahmenbedingungen für Good Governance. Nicht nur braucht es einen längerfristigen, von innen initiierten Prozess; auch werden Reformbestrebungen von außen gerne blockiert. Während fragile Staaten stets einen besonders dringenden Finanzbedarf aufweisen, kommt in der Debatte um Good Governance immer wieder die Frage auf, ob in einem Land mit einer schlechten Regierungsführung Entwicklungsprojekte überhaupt sinnvoll wären; wobei die Erfahrungen der Praxis diese Frage klar bejahen (vgl. Pinger 2009: 425f., Weiland 2009: 448).

Die Wirksamkeitsdebatte um fragile Staaten seit Paris, Accra und Busan kritisierte die mangelnde Eignung der Instrumente der vereinbarten Erklärungen für den Einsatz in fragilen Staaten. Tatsächlich musste man feststellen, dass die üblichen entwicklungspolitischen Instrumente in Krisensituationen und bei Katastrophen sogar häufig Konfliktpotenziale verstärken. Aus diesem Grund haben die OECD-Mitgliedsstaaten im Jahr 2007 die „Principles for Good International Engagement in Fragile States and Situations“ (FSP) verabschiedet⁴. Diese Prinzipien stellen einen Handlungsrahmen für die Arbeit in fragilen Staaten durch die Bestimmung der Interventionsbereiche dar, sollen aber auch die Wirksamkeit der EZA verbessern. Doch leider musste die OECD feststellen, dass diese in der Praxis kaum bis gar nicht zur Anwendung kommen. Laut Fiege ist Konflikt- und Gewaltprävention im theoretischen Entwicklungsdiskurs in seiner Bedeutung für nachhaltige Entwicklung unumstritten, wird in der Praxis aber kaum umgesetzt. Während die meisten Prinzipien von den Akteuren einfach ignoriert werden – wie das Koordinierungsgebot mit anderen Akteuren etwa – erschweren Finanzierungsinstrumente mit kurzfristigen Laufzeiten das längerfristige Engagement, welches für die Nachhaltigkeit der Maßnahmen essentiell wäre (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 15, Fiege 2012: 99f.).

⁴ Diese lauten: den Kontext als Ausgangspunkt nehmen; Schaden vermeiden; Staatsbildung als zentrales Ziel betrachten; Prävention den Vorrang geben; Zusammenhänge zwischen Politik-, Sicherheits- und Entwicklungsziele erkennen; Nichtdiskriminierung als Basis für inklusive und stabile Gesellschaften fördern; Die Maßnahmen in versch. Kontexten auf versch. Weise auf lokale Prioritäten ausrichten; Praktische Koordinationsmechanismen zwischen internationalen Akteuren vereinbaren; Schnell handeln, aber lange genug engagiert bleiben, damit sich Erfolge einstellen können; Ausgrenzung vermeiden (vgl. Fiege 2012: 99f.).

Die Zukunft

Die nächste Wirksamkeitskonferenz wird im Frühjahr 2014 in Mexiko stattfinden. Auf der Agenda des Gipfels steht der Beschluss weiterer Maßnahmen zur Steigerung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit. Diese soll(t)en die Positionen und erarbeiteten Regelwerke der seit Busan bestehenden „Building Blocks“ mit Konferenzteilnehmern (Regierungen) in elf Themenbereichen⁵ widerspiegeln. Doch „de facto ist in den vergangenen eineinhalb Jahren nicht viel passiert“, wird aufgrund des unverbindlichen Charakters dieser Arbeitsgemeinschaften von NGOs beklagt. Die voraussichtlichen Themen auf der Konferenz werden „Domestic Resource Mobilisation“ (es geht um Eigenmittel für Entwicklungsfinanzierung) und der Beitrag des Privatsektors für Entwicklung und Wissenstransfer sein, sowie der Bezug zur „Post-2015“ – der zukünftigen Nachfolgepolitik der Millennium Development Goals – ebenfalls zur Debatte stehen wird. NGOs wollen zusätzlich die gesellschaftliche Verantwortung des neuen Akteurs „Privatwirtschaft“ und die Einführung eines rechtsbasierten Ansatzes zu Entwicklung diskutieren (vgl. Globale Verantwortung 2012a, Globale Verantwortung 2013b).

Dieser stellt einen normativen Ansatz basierend auf allen menschenrechtlichen Standards der Vereinten Nationen dar. Ziel ist die Analyse und Beseitigung von Ungleichheiten, die Entwicklungsprobleme verursachen. Der rechtsbasierte Ansatz fordert die Verankerung von Entwicklungsplänen, -politiken und -prozessen in einem internationalen Rechtssystem von Rechten und Pflichten, die auf den Prinzipien der Menschenrechte basieren, um Empowerment, politische Partizipation, Nachhaltigkeit und eine bessere Wirkung von EZA zu gewährleisten. Diese Politik soll partizipativ, v. a. mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen, zusammen mit Regierungen erreicht werden, so dass die Transparenz gewährleistet wird, welche auch dazu führen soll, dass Verantwortliche ihrer Verantwortung nachkommen, wobei der Begriff „Verantwortliche“ für Regierungen und internationale Akteure steht. Es gibt also keine Definition für den rechtsbasierten Ansatz, nur eine Vorstellung über seine Elemente. Der Einbezug dieses Ansatzes in den EZA-Diskurs und der Entwicklungspolitik wird zwar als positiv bewertet, laut Kritikern hat sich jedoch die Entwicklungspraxis bis auf die Rhetorik nicht verändert; nicht nur, weil die Akteure Menschenrechtsinstrumente zu ihren eigenen Zwecken verformen, sondern auch weil man nicht erwarten könne, dass die Implementierung

⁵ Reducing Aid Fragmentation, Climate Change Finance, South-South Cooperation, Private Sector, Results & Accountability, Effective Institutions („New Consensus“: Stärkung von Institutionen & nationaler Entwicklungspolitik), Transparency, Fragilität & Sicherheit („New Deal“: Prinzipien für Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Staaten) (vgl. Globale Verantwortung 2012a).

dieses Ansatzes automatisch zu seiner Realisierung führe, so Skeptiker (vgl. Tsikata 2004: 130, OHCHR 2006: 15 ff.).

Kritisiert wird auch, dass der rechtsbasierte Ansatz innerhalb des vorhandenen Rahmens der Liberalisierungsprogramme funktionieren soll, anstatt das vorhandene neoliberale System infrage zu stellen. Obwohl Entwicklungspolitik von internationalen und multilateralen Akteuren bestimmt wird, liegt der Fokus des rechtsbasierten Ansatzes auf den nationalen Akteuren, etwa auf Regierungen, während ausländische Akteure, der Unternehmenssektor und v. a. internationale Finanzinstitutionen (IFIs) außen vor bleiben: Die Verantwortung für politische Fehler und Misserfolge werden dadurch den Regierungen der Entwicklungsländer angelastet, weswegen diese, obwohl viele von ihnen sich für eine neue Wirtschaftsordnung einsetzen (New International Economic Order; NIEO), sehr verhalten auf die Forderung der Einhaltung dieses Prinzips von Regierungen des Nordens und IFIs reagierten. Sie befürchteten, dass die Umsetzung für sie nur zusätzliche Geberkonditionalitäten bedeuten würde, während Geber selbst geschützt bleiben. Bestätigt wird der nachteilige Effekt eines unter diesen Umständen angewandten rechtsbasierten Ansatzes durch die Tatsache, dass dieser Ansatz von mächtigen Akteuren zum Höhepunkt des „Kriegs gegen den Terror“ und der damit eingehenden „Erosion“ politischer und ziviler Rechte als Gewährleister basisdemokratischer Partizipation gefordert wurde. Debatten über die Durchsetzbarkeit bestimmter Menschenrechtsinstrumente im Rahmen des rechtsbasierenden Ansatzes zeigen, dass es rechtlicher Rahmenbedingungen bedürfe, um einen Rechtsanspruch zu erzeugen, was jedoch der Idee dieses Ansatzes, nämlich Gesellschaftsgruppen ins Zentrum zu stellen, widerspricht (vgl. Tsikata 2004: 131).

Neue Entwicklungen

Die Post-2015-Entwicklungsagenda muss ihre Konzepte und Strategien an die veränderten Gegebenheiten seit dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 anpassen. Aufgrund der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Macht von sogenannten „Schwellenländern“ und des Umstands, dass viele Länder des Südens inzwischen ein höheres Pro-Kopf-Einkommen aufweisen als manche europäischen Länder, ist die Vorstellung vom „entwickelten Norden“ und „unterentwickelten Süden“ nicht mehr zeitgemäß. Folgerichtig kam es in Busan zur Adressierung der Erklärung an eine „globale“ Partnerschaft. Trotz eines vermeintlich weltweit wachsenden Wohlstands hat die Kluft zwischen Arm und Reich weltweit enorme Ausmaße angenommen. Große Einkommensunterschiede sind nicht nur zwischen den Ländern, sondern

auch innerhalb vieler Länder⁶ zu verzeichnen, wobei die jüngste globale Wirtschafts- und Finanzkrise dieses Problem verschärft hat. Umweltverschmutzungen und Raubbau natürlicher Ressourcen haben zugenommen, das Artensterben und der Klimawandel haben sich beschleunigt, Naturkatastrophen häufen sich (vgl. Lanzet 2011, Martens 2013: 5).

Seit dem 11. September 2001 und den Kriegen in Afghanistan und dem Irak kommt es zu einer beschleunigten Hochrüstung. Bis 2011 haben sich die weltweiten Militärausgaben mehr als verdoppelt. Neben der Gefährdung der Sicherheit und des Friedens an vielen Orten der Welt, ist es dadurch zu Kürzungen öffentlicher Gelder in anderen Ressorts gekommen. Ebenso ist es durch die Eurokrise aufgrund der Beteiligung an Finanzspritzen für andere EU-Mitglieder bzw. aufgrund eigener Sparkursen bei den EZA-Mitteln europäischer OECD-Geberländer bereits zu Kürzungen gekommen. Ohnehin ist die Entwicklungsfinanzierung und die Frage der Etablierung neuer bzw. innovativer Finanzierungsinstrumente seit längerem ein Thema in der EZA-Debatte. Beispielsweise ist 2005 eine breitere öffentliche Diskussion über neue internationale Finanzierungsinstrumente entstanden, etwa die Einführung einer CO₂-Abgabe für Flugtickets. Auch wenn es bisher zu keiner Einführung neuer internationaler Instrumente auf UN-Ebene gekommen ist, ist dieses Thema zumindest Bestandteil der Diskussion über die Inhalte der Post-2015-Agenda. (vgl. Unmüßig 2008: 6, Neubert 2012: 28, Martens 2013: 5).

Nicht nur stellen Geber oft ihre eigenen Entwicklungsziele sowie Handels- und Sicherheitsinteressen über den nationalen Entwicklungszielen ihrer Empfängerländer und ignorieren damit das Alignment-Gebot; auch beeinflussen sie laut Kritikern durch Agrarsubventionen, internationalen Terms of Trade und Rohstoffpreisentwicklungen die Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern bedeutend mehr als durch ihre Entwicklungspolitik. Aus diesem Grund fordert die Zivilgesellschaft seit ihrem Weltsozialforum in Porto Alegre in Brasilien im Jahr 2001 und insbesondere seit der weltweiten Wirtschaftskrise 2008 die Reformierung des vorherrschenden neoliberalen Weltwirtschafts- und Finanzsystems. Dies führte zum Beschluss der G-20 Staaten von weitreichenden Maßnahmen zur Regulierung der Märkte (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 13ff., Holtz 2010: 6, Schläger 2011: 4).

⁶ wobei einige Staaten in Afrika und Lateinamerika von diesem globalen Trend bisher verschont blieben (vgl. Martens 2013: 5).

Für die Umsetzung einer globalen Strukturpolitik für eine gerechte Globalisierung wurde eine Kooperation zwischen Zivilgesellschaft, EU und UNO eingegangen, um einen multilateralen Schuldenerlass von 125 Milliarden US-Dollar für Entwicklungsländer zu forcieren, der wiederum für die Armutsbekämpfung, Aidsbekämpfung, Gesundheit und Bildung eingesetzt werden sollte. Allerdings bleiben Wachstum und die internationale Handelsliberalisierung das zentrale Ziel und Mittel der G20 für die Erreichung einer gerechteren und nachhaltigen globalen Ordnung. Diese soll u. a. durch das Verbot neuer Handelsbarrieren und der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte als Antwort auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht werden. In Wirklichkeit kam es jüngst lediglich zur Regulierung des „Schattenbankensektors“⁷, der Thematisierung von Steuerhinterziehungen und eines verbesserten Zugangs zu Finanzdienstleistungen, auch von Entwicklungsländern, unter dem Stichwort finanzielle Inklusion. Positiv zu bewerten ist die Stimmrechtsreform der Weltbank, auch wenn die Schwellen- und Entwicklungsländer eine weitere Anhebung des Stimmenanteils fordern, weil sie gemessen an ihrer globalen wirtschaftlichen Rolle immer noch zu wenig Stimmgewicht hätten. Immerhin katapultierte die Stimmrechtsreform China an dritter Stelle nach den USA und Japan und führte auch zu einer Verbesserung der Position von Brasilien und Indien. Was die Entwicklungspolitik angeht, soll dem Privatsektor eine große Rolle zukommen: so steht neben Ernährungssicherheit etwa die Förderung von Privatinvestitionen im afrikanischen Agrarsektor auf der entwicklungspolitischen Agenda. Zwar betonen die G20 ihre Unterstützung für die UNO-Rio+20-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung und die vollständige Umsetzung der UNO-Klimakonferenzen von Cancún 2010 und Durban 2011, jedoch geht es bei ihrer Energiepolitik mehr um die Transparenz und Funktionsfähigkeit der Energiemärkte, als um erneuerbare Energien. Das von ihnen angestrebte nachhaltige Wachstum soll durch eine ständige Verbesserung der Energieeffizienz erreicht werden, und diese wiederum durch den Abbau von Energiesubventionen, die die globale Nachfrage nach Primärenergie und damit auch die Treibgasemissionen senken soll. Die globale Strukturpolitik der G20 zeigt die Einsicht der internationalen Politik, dass nachhaltige Entwicklung fairerer internationale Regulierungen bedarf (vgl. Zeit Online 2010, Schläger 2011: 5, Neubert 2012: 21, Deutsche Bundesregierung 2013).

⁷ Einschränkung der Investitionen von Banken in Hedgefonds oder Beteiligungsgesellschaften durch die Hinterlegung höherer Eigenmittel (vgl. Handelsblatt 2013).

Neue Entwicklungsdiskurse

Post-2015 und Rio+20

Im Vorfeld der Post-2015 Diskussionen verlangten NGOs einen offenen, inklusiven und transparenten Entscheidungsprozess, bei dem vor allem von Armut und Klimawandel Betroffene zu Wort kommen sollen, wofür sich ebenfalls UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon aussprach. Zivilgesellschaften aus dem Süden forderten angesichts der globalen Wirtschafts-, Finanz-, Ernährungs- und Klimakrisen einen fundamental neuen Entwicklungsansatz in der Post-2015-Agenda, in dem ökonomische, fiskale, soziale, geschlechtliche und klimatische Gerechtigkeit sowie dem Einsatz von Tribunalen und Richtern für die Ermöglichung der Erstreitung sozialer Grundrechte größere Bedeutung beigemessen werden sollten. Auch zivilgesellschaftliche Gruppen im Norden forderten aufgrund der genannten Krisen eine Debatte über alternative Entwicklungs- und Wohlstandsmodelle (vgl. Martens 2013: 19f.)

Einige Regierungen des Südens versuchen seit längerem eine Auseinandersetzung mit alternativen Entwicklungs- und Wohlstandsmodellen innerhalb der Vereinten Nationen zu forcieren bzw. gesellschaftliche Diskussionen darüber auf die Ebene der Vereinten Nationen zu übertragen. Dazu gehört auch die Forderung alternativer Ansätze und Indikatoren zur Fortschrittsmessung statt dem bestehenden Bruttoinlandsprodukt (BIP). Vorschläge kamen mit Indikatoren für die Messung von Glück und Zufriedenheit der Bevölkerung eines Landes oder auch Indikatoren für ein „gutes Leben“ (Buen Vivir), die dem Ansatz von nachhaltigen Produktions- und Konsumweisen zugrunde liegen (vgl. Martens 2013: 24f.).

Die Formulierung von „Millenniumskonsumzielen“ (Millennium Consumption Goals) für die reichen Länder wurde ebenfalls vorgeschlagen. Die reichsten 20 % der Weltbevölkerung seien für gegenwärtige Krisen mit ihrem enormen Konsum maßgeblich verantwortlich und sollten daher auch einen Beitrag zu ihrer Lösung leisten. Konsumziele könnten Energie- und Wasserverbrauch, Transport, Ernährung und Arbeitszeiten sowie die Besteuerung von Luxusgütern betreffen. Jedoch ist diese Idee als Instrument der Bewusstseinsbildung für die Beeinflussung des Verhaltens von Konsumenten und Produzenten und nicht als verbindliches Ziel gedacht (vgl. Martens 2013: 25).

Die Vereinten Nationen scheinen das Thema nachhaltige Entwicklung wieder aufgreifen und in die Post-MDGs integrieren zu wollen. Denn UN-Generalsekretär Ban Ki-moon forderte im Rahmen der Initiative „Sustainable Energy for All“ den universellen Zugang zu moderner

Energieversorgung, die Verdoppelung der Verbesserungsrate der Energieeffizienz und die Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien im globalen Energiemix bis zum Jahr 2030. Bei der UNO-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (Rio+20) im Juni 2012 wurde die Formulierung gemeinsamer Ziele für eine ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit in der EZA (Sustainable Development Goals; SDGs) beschlossen. Diese sollen später in die Post 2015-Entwicklungsagenda einfließen und universal gültig sein. Sollte diese Bestrebung erfüllt werden, käme das laut Martens „[...] einem Paradigmenwechsel gleich, durch den [...] alle Länder der Welt auf dem Weg zu einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu „Entwicklungsländern“ [werden] würden“ (Martens 2013: 6). Auch hier waren es Länder des Südens, die die Debatte über SDGs maßgeblich beeinflusst und forciert haben. Sie schlugen u. a. die Integration der Themen Armutsbekämpfung, Veränderung der Konsum- und Siedlungsmuster, ökologische Nachhaltigkeit, alternative Energiequellen sowie den Zugang zu menschenwürdiger Arbeit in die Ziele vor. Eine offene Arbeitsgruppe aus wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Experten wird unter dem Dach der UNO-Generalversammlung bis zum 15. September 2014 konkrete Vorschläge für SDGs und ihre Finanzierung sowie für die Entwicklung umfassenderer Indikatoren für die Messung gesellschaftlichen Fortschritts als Ergänzung zum BIP erarbeiten (vgl. Martens 2013: 25ff.).

Konkrete Forderungen

Wissenschaftliche Akteure haben ab 2011 Vorschläge für eine Post-2015 Entwicklungsagenda erarbeitet. In den sogenannten „Bellagio-Zielen“ verfolgten sie einen pragmatischen Ansatz, in dem sie kontroverse Themen nicht mit einfließen ließen. Neue Themenbereiche, die sie in diesen Zielen aufgenommen haben, waren u. a. inklusives Wachstum, Sicherheit, Wasser, nachhaltiges Management der Biosphäre, resiliente Gemeinschaften und Global Governance. Martens bemängelt, dass die Ziele sich an ärmere Länder des Südens richten, obwohl sie eine weltweite Gültigkeit postulieren. Auch kritisiert er die fehlende internationale Verantwortung, die „explizite“ Wachstumsorientierung und die Vernachlässigung ökologischer Aspekte (vgl. Martens 2013: 31f.).

Im Kontrast dazu steht die Forderung der zivilgesellschaftlichen „Reflection Group“ aus dem „Norden“ zur Implementierung von universellen und globalen Nachhaltigkeitszielen (Global Sustainability Goals, GSGs), die dennoch individuelle Rahmenbedingungen einzelner Länder berücksichtigen sollen. Neben einem Portfolio an neuen unterschiedlichen Indikatoren, fordern sie die faire und ökologisch verträgliche Neuverteilung von Zugangsrechten und Ressourcen,

eine gerechte Lastenverteilung der Kosten des Klimawandels und die Quantifizierung der „extraterritorialen Staatenpflichten“, die im internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erwähnt werden. Weiters fordern sie faire und verlässliche Finanzsysteme, die Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte und die Abrüstung. Bei ihren Forderungen beziehen sie sich auf das Konzept ökologischer Grenzen des Planeten „Planetary Boundaries“. Dieses Konzept umfasst neun globale ökologische Bereiche, in denen die Grenzen – von denen sieben konkret festgelegt sind – nicht überschritten werden dürfen, da diese abrupte Umweltveränderungen und verheerende Konsequenzen zur Folge hätten: Klimawandel, Übersäuerung der Meere, Abbau der Ozonschicht, globaler Phosphor- und Stickstoffkreislauf, Süßwassernutzung, veränderte Landnutzung, Biodiversitätsverlust, Aerosolbelastung der Atmosphäre und chemische Verschmutzung. Drei von ihnen wurden bereits überschritten (Raten des fortschreitenden Biodiversitätsverlustes, Klimawandels und Stickstoffeintrags in die Biosphäre) und vier andere Grenzen stünden kurz davor (Trinkwasserverbrauch, veränderte Landnutzung, Übersäuerung der Meere und Eingriffe in den globalen Phosphorkreislauf). Dieses Konzept wird von manchen als Überwindung der bestehenden Kontroverse über die Frage, wie sozioökonomische Lebensbedingungen angesichts der beschränkten natürlichen Ressourcen und Grenzen des Ökosystems erreicht werden sollen, betrachtet. Dafür soll das Konzept der „Planetary Boundaries“ durch „Social Boundaries“, soziale Mindeststandards, erweitert werden. Diese Mindeststandards sollen ein Mindestmaß an sozialer und wirtschaftlicher Grundversorgung für ein menschenwürdiges Leben enthalten. Doch dieser Vorschlag sei aufgrund der fehlenden Antwort auf die Frage von Verteilung und Verantwortlichkeiten unreif, so Martens (vgl. Martens 2013: 32ff.).

Die Forderungen der NGO IBON hingegen, fanden breite Unterstützung durch die Zivilgesellschaften des „Südens“ in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Ziele Post-2015-Agenda sollen auf der Kritik des neoliberalen Wirtschaftsmodells basieren und weitgehende Reformen beinhalten. Dabei fordert IBON ausdrücklich die Umsetzung der bisher von der Politik unbeachteten Empfehlungen der Stiglitz-Kommission der Vereinten Nationen von 2009 für radikale Reformen im globalen Währungs- und Finanzsystem sowie des „Bachelet Reports“ und ILO-Empfehlung 202 „Recommendation Concerning National Floors of Social Protection“ von 2012, in dem es um den universellen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen geht. Geforderte Ziele sind u. a. Ernährungssouveränität, Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit, Klimagerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sowie Frieden und Sicherheit auf der Grundlage von Gerechtigkeit (vgl. Martens 2013: 32ff.).

Martens fordert einen rechtebasierten Ansatz bei der Post-2015-Entwicklungsagenda, sowohl bei der Entwicklungszusammenarbeit, als auch bei der Entwicklungsfinanzierung, welche auf dem Solidaritätsprinzip sowie auf dem menschenrechtlichen Prinzip der extraterritorialen Staatenpflichten beruhen. Dabei sollen strukturelle Rahmenbedingungen und die Frage nach der finanziellen Lastenteilung auf internationaler Ebene vereinbart werden, um die gesetzten Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Als normative Grundlage für die Post-2015-Entwicklungsagenda stellt er sich acht Prinzipien vor, die in unterschiedlichen internationalen Verträgen von Staaten bereits anerkannt wurden: das Solidaritätsprinzip (Solidarität als Menschenrecht statt Wohltätigkeit); das Do-No-Harm-Prinzip; das Verursacherprinzip (Verursacher tragen Kosten; z. B. für Finanzkrise und Umwelt); das Vorsorgeprinzip (bei fehlendem wissenschaftlichem Konsens über die Auswirkungen von Handlungen auf Mensch und Natur, gilt eine Beweispflicht für deren Ungefährlichkeit seitens ihrer Befürworter); das Subsidiaritätsprinzip (demokratisches Selbstbestimmungsrecht; Fällung politischer Entscheidungen auf der niedrigst möglichen administrativen und politischen Ebene); das Prinzip der freien vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung (Recht von Gemeinschaften auf Verweigerung von vorgeschlagenen Projekten und Maßnahmen von Regierungen und Konzernen, wenn sie ihre Lebensbedingungen betreffen bzw. ihre eigenen oder von ihnen genutzten Territorien); das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und das Prinzip der friedlichen Beilegung von Konflikten – welches ein Kernelement der UNO-Charta darstellt. Dem soll ein integriertes System globaler Nachhaltigkeitsziele hinzugefügt werden, wofür Martins sechs Zieldimensionen vorschlägt: Würde und Menschenrechte für alle; Gleichheit und Gerechtigkeit; Respekt vor Natur und Planetary Boundaries; Frieden durch Abrüstung und gewaltfreie Konfliktlösung; faire und solidarische Wirtschafts- und Finanzsysteme sowie demokratische und partizipatorische Entscheidungsstrukturen (vgl. Martens 2013: 37ff.).

Besonders umstritten ist die Integration von Friedens- und Sicherheitsthemen wie Abrüstung oder die Einschränkung des internationalen Waffenhandels in der Post-2015-Agenda. Doch aufgrund der zahlreichen gewaltvollen Konflikte und hohen weltweiten Rüstungsausgaben, welche als entwicklungshemmend erachtet werden, sollen sie in der neuen Entwicklungsagenda thematisiert werden. Auch hier sind Staaten des Südens wieder einmal Vorreiter: die „g7+“ wurde 2010 gegründet und besteht derzeit aus 17 Ländern, darunter Afghanistan, Haiti, Ost-Timor und die Demokratische Republik Kongo. Alle Mitglieder dieser Länderkoalition sind oder waren selbst von gewaltsamen Konflikten betroffen. Ihre Initiative für den Beschluss von

Zielen für Frieden und Staatsaufbau (Peacebuilding and Statebuilding Goals; PSGs) ist Teil des „New Deal for Peace“, eines umfassenden Dialogprozesses. Die PSGs bilden im Grunde ein Konzept für menschliche Sicherheit und zielen auf Armutsminderung, Friedenssicherung und die Verbesserung des Lebensstandards der eigenen Bürger ab. Dieses geht zwar über die Konfliktlösung hinaus, klammert jedoch das Thema der internationalen Abrüstung und Rüstungskontrolle aus. Die PSGs sollen durch spezifische Indikatoren ergänzt werden, um die Möglichkeit zu bekommen, in die Debatte über die Post-2015-Entwicklungsziele aufgenommen zu werden (vgl. World Bank Institute, Martens 2013: 32ff.).

Post-2015-Agenda-Prozess auf UNO-Ebene

Auf UNO-Ebene wurden drei verschiedene Arbeitsgruppen mit dem Thema betraut. Das aus Fachleuten von über 50 UNO-Einrichtungen zusammengestellte „Task Team“ hat das zentrale Dokument „Realizing the Future We Want for All“ aus dem Jahr 2012 für den Post-2015-Prozess verfasst. In diesem werden die Berücksichtigung der drohenden Erschöpfung der weltweiten Ressourcen sowie die Berücksichtigung von Problemen, die durch fragile Staatlichkeit und gewaltsame Konflikte ausgelöst werden, gefordert. Außerdem sprechen sie sich explizit für ein holistisches Entwicklungskonzept und den Wandel bestehender Produktions- und Konsummuster aus. Darüber hinaus soll eine global ausgerichtete Entwicklungspartnerschaft zwischen Regierungen, NGOs und dem Privatsektor angestrebt werden. Die Vorschläge des Task Teams für die Post-2015-Agenda enthalten das Ziel der inklusiven sozialen Entwicklung (u. a. inklusive Systeme sozialer Sicherung; faire Regeln zum Management von Migration), ökologischen Nachhaltigkeit (u. a. Biodiversität; Abfallmanagement; Reaktion auf Katastrophen), inklusiven wirtschaftlichen Entwicklung (u. a. ein faires und stabiles globales Handels- und Finanzsystem, eine angemessene Entwicklungsfinanzierung, eine kohärente makroökonomische Politik zur Unterstützung eines inklusiven grünen Wachstums) und Frieden und Sicherheit (demokratische und kohärente globale Regelungsmechanismen; Konfliktprävention und -mediation) (vgl. Martens 2013: 21).

Die zweite UN-Arbeitsgruppe für eine Post-2015-Agenda ist das „Sustainable Development Solutions Network“ (SDSN). Dieser besteht aus einem Leadership Council mit WissenschaftlerInnen und VertreterInnen aus der Wirtschaft sowie zehn thematischen Arbeitsgruppen und wird von Jeffrey Sachs Sonderberater von Ban Ki-moon von der Columbia University geleitet, der bereits bei den MDGs mitgewirkt hatte. Die Themen der Arbeitsgruppen sind u. a. Ernährungssicherheit, Wasser, Energie, Ungleichheiten, Konflikt und Fragilität, Wachstum und

Beschäftigung, ökologische Nachhaltigkeit und Bevölkerungsdruck. Wobei diese auch Themen wie Governance globaler Gemeinschaftsgüter, Friedenskonsolidierung in fragilen Regionen globales Wachstums angesichts Planetary Boundaries beinhalten sollen und Ergebnisse der Rio-Folgekonferenz sowie die Debatte um mögliche SDGs ebenfalls miteinfließen sollen (vgl. Martens 2013: 27ff.).

Zusätzlich steht dem Generalsekretär auch ein Team aus ehemaligen Spitzenpolitikern als Berater zur Seite. Unter ihnen ist auch David Cameron, der einen konventionellen Ansatz von EZA (Hilfe; Rettung der Armen) vertritt und sich für einen „radikal neuen Ansatz“ für die Beseitigung der Ursachen von Armut stark machen möchte, wobei er die Ursachen für Armut fast ausschließlich in den Ländern des Südens selbst sieht (fehlende Rechtsstaatlichkeit, Eigentumsrechte, Korruption), und nicht etwa in den Konsum- und Produktionsweisen reicher Länder. Damit spricht er sich im Grunde für eine Fortsetzung der MDGs in der Post-2015-Entwicklungsagenda aus (vgl. Martens 2013: 22).

Die Frage der Zusammenführung beider Prozesse (Rio+20-Agenda + Post-2015-Agenda) bleibt ungeklärt und unter den Regierungen sogar umstritten. Bedauerlicherweise besteht unter den Regierungen zwar ein breiter Konsens über die universelle Gültigkeit künftiger SDGs, jedoch beharren viele auf die Fortsetzung des armutsorientierten Fokus der MDGs. Martens sieht darin ein Dilemma, da eine armutszentrierte Entwicklungspolitik auf arme Länder ausgerichtet ist und „Entwicklung“ damit keinen universellen Anspruch mehr hätte. Dies würde den Fortbestand der anachronistischen Teilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer bedeuten. Doch einige VertreterInnen von NGOs reagieren mit Skepsis und Kritik auf die geplante Einbindung der SDGs in die Post-2015-Entwicklungsagenda. Dahinter steht die Befürchtung, dass die Armutsorientierung der MDGs dadurch verloren gehen könnte. Andere befürchten eine Überfrachtung der Post-2015-Agenda und sprechen sich daher für die Fortsetzung der MDGs mit ihrem Fokus auf Armut und „Entwicklungsländer“ und des parallelen Beschlusses von unverbindlichen Nachhaltigkeitszielen in der Rio-Agenda aus. Damit würden jedoch die Unzulänglichkeiten der MDGs beibehalten werden. Andere wiederum sprechen sich aus dem Grund dagegen aus, weil sie aufgrund des Konsensprinzips der Vereinten Nationen befürchten, dass die Vielfalt der Themen einen Konsens blockieren würde, v. a. wenn es um Themen wie Finanzmarktreformen, Atomenergie oder Abrüstung geht (vgl. Martens 2013: 26ff.).

Fazit

Während in zurückliegenden Entwicklungsdekaden politische und wirtschaftliche Motive die Entwicklungszusammenarbeit gestalteten, gewannen in den 2000er Jahren ethische Axiome an Bedeutung für die Legitimierung der Aktivitäten, wobei Eigeninteressen nach wie vor sowohl als Motiv für ein Engagement als auch für seine Legitimierung essentiell sind. Partizipation, Verantwortlichkeit und Selbstbestimmung wurden zu wichtigen Schlüsselbegriffen dieses Diskurses. Die gegenwärtige Entwicklungsagenda wird durch die Millenniumentwicklungsziele, Armutsbekämpfungsstrategien, Bemühungen um Harmonisierung der EZA-Aktivitäten und der Orientierung an nationale Entwicklungsstrategien des Empfängerlandes, Ownership als Schlüssel für eine nachhaltige Wirkung von EZA-Maßnahmen sowie durch die Verschiebung von einer Projekt- zu einer Budgetfinanzierung bestimmt. Doch all diese „Fortschritte“ bewegen sich im engen Rahmen des vorherrschenden Entwicklungsdiskurses, der von Wirtschaftswachstum gekennzeichnet ist und für die meisten Geber nach wie vor das Modell der nachholenden Entwicklung darstellt (vgl. Booth 2006: 35f., Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 14, Sangmeister 2009: 159). Die Erfüllung der Hoffnungen auf ein Paradigmenwechsel in der zukünftigen Post-2015-Agenda bleibt abzuwarten.

Neue Geber

Wer oder was sind neue Geber?

Unter dem sehr jungen Begriff „neue Geber“ versteht man eine Geberkategorie in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die abgegrenzt von den Geberländern des Development Assistance Committee (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – kurz OECD-DAC – betrachtet wird. Dabei handelt es sich bei den neuen Gebern, die im Englischen unter „emerging donors“ oder auch „re-emerging donors“ bekannt sind, weder um eine klar definierte und abgegrenzte noch um eine homogene Geberkategorie. Denn zum einen bezieht sich diese Bezeichnung nicht unbedingt nur auf *neue* entwicklungspolitische Geber: manche von ihnen haben eine lange und kontinuierliche Geschichte als Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit, während andere wieder verstärkt als solche auftreten (z. B. Polen oder Ungarn, die bereits zu Zeiten des Ost-West-Konflikts Entwicklungszahlungen geleistet haben), und wiederum andere sind der internationalen Entwicklungsarchitektur tatsächlich neu „beigetreten“ – was die englischen Begriffe „emerging donor“ und „re-emerging donor“ bereits vermuten lassen. Zum anderen gelten laut Michael Janinhoff vom Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) nicht nur aufstrebende Länder als Akteure dieser Geberkategorie, sondern auch philanthropische Stiftungen, also nichtstaatliche Geber wie die Bill und Melinda Gates Stiftung, die Aga Khan Foundation oder die Mohammed bin Rashid Al Maktoum Foundation. Aber auch Clemens Six und Karin Küblböck, die im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit für die Österreichische Forschungsförderungsinstitut für Internationale Entwicklung das Thema bearbeiteten, betrachten private Stiftungen als eine nicht zu vernachlässigende Gebergruppe, die sie ebenfalls unter der Kategorie „neue Geber“ einordnen (vgl. Hausmann 2008: 4ff., Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 20ff., Küblböck/Six 2009: 20 ff., Smith/Yamashiro Fordelone/Zimmermann 2010: 1).

Was staatliche EZA-Akteure angeht, so unterscheidet Janinhoff – genauso wie Richard Manning, ehemaliger Vorsitzender des DAC, folgende Akteure: *OECD-DAC-Mitgliedsstaaten*, die die größten Industrieländer sowie die EU umfassen. *Dem DAC nahestehende Staaten*, die aus den restlichen OECD-Mitgliedern bestehen (Türkei, Südkorea, Mexiko, mehrere osteuropäische Länder), aus EU-Staaten, die über die EU eingebunden sind, jedoch keine Mitglieder der OECD sind (z. B. Slowenien, Zypern, Malta, baltische Staaten) sowie Länder, die Verhandlungen mit der OECD über ihre Aufnahme führen. Diese beiden Gruppen

orientieren sich grundsätzlich an den Standards des OECD-DAC, auch wenn sie diese teilweise noch nicht erfüllen können. *OPEC-Staaten und Geberländer des Nahen und Mittleren Ostens*, die eine lange Geschichte unabhängiger und in sich kohärenter EZA aufweisen, jedoch die Richtlinien des DAC genauso wenig als verbindlich betrachten, wie die vierte nicht einheitliche Kategorie, die aus *sonstigen Nicht-OECD-Mitgliedern* besteht und über keinerlei Koordinationsmechanismen verfügt. Zu dieser Kategorie werden Russland, Thailand, China, Taiwan, Indien, Südafrika, Israel und Brasilien gezählt – interessanterweise auch Venezuela, das als OPEC-Mitglied eigentlich der dritten Kategorie zuzuordnen wäre, wobei Richard Manning im Gegensatz zu Janinhoff EZA-durchführende OECD-Mitglieder, die nicht im DAC vertreten sind, deutlich von EU-Staaten, die keine OECD-Mitglieder sind, unterscheidet und sie zwei unterschiedlichen Kategorien zuteilt (vgl. Hausmann 2008: 6ff., Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 21f., Mayer 2009: 46).

Sangmeister und Schönstedt zählen osteuropäische Länder, die erst seit ihrem EU-Beitritt Beiträge zur europäischen Entwicklungszusammenarbeit leisten, zwar auch zu den neuen Gebern, unterscheiden sie jedoch deutlich von „emerging donors“, die sie dadurch charakterisieren, dass sie gleichzeitig EZA-Geber und -Empfänger sind und als Geberländer ein anderes Verständnis von EZA hätten, als ihre DAC-Kollegen. Sie unterscheiden in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit folgende Akteursgruppen: *Supra- und internationale Institutionen* (z. B. EU, IBRD, RDBs, UNDP), *24 DAC-Geberländer*, welche auch Mitglieder der OECD sind, *EU-Mitgliedsstaaten, die keine OECD-Mitglieder sind* (z. B. Bulgarien, Estland), *Nicht-OECD-Geberländer* (z. B. Saudi-Arabien, VAE, Türkei), *neue Geberländer, die zugleich Empfängerländer sind* (z. B. Brasilien, China, Indien) und *NRO QUANGOs* (z.B. Care, Brot für die Welt, Misereor, Oxfam), sowie *Private Stiftungen bzw. Private-Public-Partnerships* (z. B. Bill & Melinda-Gates-Foundation) (vgl. Sangmeister/ Schönstedt 2010: 144f.).

Dies bedeutet, während Sangmeister und Schönstedt den gleichzeitigen Status eines Landes als Geber- und Empfängerland von EZA als definierende Eigenschaft für den Status als „emerging donor“ betrachten, ist dieser Umstand für Mayer, der die Kategorisierung von Manning übernommen hat, lediglich eine erwähnenswerte Tatsache, die auf manche der neuen Geber zutrifft. Frank Mischo und Kristina Rehbein erwähnen in ihrem Artikel im Schuldenreport des Jahres 2012 eine Gemeinsamkeit, die die meisten der neuen Geber – die nach ihrer Definition aus den Nicht-DAC-Gebern bestehen – teilen: diese haben einen hohen Bedarf an Investitionen im Bereich Armutsbekämpfung und erhalten selbst hohe Beträge aus Entwicklungsmitteln.

Folglich gelten diese beiden Merkmale für Mischo und Rehbein zwar als wesentlich, im Gegensatz zu Sangmeister und Schönstedts Sichtweise jedoch, nicht als zwingend notwendig. Ähnlich betont Hausmann bei neuen Gebern die Eigenschaft, bis vor kurzem als Entwicklungsländer gegolten zu haben und das Problem der Armut im eigenen Land noch nicht bewältigt zu haben – d. h. sie unterstreicht diese beiden Eigenschaften, ohne sie als gegenwärtigen Status zu bedingen. (vgl. Hausmann 2008: 6, Mayer 2009: 46, Mischo/Rehbein 2012: 28).

Laut Hausmann wird in Berichten und Studien über „neue Geber“ ohnehin „meist eine recht willkürlich anmutende Auswahl von Ländern getroffen [...] Es stellt sich die Frage, welche Länder außerhalb des DAC (Development Assistance Committee) keine „neuen Geberländer“ sind.“ (Hausmann 2008: 5). Weiters äußert sie die Vermutung, dass dieser Begriff von den Mitgliedern der OECD-Staaten selbst geprägt wurde, denn im Allgemeinen, ob in Wissenschaftskreisen oder in der medialen Öffentlichkeit, bezieht sich die Bezeichnung „neu“ tatsächlich lediglich auf den Umstand eines EZA-Akteurs, nicht in die Strukturen der OECD eingebunden zu sein. Altenburg und Weikert spiegeln diese Tatsache in einer ihrer Analysen wider, die sie über entwicklungspolitische Dreieckskooperationen mit „Neuen Gebern“ verfassten, bei der sie folgende Länder zur Kategorie der neuen Geber zählten: EU-Beitrittsländer, Golfstaaten, Russland, Indien, China, Thailand, Südafrika, Brasilien, Mexiko, die Türkei sowie kleinere Schwellenländer. Andere Autoren wie Gail Hurley vom „European Network on Debt and Development“ (Eurodad) beispielsweise fügen noch Venezuela hinzu. Hier werden traditionsreiche Geber, die außerhalb des DACs stehen zusammengefasst, ungeachtet ihrer EZA-Politik oder ihrer Kooperationsbereitschaft mit dem OECD-DAC. Diese Vorgehensweise stellt eine laut Hausmann eine dürftige und undifferenzierte terminologische Unterscheidung dar – nicht zuletzt, da Länder, die eindeutig zu dieser Kategorie gezählt werden, in den meisten Fällen bereits seit vielen Jahrzehnten EZA betreiben wie China und Indien beispielsweise (vgl. Altenburg/Weikert 2007: 1, Hurley 2007: 1, Hausmann 2008: 5, Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 21, Keeley 2012: 154, Mischo/Rehbein 2012: 28).

Dr. Sachin Chaturvedi vom Research and Information System for Developing Countries (RIS) berücksichtigt diesen Umstand in seiner Definition, wonach „emerging donors“ bzw. „neue Geber“ Entwicklungsländer wären, die seit Jahrzehnten EZA leisten, jedoch erst seit kurzem aufgrund ihrer zunehmenden Wirtschaftskraft ihre Handelsbeziehungen zu und Investitionen in Entwicklungsländern intensiviert haben, so dass sie als „aufstrebende Mächte“ bzw. „emerging

powers“ und „Schwellenländer“ die Aufmerksamkeit der G8-Staaten, der größten westlichen Industrienationen, auf sich gezogen und eine Debatte um ihre Aktivitäten, insbesondere in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, ausgelöst haben (vgl. Chaturvedi 2010: 29). Zu diesen Ländern zählt er China, Indien, Südafrika und Brasilien. Sangmeister und Schönstedt zählen Russland, Brasilien, China und Indien als die wichtigsten „emerging donors“ in der EZA auf und definieren diese letztendlich als „außereuropäische emerging economies, wirtschaftlich dynamische Entwicklungs- und Transformationsländer, die sich inzwischen als Geber an der internationalen Entwicklungszusammenarbeit beteiligen.“ (Sangmeister/Schönstedt 2010: 146). Ähnlich definieren Paulo und Reisen diese als „[...] große Länder mit niedrigen oder mittleren Durchschnittseinkommen [die] weltweit an Einfluss [gewinnen und] mittlerweile als „neue Geber“ in Entwicklungsländern präsent [sind].“ (Paulo/Reisen 2009: 286). Mit diesen Definitionen wird bei der Begriffsbestimmung von neuen Gebern der Fokus von der Armut und dem Status als Empfängerland für Entwicklungsgelder auf die wirtschaftliche Performanz des Akteurs verlegt. Jedoch wäre laut Hausmann die Gliederung von EZA-Gebern nach ihrem Geberverhalten sinnvoller. Diese sollte die geographische und sektorale Verteilung von EZA-Geldern, ihre Art und Höhe sowie die Ziele der Akteure berücksichtigen, da sich die sogenannten neuen Geber in diesen Bereichen sehr voneinander unterscheiden (vgl. Hausmann 2008: 20).

Die OECD problematisiert den Begriff „neue Geber“ ebenfalls, der in der Literatur mangels passenden Ersatz immer noch am gebräuchlichsten sei. Sie unternimmt den Versuch, die Schwächen der Kategorie der neuen Geber auszugleichen, in dem sie Geber, die außerhalb des DACs stehen, in drei verschiedenen Kategorien untergliedert: „*emerging donors*“ sind relativ neue oder kürzlich wieder aufgetauchte Geberländer. Zu dieser Kategorie zählt sie neue EU-Mitglieder wie Tschechien, Ungarn, die Slowakei und Polen, die auch OECD-Mitglieder sind; Länder wie Slowenien und Estland, die die OECD-Mitgliedschaft beantragt haben und Nicht-EU-Mitglieder, die OECD-Mitglieder sind oder die Mitgliedschaft beantragt haben, wie Russland, Israel und die Türkei. Im Prinzip besteht diese Unterkategorie also aus OECD-Mitgliedern und OECD-Nahen Ländern, die dem DAC nicht beigetreten sind. Die zweite Kategorie besteht aus *Ländern, die Süd-Süd-Kooperation betreiben*. Das sind Entwicklungsländer, Länder mit mittlerem Einkommen oder auch aufstrebende Ökonomien. Viele von ihnen erhalten selber ODA-Mittel, jedoch mit abnehmenden Volumina. Zu dieser Kategorie zählen u. a. China, Indien, Brasilien, Südafrika, Thailand, Kolumbien und Ägypten. Süd-Süd-Kooperationsländer sehen sich nicht als Geber, sondern als Kooperationspartner und

kooperieren nur sehr selektiv mit dem DAC. Mexiko und Chile scheinen eine Zwischenstellung eingenommen zu haben, da sie sehr viele Gemeinsamkeiten mit dieser Gruppe haben, jedoch OECD-Mitglieder sind und DAC-Anforderungen nachkommen. Die dritte Kategorie besteht aus *arabischen Gebern* wie Kuwait, den Vereinten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien. Sie verstehen sich als EZA-Geber und engagieren sich seit vielen Jahrzehnten, wobei sie auch nur teilweise mit dem DAC kooperieren (vgl. Smith/Yamashiro Fordelone/Zimmermann 2010: 1).

Diese Einteilung zeigt, dass die OECD auch OECD-Länder und EU-Staaten in die Kategorie „neue Geber“ einordnet, wenn sie keine DAC-Mitglieder sind, auch wenn sie seinen Anforderungen nachkommen bzw. mit diesem kooperieren – womit ich erstmals in der Literatur auf einen Autor oder Akteur treffe, der europäische EZA-Akteure in diese Kategorie einordnet und damit die übliche Dichotomie Nord : Süd bei der Akteursfrage durchbricht. Allerdings verstärkt diese Sichtweise die Dichotomie „wir“:„die anderen“ aus der Sicht des DACs, da sie die Nichtzugehörigkeit zum DAC betont und damit suggeriert, dass dieser den einzig gültigen Maßstab für Entwicklungszusammenarbeit liefert. Damit wird wiederum die allgemein verbreitete Sichtweise verstärkt, die „neue Geber“ als Kategorie versteht, die Länder des Südens subsumiert und in jeder Hinsicht in einem gewaltigen Kontrast zu DAC, OECD und Ländern des Nordens steht, auch wenn sie selber europäische Länder und auch OECD-Mitglieder in die Gruppe der neuen Geber hineinnehmen.

Damit wird also die Zweifelhaftigkeit dieses Begriffes leider nicht gelöst. Die Problematik dieser Begrifflichkeit liegt laut Hausmann in der fehlenden Definition, seiner Inkorrektheit und schließlich auch an seiner Eigenschaft als Fremdbezeichnung, welche von Außenstehenden aufkotzt und von der so benannten Gruppe auch tatsächlich abgelehnt wird (vgl. Hausmann 2008: 6).

Es zeigt sich also, dass der Begriff „neue Geber“ trotz seiner Omnipräsenz in der Fachliteratur und den Medien bis dato keine einheitliche Begriffsbestimmung erhalten hat. Definitionsversuche fallen sehr unterschiedlich aus und Kategorisierungsversuche von Geberländern in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit variieren teilweise so stark, dass weder eine einheitliche Definition noch eine eindeutige Abgrenzung unterschiedlicher Geberkategorien möglich ist. Würden aufgrund der obigen Ausführungen und Definitionen jedoch jene unumstrittenen Charakteristika für die Geberkategorie „neue Geber“ ermittelt werden, die auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner basieren, wäre die Bezeichnung „neue Geber“ oder

„emerging donors“ auf wirtschaftlich (und politisch) aufstrebende Nicht-OECD-Länder zu beziehen, die keine EU-Mitglieder sind und weder Teil der OPEC-Mitglieder noch der arabischen Geber sind.

Jene Länder, die in der Literatur und der Öffentlichkeit unumstritten als „neue“ Geber kategorisiert werden, sind die sogenannten BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Diese Länder sind Teil der „Neuen-Geber-Debatte“, die sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung stattfindet und in der Bedenken und Kritik über sie geäußert werden. „Die Aufmerksamkeit, die ihnen nun von Seiten der DAC-Länder widerfährt, lässt sich sicherlich auf eine gewisse Besorgnis zurückführen, die eigenen entwicklungshilfepolitischen Maßnahmen könnten durch solche der neuen Geber konterkariert werden.“ (Hausmann 2008: 6). Außerdem gewinnen sie zunehmend an (Gestaltungs-) Macht im internationalen Politikdialog und im internationalen Finanzsystem, so Mischo und Rehbein. Möglicherweise ist genau das das Entscheidende bei der Charakterisierung von neuen Gebern: Kein Mitglied der OECD bzw. DACs zu sein und damit nicht der Gruppe der sich als „traditionelle“ Geber betrachtenden westlichen Geberländern anzugehören, gleichzeitig jedoch dennoch „deren“ Bedeutung im „Entwicklungsgeschäft“ zu teilen oder sie sogar zu überholen und damit eine Bedrohung für ihre (Macht-) Stellung darzustellen. Denn Privatstiftungen, die manche Autoren bereits zu den neuen Gebern zählen, haben laut den Ausführungen von Six und Küblböck ebenfalls auf dieselbe Weise Aufmerksamkeit erregt und Ängste geschürt: sie setzen sehr hohe finanzielle Mittel für „Entwicklung“ ein und avancieren somit zu immer einflussreicheren Akteuren in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, wobei manche von ihnen bereits einen starken Einfluss auf die internationale Entwicklungspolitik ausüben (vgl. Küblböck/Six 2009: 20f., Mischo/Rehbein 2012: 28).

Profil neuer Geber

Die folgende Länderauswahl basiert auf die Einigkeit jeglicher westlicher Akteure über die Betrachtung dieser Ländergruppe als „neue Geber“.

Brasilien

Auch wenn sich Brasilien seit den 1970ern in Afrika und Lateinamerika engagiert, kann sein Engagement erst ab den 1990ern als Entwicklungszusammenarbeit im engeren Sinn betrachtet werden. Schwerpunkte dieser Politik sind vor allem die Bekämpfung von HIV/Aids, der Know-How-Transfer im Bildungssektor und in der Landwirtschaft sowie der Aufbau von Institutionen (institution building). Gerne engagiert sich Brasilien im Rahmen von triangulärer Kooperation, bei der es mit einem anderen Entwicklungsland oder auch mit einem Industrieland kooperiert, um einem Drittland gemeinsam technische Zusammenarbeit anzubieten. Die Entwicklungszusammenarbeit, die an keinerlei Konditionen oder Auflagen für Reformen geknüpft wird, definiert Brasilien als eine Partnerschaft für Entwicklung, wobei die Souveränität dieses Partners Priorität hat und damit das Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten gilt. Die für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Stelle ist die „Brazilian Cooperation Agency“ (ABC), die innerhalb des Außenministeriums angesiedelt ist. Brasiliens Teilnahme an triangulärer Kooperation gilt als Teil seiner außenpolitischen Strategie und wird damit nur Prioritätsländern der brasilianischen Außenpolitik gewährt. Die Teilnahme an triangulärer Kooperation ist nicht nur ein Ziel an sich, sondern stellt auch ein Instrument für die Vertiefung internationaler Beziehungen dar. Partnerländer Brasiliens sind lateinamerikanische Länder, v. a. in Südamerika sowie Haiti, die Karibik, v. a. portugiesisch sprachige afrikanische Länder, und Osttimor. Durch sein technisches Kooperationsprogramm versucht Brasilien sein internationales Ansehen zu steigern (vgl. Abdenur 2009: 163f., Sangmeister 2009: 157ff., Hackenesch 2011: 11).

Sein Engagement stellt Brasilien als Altruismus dar, es transferiere Wissen und Erfahrung unkommerziell, um die Autonomie seiner Partner durch seine institutionelle Stärkung zu fördern. Für Brasilien hat es auch pragmatische Gründe, da es die Entwicklung, die es in anderen Entwicklungsländern vorantreibt, bereits durchlaufen hat und sein Expertenwissen teilen kann – v. a. da es die Felder, für die es Know-How-Transfer anbietet, wie z. B. öffentliche Verwaltung, Gesundheit, Bildung, Umwelt und Landwirtschaft als Nischen für sich entdeckt hat. Dieses Expertenwissen kann aus dem öffentlichen Sektor stammen oder auch aus privaten Initiativen transferiert werden. Daneben geht es Brasilien ganz klar um die Unterstützung von Ländern, die historische oder sprachliche Gemeinsamkeiten mit Brasilien haben, etwa die Gemeinschaft portugiesisch sprachiger Länder (Community of Portuguese Language Countries; CPLP) und die spanischsprechenden Nachbarn, mit denen Brasilien eine gemeinsame Geschichte teilt. Der Grund dafür sind ähnliche Probleme, die sie aufgrund ihrer gemeinsamen

Zugehörigkeit zur Dritten Welt zu bewältigen haben sowie die (teilweise) gemeinsame Sprache, die den Austausch erleichtert. Weiters pflegt Brasilien auch Beziehungen zu manchen Industrieländern; ein Beispiel dafür ist Japan, mit dem Brasilien eine trianguläre Kooperation zum Wissenstransfer unterhält. Verbunden werden beide Länder durch historische Freundschaftsbeziehung, enge Wirtschaftsbeziehungen sowie einer großen Anzahl an japanischen Migranten in Brasilien. Und schließlich geht es Brasilien v. a. darum, seine regionale Führungsposition in Lateinamerika und der Karibik zu festigen – beispielsweise ist seine militärische Teilnahme und Führung bei der UN-Friedensmission in Haiti im Jahr 2004 darauf zurückzuführen und steht im scharfen Kontrast zur nach Innengekehrtheit der brasilianischen Politik im 20. Jahrhundert. Darüber hinaus versucht Brasilien einen günstigen Rahmen für wirtschaftliches Wachstum in der gesamten Region zu schaffen (vgl. Abdenur 2009: 164ff.).

Seit dem Jahr 2002 versucht Brasilien zum Sprecher für Entwicklungsländer zu avancieren. Zahlreiche Initiativen sollten zu diesem Ziel führen, wie die Gründung der G20-Gruppe als Lobby für den Abbau landwirtschaftlicher Subventionen in Industrieländern, die Gründung des Indien-Brasilien-Südafrika-Forums (IBSA) als Gegenpart zum chinesisch-russischen Kooperationsforum und der Versuch, einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat zu ergattern. Durch technische Kooperation versucht Brasilien sein Netzwerk auszubauen und die Beziehungen zu regionalen Führern anderer Regionen zu stärken, um direkt oder indirekt seine Einflussosphäre zu erweitern. Trianguläre Kooperation spiegelt den neuen Kompromiss zur Bereitschaft von bestimmten Entwicklungsländern wider, EZA-Gelder aus dem „Norden“ durch solche von anderen „Entwicklungsländern“ zu ersetzen, wobei das auch eine Taktik für eine nationale Selbstvermarktung darstellt, so Abdenur (vgl. Abdenur 2009: 168f.).

Indien

Seit den 1960er Jahren verfügt Indien über eine eigene Entwicklungspolitik. Abgesehen von seinen multilateralen Leistungsbeiträgen an internationale Organisationen – hauptsächlich die Teilnahme an UN-Friedensmissionen – beschränkte sich Indien in seiner Entwicklungszusammenarbeit bis vor kurzem auf bilaterale Beziehungen mit seinen unmittelbaren Nachbarn Nepal, Afghanistan, Myanmar und Bhutan, was Indien als Teil seiner eigenen Sicherheitspolitik erachtet – wobei neben den regionalen und politischen Faktoren auch wirtschaftliche Faktoren eine Rolle spielen. Die EZA-Bereiche umfassen vor allem Zuschüsse für Gesundheit, Bildung und ländliche Entwicklung sowie Darlehen für Infrastrukturprojekte. Bei dem zunehmenden Engagement in afrikanischen Ländern hingegen, stehen wirtschaftliche Interessen im

Mittelpunkt: die Erschließung neuer Absatzmärkte, die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffquellen, aber auch die Unterstützung der indischen Diaspora in manchen afrikanischen Ländern. Dabei kommt es auch seitens Indien zu einer Fokussierung auf ressourcenreiche Länder wie Nigeria und dem Sudan, während sich die technische Zusammenarbeit vor allem auf asiatische Staaten konzentriert. Die größten Kreditnehmer derzeit sind der Sudan, Bangladesch und die Demokratische Republik Kongo (vgl. Hausmann 2008: 20f., Küblböck/Six 2009: 4, Hackenesch 2011: 11, Sangmeister 2009: 161, Sangmeister/Schönstedt 2010: 147, Mischo/Rehbein 2012: 31f.).

Für die indische Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist das Außenministerium, wobei das für technische Zusammenarbeit 1964 gegründete „Indian Technical and Economic Cooperation-Programme“ (ITEC) derzeit federführend ist, da die eigentliche geplante Entwicklungsagentur (India International Development Cooperation Agency) bis jetzt noch nicht realisiert wurde. Die im Rahmen des „Indian Development and Economic Assistance Scheme“ (IDEAS) vergebenen Kredite werden über die Export-Import-Bank abgewickelt (vgl. Chaturvedi 2010: 31, Sangmeister/Schönstedt 2010: 147, Mischo/Rehbein 2012: 31).

Indien kooperiert mit seinen EZA-Partnern (fast) ausschließlich auf bilateraler Basis, obwohl Indien als EZA-Empfänger nur auf multilateraler Basis agiert, da die Transaktionskosten für Empfängerländer bei bilateraler Zusammenarbeit laut Indien um einiges höher ausfallen. Seine Entwicklungsprojekte gestaltet Indien gemäß des Prinzips der Nicht-Einmischung, weswegen diese ohne die Bindung an Auflagen oder entwicklungspolitischen Konditionalitäten auskommen, dafür fordert Indien eine Lieferbindung, bei der mindestens 75 % der für die Entwicklungsprojekte nötigen Waren und Dienstleistungen von indischen Firmen bezogen werden müssen. Weiters bemüht sich Indien um die Position eines Interessenvertreters und Sprechers für Entwicklungsländer gegenüber der restlichen Welt und hat beispielsweise auch im Jahr 2007 unter dem Dach des UN-ECOSOC (Economic and Social Council) das „Development Cooperation Forum“ (DFC) gegründet: eine Plattform für EZA-Geber- und -Nehmer, in der sie sich auf gemeinsame Prinzipien für die Entwicklungszusammenarbeit verständigen sollen (vgl. Hackenesch 2011: 11, Sangmeister 2009: 161, Sangmeister/Schönstedt 2010: 147, Mischo/Rehbein 2012: 31f.).

Besonders mit Südafrika unterhält Indien enge Austauschbeziehungen politischer, wirtschaftlicher und akademischer Natur. Hintergrund ist ihre synchrone koloniale Geschichte, der

Entwicklungsweg Indiens zu seinem wirtschaftlichen Wachstum, von dem Südafrika lernen und profitieren will sowie die große indische Diaspora in Südafrika. Aber auch mit Brasilien sind beide Länder eine Art Koalition eingegangen: an Anlehnung an die „Non-Aligned Movement“⁸ wollen sich die drei Länder mittels ihrer Süd-Süd-Kooperation von den Ländern des Nordens emanzipieren. In zahlreichen trilateralen Gipfeln versuchen sie, ihre eigenen Kapazitäten zu entwickeln. Im Jahr 2005 haben sie vereinbart, für die Erreichung der Millenniumsziele gemeinsam zu kooperieren und den Entwicklungsländern einen besseren Marktzugang zu ermöglichen (vgl. Soudien 2009: 226ff.).

China

Seit 1950 engagiert sich China in der Entwicklungszusammenarbeit, wobei sich seine Motive über die Jahrzehnte mehrmals gewandelt haben. Beispielsweise diente die Entwicklungszusammenarbeit Chinas in den 1960er Jahren der Förderung der politischen und wirtschaftlichen Autonomie seiner Partnerländer und wurde aus Solidarität mit diesen gegen die gönnerhafte und zu gleich imperialistische Politik des Westens betrieben; diente gleichzeitig aber auch der eigenen Befreiung aus der politischen Isolation. Seit den 1980er Jahren sind hingegen wirtschaftliche Eigeninteressen in den Vordergrund gerückt; anstelle von Entwicklungszusammenarbeit ist das Prinzip der ökonomischen Kooperation getreten, das vor allem zur Entwicklung des eigenen Landes beitragen soll (vgl. Hackenesch 2009: 39, Mayer 2009: 20ff., Sangmeister 2009: 161, Mischo/Rehbein 2012: 30).

Heute betrachtet sich China in seiner Rolle als EZA-Geber als Partner auf Augenhöhe, wobei es die Souveränität seiner Partnerländer betont und sich aufgrund dessen für eine Politik der Nichteinmischung verpflichtet. China betrachtet seine (Entwicklungs-) Zusammenarbeit als Partnerschaft mit beidseitigem Nutzen und zieht die Bezeichnung „Development Assistance“ der im Englischen noch üblichen Verwendung von „Aid“ vor. Bei der Durchführung sind staatliche Akteure und direkte Beziehungen zu den Regierungen charakteristisch. Bei der Wahl der Partnerländer, ist die Ein-China-Politik entscheidend, bei der es um die alleinige

⁸ Während des Kalten Krieges schlossen sich in politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht sehr unterschiedliche Länder zur Allianz der Blockfreien Staaten zusammen, um sich abseits der beiden sich anfeindenden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, zu positionieren und gemeinsam für ihre Interessen in multilateralen Organisationen einzutreten und dabei ihre große Zahl für ihre Behauptung gegenüber ihren ehemaligen Kolonialherren und anderen imperialistischen Staaten zu nutzen, um sich gegen ihre Diskriminierung, insbesondere ihre ökonomische Ausbeutung durch ungleiche Verträge und Terms of Trade, zu behaupten. Dabei sind diese Länder politische und wirtschaftliche Kooperationen miteinander eingegangen, die sich wesentlich von den ungleichen Beziehungen mit dem Westen unterscheiden – diese sind unter der Bezeichnung Süd-Süd-Kooperation bekannt (vgl. Morais de Sá e Silva 2009: 42f.).

Anerkennung der Volksrepublik China (als das alleinige China) im Gegensatz zu Taiwan sowie um die Unterbrechung aller diplomatischen Beziehungen zu Taiwan geht. Weiters wird China nachgesagt, dass es ihm bei der Partnerländerwahl in Afrika vor allem um die Erschließung neuer Rohstoffquellen sowie neuer Absatzmärkte für seine Produkte ginge. Grund dafür sind die Angaben der Weltbank, nach denen China 80 % seiner Kredite bis 2005 an Angola, Mosambik, Zimbabwe, Nigeria und dem Sudan flossen – allesamt Länder mit einem reichen Vorkommen an Rostoffen. Diese Länder beherbergen die größten chinesischen Investitionsprojekte, die hauptsächlich Infrastrukturprojekte sind, die direkt oder indirekt der Rohstoffgewinnung und deren Transport dienen. Die restlichen Ausgaben chinesischer EZA verteilen sich auf 48 afrikanische Staaten, wobei China sein Engagement auf schwerverschuldete Länder und anderen Least Developed Countries (LDCs) ausgeweitet hat – welche ihre Produkte sogar zollfrei nach China exportieren dürfen – und zudem grundsätzlich allen afrikanischen Ländern zinsfreie und niedrigzinsige Kredite gewährt, mit denen es diplomatische Beziehungen pflegt (vgl. Strebel 2005: 9, Le Pere/Shelton 2007: 101, Hausmann 2008: 20, Sangmeister 2009: 162, Hackenesch 2011: 10ff.).

Aber auch lateinamerikanische und asiatische Länder sind Empfänger chinesischer Entwicklungszusammenarbeit, wobei China diese als „externe Hilfszahlungen“ bzw. „Unterstützung unterentwickelter Gebiete“ bezeichnet und keine detaillierteren Informationen dazu zur Verfügung stellt. Das chinesische Engagement dient auch der Förderung einer multipolaren Welt, der Bildung von Allianzen, die bei Stimmabgaben in multilateralen Organisationen die chinesischen Interessen unterstützen, vor allem aber dem chinesischen Aufstieg zur Supermacht den Weg ebnet sollen (vgl. Hackenesch 2009: 39, Sangmeister/Schönstedt 2010: 149).

Während die Strategien und Richtlinien der chinesischen EZA vom Staatsrat vorgegeben werden, werden sie von der Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit des Ministeriums für Handelsbeziehungen (MOFCOM), der EXIM-Bank und der chinesische Entwicklungsbank (CnDB) abgewickelt. Dass das chinesische Handelsministerium für die chinesische EZA zuständig ist bringt den Vorwurf mit sich, die chinesische Regierung würde keine klare Unterscheidung zwischen EZA und Außenpolitik vornehmen. Dies wird von der Tatsache unterstrichen, dass China nicht von „Aid“, sondern „Development Assistance“⁹ sowie von wechselseitigem Nutzen spricht. Finanzielle Leistungen in der chinesischen Entwicklungszusammenarbeit fließen in Form von zinsfreien Krediten, konzessionellen Krediten oder

⁹ Obwohl „assistance“ demokratischer klingt als „aid“

Zuschüssen und Schenkungen. Außerdem leistet die chinesische Regierung auch großzügige Schuldenerlässe (vgl. Hackenesch 2009: 1ff., Mayer 2009: 26ff., Chaturvedi 2010: 31, Sangmeister/Schönstedt 2010: 150f.).

Von den DAC-Kriterien für ODA¹⁰ ausgehend, wird der größte Anteil chinesischer EZA in Form von Investitionsprojekten (Projekthilfe)¹¹ vergeben. Diese können von Schrimps-Farmen bis hin zu Investitionen für die Förderung von Erdöl und seines Transports reichen. Dabei sind „Complete Set Projects“, im deutschsprachigen Bereich Paketprojekte genannt, für chinesische EZA-Projekte charakteristisch. Diese, vor allem Großinfrastrukturprojekte, werden dem Partnerland schlüsselfertig übergeben; Planung und Umsetzung erfolgen durch chinesische Firmen und Gelder sowie auch vorwiegend durch chinesisches Personal. Dabei können Paketprojekte neben dem Bau von sozialen Einrichtungen beispielsweise, auch kostenlose Sachleistungen, Trainingsprogramme, humanitäre Hilfe, Kapitalzuschüsse bzw. Schenkungen und subventionierte Kredite umfassen. China leistet aber auch technische Zusammenarbeit, beispielsweise in Kooperation mit der UNDP, im Falle von afrikanischen Ländern finanziert vom „African Human Resources Development Fund“. Einerseits umfasst diese die Aus- und Weiterbildung afrikanischen Personals in China, andererseits auch die Entsendung von chinesischem medizinischen Personals in afrikanische Staaten. Die Felder für den Transfer von technischen Know-Hows reichen von Landwirtschaft bis hin zu Medizin und Technik (vgl. Mayer 2009: 49ff., Sangmeister/Schönstedt 2010: 150).

Die chinesischen Projekte fokussieren auf hauptsächlich auf vier große EZA-Felder: Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und Infrastruktur, wobei letzteres den größten Anteil ausmacht. Daneben verpflichtet sich China seinen Partnerländern zu humanitärer Hilfe und engagiert sich auch in der Schulung, dem Personalaustausch und der technischen Zusammenarbeit im Bereich humanitärer Hilfe. Auch unterstützt es das chinesische Rote Kreuz neben anderen NGOs in diesem Bereich – eine absolute Ausnahme; denn während NGOs in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit eine große Rolle spielen, sind das Rote Kreuz und die „China Charity Federation“ die einzigen NGOs, die für die chinesische EZA als Entwicklungsträger von Bedeutung sind. Ansonsten setzt China auf eine direkte Interaktion mit Regierungen was EZA-Projekte betrifft – die hauptsächlich im Rahmen bilateraler Beziehungen und selten über

¹⁰ ODA-Kriterien: 1) EZA wird von öffentlichen Trägern gelistet; 2) Hauptziel ist die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung im Zielland, 3) Konzessionalität: d. h. soll ein Geschenkelement von mindestens 25 % enthalten, 4) EZA soll an Entwicklungsländern bzw. an Staatsangehörigen oder internationalen Organisationen zugunsten von Entwicklungsländern vergeben werden (vgl. Sangmeister 2009: 48).

¹¹ Im Gegensatz zu westlichen Gebern, die vorwiegend Budgethilfe leisten (vgl. Mischo/Rehbein 2012: 30).

multilaterale Kanäle erfolgen – und zeigt wenig Interesse an der Beteiligung von NGOs. Einerseits liegt das an der wirtschaftlichen Natur chinesischer EZA-Projekte, andererseits an einem grundsätzlichen Misstrauen der chinesischen Regierung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren (vgl. Hackenesch 2009: 4, Mayer 2009: 48ff., Mischo/Rehbein 2012: 30).

Zusammenfassung: Charakteristika neuer Geber

Versucht man ein allgemeines Profil von „neuen Gebern“ zu erstellen, zumindest von jenen, die unumstritten als solche bezeichnet werden und in aller Munde sind, kann gesagt werden, dass „neue Geber“ seit mehreren Jahrzehnten EZA betreiben, obwohl sie immer noch selbst Entwicklungsgelder empfangen. Sie sind weder Mitglieder des DAC noch orientieren sie sich bei ihren entwicklungspolitischen Engagements an dessen Grundsätze. Anders als westliche Geber binden sie ihre Finanz- und Sachleistungen nicht an politische und wirtschaftspolitische Forderungen und betreiben eine Politik der Nicht-Einmischung, bei der sie sich auf das Souveränitätsprinzip eines jeden Staates berufen sowie auf ihre Gleichstellung. Auch leisten sie in ihrer EZA gerne Projekthilfe im Gegensatz zur von den DAC-Mitgliedern bevorzugten Budgethilfe, wobei diese sich aufgrund der von ihnen geforderten Lieferbindung einen Paket-Charakter aufweist, da sie dem Empfängerland die Projekte häufig schlüsselfertig übergeben, insbesondere Infrastrukturprojekte, die bei neuen Gebern den größten Teil der EZA-Projekte ausmachen. Die restlichen entwicklungspolitischen Aktivitäten betreffen die Sparten Gesundheit, Bildung und technische Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen, aber auch humanitäre Hilfe ist ein Teil ihrer Engagements. „Neue Geber“ agieren fast nur auf bilateraler Basis und betonen die staatliche Rolle in der EZA. Die Empfängerregierungen betrachten sie nicht nur als Partner auf Augenhöhe, sondern ihr Engagement auch als Kooperation mit beidseitigem Nutzen, bei der eine Win-win-Situation angestrebt wird. Aus diesem Grund werden Finanzspritzen und Investitionen gerne mit Verhandlungen über Handel und wirtschaftlicher Kooperation verknüpft¹². Dieser Umstand wird durch die Zuständigkeit der Außenministerien bzw. des Handelsministeriums im Falle Chinas für die Kooperation und die Abwicklung der Kredite über die Export-Import-Bank (EXIM-Bank) unterstrichen.

„Neue Geber“ gelten als umgänglicher und besser eingestellt auf die Bedürfnisse ihrer EZA-Partner als „traditionelle“ Geber, außerdem als schneller und unbürokratischer in der Umsetzung von Projekten. Kosteneffizienz, Flexibilität und Effektivität kennzeichnen ihre EZA-

¹² Dieser Ansatz wurde von China eingeführt und findet mittlerweile unter den neuen Gebern Brasilien, Russland, Südafrika, Indien ebenfalls Anwendung (vgl. Keeley 2012: 156).

Projekte. Weiters entfällt bei „neuen Gebern“ nicht nur die kolonialherrschaftliche Belastung westlicher Akteure, sondern weisen sie aufgrund ihrer Vergangenheit unter kolonialer Herrschaft und ihrer späteren Emanzipation und Unabhängigkeit ähnliche Erfahrungen auf, weswegen sie von ihren Partnern trotz ihrer Machtbestrebungen nicht als imperialistisch wahrgenommen werden.

Die wichtigsten Partnerländer für „neue Geber“ sind Länder, die Priorität in der jeweiligen Außenpolitik des Geberstaates besitzen und für diesen aus machtpolitischen, sicherheits- und/oder wirtschaftspolitischen Überlegungen von großer Bedeutung sind. In der Regel sind das die unmittelbaren Nachbarstaaten, aber auch solche, die historische Beziehungen oder sprachliche und kulturelle Gemeinsamkeiten mit dem jeweiligen Geberland teilen. Zunehmend werden auch supraregionale Kooperationen unter Staaten wichtig, mit denen wirtschaftliche und politische Interessen geteilt werden. Dabei stellt dieses Engagement nicht nur ein Mittel für die Belebung der eigenen Wirtschaft oder der Sicherung von Energieressourcen und Rohstoffen für die eigene Industrialisierung dar, sondern auch ein Instrument für die Erfüllung von regionalen und globalen Machtbestrebungen. Darüber hinaus, gehen „neue Geber“ auch unter einander Koalitionen ein, um sich zu konsolidieren (vgl. Strebel 2005: 9, Abdenur 2009: 163f., Mayer 2009: 49ff., Sangmeister 2009: 157ff., Soudien 2009: 226ff., Chaturvedi 2010: 31, Sangmeister/Schönstedt 2010: 146f., Hackenesch 2011: 3ff., Keeley 2012: 156ff., Mischo/Rehbein 2012: 30ff., Chaturvedi 2010: 31).

Reflexion

Wichtig zu erwähnen ist, dass die OECD-DAC-Mitglieder keine in sich geschlossene Gruppe bilden, wenn es um den Entwicklungsdiskurs geht, wie es gerne dargestellt wird. So stellen die gerade ausführlich diskutierten Charakteristika und Eigenheiten „neuer Geber“, welche vor allem im Falle von China stark kritisiert werden und von westlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Intellektuellen missbilligt werden, für manche DAC-Mitglieder keine Abweichung von ihren eigenen Diskursen und Vorgehensweisen in Entwicklungsländern dar. Beispielsweise haben die DAC-Mitglieder Japan und Südkorea mit „neuen Gebern“ gemein, dass sie die Rolle des Staates allgemein – nicht nur in der EZA – betonen und damit an einen starken Staat glauben, während sie NGOs eine sehr geringe Rolle bei der EZA zukommen lassen. Überhaupt scheint es in diesen Ländern einen Mangel an starken, unabhängigen NGOs mit Erfahrungen im entwicklungspolitischen Bereich zu geben – was typisch für „neue Geber“, jedoch sehr untypisch für westliche Akteure bzw. DAC-Mitglieder ist. Japan

und Südkorea glauben an eine Entwicklung durch Industrialisierung und Armutsminderung durch Wirtschaftswachstum – genauso wie China oder Neo-EZA-Akteur Thailand beispielsweise, und verknüpfen EZA mit ökonomischer Kooperation und wirtschaftlichen Investitionen privater und öffentlicher Akteure, ohne diese voneinander zu trennen – daraus ergibt sich die Zuständigkeit des Außenministeriums (Japan) bzw. Finanzministeriums (Südkorea) für die Entwicklungspolitik und der EXIM-Banken für deren finanzielle Abwicklung. Auch bei Japan und Südkorea gilt in ihrer Entwicklungszusammenarbeit die Prämisse des beidseitigen Nutzens, wobei Japan im Gegensatz zu Südkorea bei den meisten EZA-Projekten keine Lieferbindungsklausel voraussetzt. Welche – obwohl verpönt – bei DAC-Mitgliedern weiterhin Gang und Gebe ist. Eine weitere Prämisse ist die „Hilfe zur Selbsthilfe“, bei der vor allem Japan die Politik der Vergabe von bilateralen Krediten statt Schenkungen vertritt. Beide Staaten wenden den größten Teil ihrer EZA für Infrastrukturprojekte auf, insbesondere für solche, die dem Handel, der Sicherung von Energieressourcen und letztendlich dem Wirtschaftswachstum als dienlich erachtet werden. Genauso wie China hat Japan zahlreiche Prestige-Bauprojekte, aber auch Kulturzentren, die die eigene Kultur im Empfängerland fördern und der jeweiligen Bevölkerung näher bringen, gesponsert. Typisch für „neue Geber“ ist neben den großen Infrastrukturprojekten die Konzentration auf Agrarprojekte sowie Bildungs- und Gesundheitsthemen – was für Südkorea, v. a. aber für Japan, ebenfalls Geltung besitzt. Dasselbe gilt für Katastrophenhilfe. Ebenfalls typisch ist die große Betonung von Nachbarländern als Zielländer der eigenen EZA, so dass im Falle beider Geber Länder mit mittlerem Einkommen von ihrer EZA profitieren. Zusätzlich leistet Japan auch EZA-Zahlungen über multilaterale Kanäle, deren Vergabe ebenfalls auf asiatische Nachbarn fokussiert wird. Interessant zu erwähnen ist, dass Südkorea seinem Reformplan (DAC 2010), welches seine Entwicklungspolitik an die Anforderungen des DAC angleichen sollte (Ziele: ODA-Leistung zur Armutsminderung und für eine nachhaltige Entwicklung), einen dritten, den DAC-Normen nicht konformen Punkt zugefügt hat, welcher eindeutig im eigenen Interesse des Landes steht: eine bessere Erfüllung der südkoreanischen Interessen durch die Verbesserung der Konditionen zugunsten Südkoreas in EZA- bzw. Kooperationsverträgen mit den Empfängerländern (vgl. Paulo/Reisen 2009: 286f., Söderberg 2010: 113ff., Globale Verantwortung 2011b).

EZA-Debatte: eine kritische Auseinandersetzung

Wie aus der obigen Abhandlung ersichtlich, verfolgen „neue Geber“ bei ihren Engagements in Entwicklungsländern dieselben entwicklungspolitischen Ansätze. Nichtsdestotrotz ist es China, das in den meisten Fällen von westlichen Akteuren aufs Heftigste kritisiert und angegriffen wird. Im Folgenden wird die sogenannte Entwicklungsdebatte, die „neue Geber“ betrifft, jedoch hauptsächlich auf dem Rücken von China ausgetragen wird, skizziert. Obwohl die Vorwürfe fast ausschließlich China betreffen, beziehen sich diese auf die gesamte Gebergruppe der „emerging donors“ – in manchen Fällen ist dabei die Rede von „neuen Gebern“ im allgemeinen, in anderen von China, insbesondere wenn es sich um einen Vorwurf in einem spezifischen Fall oder Beispiel handelt. Dennoch sind die einzelnen Vorwürfe und die Diskussion darüber als für die gesamte, in dieser Arbeit definierten Gebergruppe geltend, zu verstehen.

Obwohl Manning, Janinhoff und Sangmeister sich darin einig sind, OPEC-Länder und arabische Staaten bzw. Staaten des Nahen und Mittleren Ostens als eigene, von „neuen Gebern“ getrennte Kategorie zu betrachten und Chaturvedi dies durch seine Definition impliziert, ist Janinhoff der einzige unter ihnen, der der Meinung ist, dass arabische Staaten neben China, Indien oder Venezuela der Grund für die derzeit stattfindenden Diskussionen um „neue“ Geber seien. Mischo und Rehbein hingegen, betrachten ölreiche Golfstaaten als aufstrebende Wirtschaftsmächte und zählen sie auch explizit zu den „neuen Gebern“, was ihren Status als Teil der Entwicklungsdebatte impliziert. (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 22, Mayer 2009: 46, Sangmeister 2009: 162, Chaturvedi 2010: 29, Mischo/Rehbein 2012: 28).

Eigeninteressen

„Neuen Gebern“ wird vorgeworfen, Entwicklungszusammenarbeit in erster Linie aus eigenem nützigen Motiven zu betreiben: so wird China vorgeworfen, dass ihre EZA „eindeutig mehr Interessen- denn Bedarfsorientiert“ (Mayer 2009: 92) handle. Die Länder China, Brasilien und Indien vertiefen durch ihre EZA nicht nur diplomatische Beziehungen zu anderen Entwicklungsländern, um auf dem internationalen Parkett gemeinsame Interessen zu vertreten und für diese eine stärkere Lobby bilden zu können, sondern es geht ihnen auch um regionale und globale Machtbestrebungen, bei denen sie jeweils die Führungsposition unter den Entwicklungsländern anstreben. Vor allem sollen sie aber die USA als globale Supermacht verdrängen und ersetzen wollen. Gerade China wird vorgeworfen, dass es bei seinen Engagements nicht

um die Entwicklung des Partnerlandes, sondern um energie-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Eigeninteressen ginge. Dass das Land grundsätzlich nur mit Staaten kooperiert, die seine Ein-China-Politik unterstützen, wird ebenfalls kritisiert. China und Indien wird zudem vorgeworfen, dass bei der Wahl ihrer Partner- und Schwerpunktländer ihrer Kooperation der Ressourcenreichtum eines Landes eine entscheidende Rolle spiele. Zudem bilde die Erschließung neuer Absatzmärkte für die eigene Warenproduktion ein wichtiges Kooperationsmotiv für „neue Geber“ (vgl. Abdenur 2009: 168, Hackenesch 2009: 39ff., Küblböck/Six 2009: 4, Mayer 2009: 12ff., Sangmeister 2009: 161f., Chaturvedi 2010: 30, Sangmeister/Schönstedt 2010: 147, Hackenesch 2011: 12).

Doch auch der Westen agiert in der Entwicklungszusammenarbeit – zumindest teilweise – aus eigennützigen Motiven. Laut Sangmeister und Schönstedt besitzen viele ehemalige Kolonialmächte Konzessionen und wirtschaftliche Privilegien, die sie in längst vergangenen Zeiten, während der Kolonialzeit, für sich gesichert hatten. Diese sind aus heutiger Sicht freilich nicht mehr zu rechtfertigen – und doch wird nicht auf sie verzichtet. Weiters haben sie das Interesse, diese Privilegien und Rechte sowie ihre eigenen Investoren in den jeweiligen Ländern und Regionen zu schützen – und versuchen im eigenen Interesse soziale und politische Stabilität in diesen zu fördern, auch wenn das hieße, Diktatoren zu unterstützen und zu finanzieren oder Chaos und Konflikte zu fördern. In solchen Fällen wird „Entwicklungszusammenarbeit“ nicht nur *auf Kosten* der Bevölkerung der jeweiligen Entwicklungsländer betrieben, sondern auch klar gegen eigene Entwicklungsansätze und demokratische Werte verstoßen; Repressive Regime und Diktaturen werden mit zweierlei Maß bewertet, je nachdem, ob sie die Interessen des Westen wahren oder diesbezüglich mit ihm in Konflikt stehen. Laut Mayer sind westliche Geber nicht weniger interessenorientiert als beispielsweise China – mit dem Unterschied, dass der Westen seine Absichten mit seiner Rhetorik über altruistische Motive verschleierte (vgl. Mayer 2009: 91, Sangmeister/Schönstedt 2010: 40).

Wettbewerbsverzerrung und Korruption

Ein weiterer Kritikpunkt ist jener der unfairen Wettbewerbsvoraussetzungen bei internationalen Ausschreibungen in Entwicklungsländern seitens „neuer Geber“ – eigentlich: China – im Vergleich zu westlichen Akteuren. Denn die Lieferbindung bei EZA-Projekten käme einer Subvention für die beteiligten Unternehmen des jeweiligen Geberlandes gleich. Was Lieferbindungsklauseln seitens der DAC-Geber angeht, so empfahl das OECD-DAC im Jahr 2001 deren vollständige Aufhebung bei Entwicklungsleistungen an LDCs als Mittel zur Steigerung

der Wirksamkeit von EZA und im Jahr 2008 wurde diese Empfehlung auf alle hochverschuldeten armen Länder (HIPC) ausgedehnt. Während Sangmeister und Schönstedt angeben, dass DAC-Mitglieder bei ihrer EZA mehrheitlich keine Lieferbindungsklauseln mehr vereinbaren, ist der Anteil an gebundenen Entwicklungsmitteln laut Eurodad immer noch hoch und beträgt 20 % der *offiziellen* ODA-Flüsse. Ein viel zu hoher Wert, insbesondere angesichts der Tatsache, dass ungebundene Projekte zwischen 15 und 40 % günstiger als Projekte mit Lieferbindung sind! Der Anteil der inoffiziell gebundenen ODA ist freilich um einiges höher und wird oft unter dem Deckmantel eines „freien Wettbewerbs“ bewerkstelligt, bei dem Ausschreibungen so formuliert werden, dass wirtschaftliche Akteure aus Entwicklungsländern aufgrund ihrer schwächeren Ausgangsposition gegenüber Akteuren aus den Industrieländern kaum Chancen haben. So fließt mehr als die Hälfte der Wertschöpfung der geleisteten ODA nicht nur außerhalb der Empfängerländer, sondern meistens in OECD-Länder (zurück) (vgl. Paulo/Reisen 2009: 286f., Sangmeister 2009: 162, Sangmeister/ Schönstedt 2010: 148, Globale Verantwortung 2011b, OECD 2011: 142).

Abgesehen davon werden chinesische EZA-Projekte auch ohne Lieferbindung konkurrenzlos schnell und günstig abgewickelt. Hinzu kommt, dass die Autoren Paulo und Reisen der Lieferbindungsklausel Vorteile abgewinnen können: „Hilfsmittel werden nicht zweckentfremdet, die Umsetzung ist garantiert und Korruption unwahrscheinlich. Zudem kann die chinesische Diaspora mit einer Million Menschen in Afrika die Projekte genauer überwachen, als dies den westlichen Entwicklungspartnern möglich ist“ (Paulo/Reisen 2009: 286). Damit sprechen Paulo und Reisen einen weiteren Kritikpunkt an: die Vereinigten Staaten von Amerika werfen Chinas Praxis der Kreditvergabe an afrikanische Staaten vor, sie würde Korruption fördern. Dabei sei die Kreditvergabepraxis europäischer Privatbanken beispielsweise nicht transparenter als jene Chinas, so Mayer. Vielmehr zeige das Beispiel von Angola, dass Chinas Kredite an Entwicklungsländern an konkrete Investitionen gebunden sind, um der Gefahr der Veruntreuung von Geldern durch Regierungsmitgliedern vorzubeugen. Die Kritik der USA wertet Mayer als klaren Fall von Doppelmoral (vgl. Mayer 2009: 61).

Intransparenz

Die mangelnde Transparenz neuer Geber in ihrer Entwicklungszusammenarbeit stellt einen häufigen Kritikpunkt dar. Denn als Nicht-DAC-Mitglieder sind sie weder seinem Regelwerk noch seinen Berichterstattungs- oder Aufsichtsmechanismen unterworfen. Oft finden sich bei „neuen Gebern“ keinerlei Angaben über ihre Entwicklungspolitik, z. B. Strategien, Ziele oder

Vergabemechanismen von Entwicklungsgeldern. Selbst bei den vorhandenen Statistiken und Angaben über Geldflüsse, Investitionen und Kooperationen ist aufgrund der engen Verflechtung zwischen EZA und Handel bzw. Wirtschaftspolitik dieser Länder die Zuordnung zum jeweiligen Politikfeld oft nicht eindeutig; vor allem auch, weil EZA und wirtschaftliche Kooperation Hand in Hand gehen. Im Falle von China sind es vor allem „Paketgeschäfte“, deren Bestandteile nicht einzeln ausgewiesen sind, die zu dieser mangelnden Intransparenz beitragen. Nicht zuletzt aus diesem Grund versucht der Westen die Aktivitäten neuer Geber genau zu beobachten (vgl. Paulo/Reisen 2009: 286f., Chaturvedi 2010: 30, Melber 2010: 229).

Wirksamkeit

Kritiker befürchten auch, dass das Engagement „neuer Geber“ zu einem „weiteren Wildwuchs“ von Entwicklungsprojekten führen und damit die Kapazitäten der Entwicklungsempfänger überlasten könnte. Die Rede ist hier von einer sogenannten „negativen Systemwirkung“, die durch unkoordinierte EZA entstehen kann. Dieser „Wildwuchs“, zu Englisch „Overaiding“, ist nichts anderes als eine Projektproliferation, also die Existenz einer viel zu hohen Anzahl an (unkoordinierten) Entwicklungsprojekten. Diese kann zu einer Übersteigerung der Absorptionskapazitäten eines Empfängerlandes führen, denn EZA-Projekte brauchen stets zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen vom Empfänger. Eine große Projektanzahl kann z. B. einen Kampf der Geber um wenige vorhandene hochqualifizierte Arbeitskräfte auslösen. Dabei kann es etwa zur Abwerbung von einheimischem Fachpersonal von wichtigen Regierungsinstitutionen kommen und dadurch zu einem suboptimalen Einsatz von Fähigkeiten führen. Es kann aber auch zu einer Überlastung der Verwaltung eines Landes kommen, die Kapazitäten und Ressourcen für die Begleitung der zahlreichen Gebermissionen aufbringen muss, deren unterschiedliche EZA-Modalitäten auch studiert und beherrscht werden müssen. Ebenfalls kommt es oft zur Konkurrenz der Geber um Prestigeprojekte. Aus diesen Gründen steht unkoordinierte EZA im Verdacht, Korruption zu fördern. Die Koordinierung zwischen EZA-Gebern und die Kohärenz ihrer EZA-Projekte soll eine negative Systemwirkung verhindern (vgl. Paulo/Reisen 2009: 286f., Sangmeister 2009: 163, Sangmeister/Schönstedt 2010: 48ff.).

Während manche Kritiker die Kohärenz der EZA „neuer Geber“ anzweifeln, behaupten andere das Gegenteil: so soll gerade der Paket-Charakter chinesischer EZA beispielsweise, in den essentiellsten und akutesten EZA-Bereichen wie u. a. Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheit und Schuldenerleichterungen zu einer gut koordinierten EZA führen, der es möglich ist, die richtigen Prioritäten zu setzen – im Gegensatz zur höchst fragmentierten und unkoordinierten

Art und Weise des Engagements westlicher Geber in denselben Regionen und Bereichen (vgl. Mahmoud 2010: 210).

Auch die Effektivität der EZA Chinas wird angezweifelt, wobei Paulo und Reisen diese Kritik als legitim empfinden, trotz Chinas Versuche, seine EZA zu fokussieren und kurze Vorbereitungs- und Umsetzungsphasen bei den Projekten zu gewährleisten. Laut Mayer hingegen, wird Chinas konsequente Umsetzung von zugesagten EZA-Leistungen – im Gegensatz zu westlichen Gebern – sowie der Pragmatismus seiner EZA von den Empfängerstaaten positiv empfunden, welcher schnelle „Hilfe“ und effiziente Ergebnisse bringe – diese Meinung vertritt auch Jeffrey Sachs. Ebenfalls betont wird die Umsetzung Chinas seiner Versprechen. Auch Mahmoud ist der Meinung, dass der Paket-Charakter der chinesischen EZA ein Vorbild für westliche Geber darstelle. So manche landwirtschaftlichen chinesischen Projekte entwickelten sich zu wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten und spielen für die lokale Bevölkerung eine sehr wichtige Rolle, so Mahmoud. Auch verfolge China eine kohärente Afrikapolitik und könne damit effektive Entwicklungszusammenarbeit leisten, was den Behauptungen von Kritikern über die Effektivität von chinesischer EZA deutlich widerspricht (vgl. Le Pere/Shelton 2007: 101, Mayer 2009: 73ff., Paulo/Reisen 2009: 286f., Mahmoud 2010: 199ff.).

Verschuldung von LDCs

Unter Kritikern kursiert auch die Angst vor einer Zuspitzung der Verschuldung von Entwicklungsländern, insbesondere von den ärmsten Ländern der Welt, durch eine verantwortungslose Kreditvergabe durch „neuer Geber“. Seit Jahren schon versuchen westliche Geber die Überschuldung afrikanischer Länder zu bekämpfen. Jedoch kritisierte China beim G20-Gipfel in London zu Recht, dass verdeckte Politikkonditionalitäten und eine einseitige Defizitorientierung seitens der Weltbank und IMF bezüglich ihres Instrumentariums zur Verhinderung einer Neuverschuldung, sich auf die Ökonomien dieser Länder wachstumsfeindlich auswirken, so Paulo und Reisen. In Wirklichkeit verringern „neue Geber“ durch die Vergabe von konditionslosen Krediten die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von internationalen Finanzinstitutionen und ihren Konditionalitäten. Und gerade China ist nicht nur für seinen Einsatz für einen Schuldenerlass für die höchstverschuldeten Entwicklungsländer bekannt, sondern auch dafür, immer schon eine tolerante Politik gegenüber seinen Schuldnern betrieben zu haben. Einerseits entfällt bei China als Gläubiger der Druck, welchen westliche Gläubigerstaaten gerne ausüben, wenn ein Entwicklungsland in Zahlungsverzug gerät; andererseits gewährt es afrikanischen Staaten und LDCs regelmäßig umfangreiche Schuldenerlässe. Nach eigenen Angaben waren es

bis zum Jahr 2003 über 2 Milliarden US-Dollar an Schuldenerlässen für über 31 hoch verschuldete LDCs. Allerdings sollte noch hinzugefügt werden, dass sich Chinas Schuldenerlässe auf Länder beschränken, die die Ein-China-Politik unterstützen und damit auch gute diplomatische Beziehungen zu China pflegen. Zudem ist Chinas EZA durch eine sehr hohe Kosteneffizienz gekennzeichnet – um auf den Vorwurf der Kritiker zurückzukommen. Alles in allem konnten „neue Geber“ durch ihre Politik tatsächlich zur deutlichen Reduzierung der Auslandsverschuldungen mehrerer hochverschuldeter Staaten beigetragen (vgl. Paulo/Reisen 2009: 286f., Mayer 2009: 52ff., Reisen 2010: 2, Sangmeister/Schönstedt 2010: 152).

Konditionen und Machtverhältnisse

Souveränitätsprinzip

Auch die Politik der Nicht-Einmischung, die auf die Betonung des Souveränitätsprinzips der EZA-Partnerländer basiert, wird von westlichen Gebern scharf kritisiert. Während das Souveränitätsprinzip die absolute Gleichstellung aller Länder, auch von Entwicklungsländern, in der internationalen Politik widerspiegeln soll – und das unabhängig von ihren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen – wird es vom Westen als Versuch gewertet, westliche Reform- und Demokratisierungsbemühungen zu unterminieren, da „neue Geber“ eine konditionslose Alternative zur westlichen Entwicklungspolitik anbieten. Denn während westliche Geber ihre EZA gemäß dem vom DAC etablierten Konditionalitätsregime an politischen Auflagen wie Good Governance knüpfen, betrachten „neue Geber“ Belange wie Menschenrechtspolitik als interne Staatsangelegenheiten. Nicht nur lautet die Kritik, dass die konditionslose Abwicklung von Projekten seitens „neuer Geber“ korrupte, autokratische Regimes unterstütze und dazu führe, dass Anreize und Druckausübungen seitens westlicher Geber, die zu Reformen oder Wandel führen könnten, im Sand verlaufen und dadurch die Effektivität ihrer EZA-Politik beeinträchtigen; sondern auch, dass diese in der Konsequenz die Entwicklung des Empfängerlandes hemmen würden (vgl. Mayer 2009: 58, Paulo/Reisen 2009: 286f., Sangmeister 2009: 162, Chaturvedi 2010: 30, Melber 2010: 229, Söderberg 2010: 133, Hackenesch 2011: 6ff.).

Während westliche Geberländer, NGOs und auch Medien befürchten, dass das Prinzip der Nichteinmischung eine Gefahr für Good Governance in den Entwicklungsländern, insbesondere dem afrikanischen Kontinent, darstellt, wirft China beispielsweise dem Westen vor, lediglich den Verlust von Macht und Einfluss in diesen Gebieten zu fürchten (vgl. Mayer

2009: 92). Tatsächlich findet sich in der westlichen Literatur Hinweise darauf, dass das westliche Entwicklungsmodell, insbesondere jener der EU, durch das Engagement neuer Geber unter Druck geraten könnte; etwa soll der chinesische Entwicklungsweg mit seiner beeindruckenden wirtschaftlichen Performanz und relativen Stabilität als Alternative zum westlichen Entwicklungsweg gesehen werden, welcher ohne demokratische Regierungsstrukturen geglückt ist. Aber auch die Art des Engagement Chinas selbst im afrikanischen Kontinent beispielsweise, die Süd-Süd-Kooperation, wird als konkurrierender Entwicklungsansatz zum europäischen bzw. westlichen betrachtet und damit als Gefahr für eigene Interessen (vgl. Mahmoud 2010: 195f., Hackenesch 2011: 7).

Machtverhältnisse

Westliche Wissenschaftler, Politiker, Medien und NGOs gehen davon aus, dass Staaten wie Frankreich, Großbritannien und die USA den Verlust ihrer teilweise Jahrhunderte langen unangefochtenen politischen und ökonomischen Hegemonie in Afrika befürchten müssen. Während ihrer langen Geschichte der Dominanz haben sie unterschiedliche hegemoniale Diskurse entwickelt. Laut Paulo und Reisen sei vor dem Ausbruch der Finanzkrise bereits erkennbar gewesen, dass die Beteiligung der „neuen Geber“ essentiell für die Bewahrung der Wirksamkeit der gesamten geleisteten EZA sei. Das internationale Machtgleichgewicht hat sich mittlerweile noch mehr verschoben, China scheint auf dem besten Weg zum weltweit größten Geber von Krediten zu werden. Durch den Eintritt „neuer Geber“ in das „EZA-Geschäft“, kam es zur Herausbildung neuer Geberkonstellationen. Diese bedrohen nicht nur das Monopol der DAC-Mitgliedsstaaten als Geber, sondern auch als Großimporteure für afrikanisches Erdöl und Erdgas. Denn viele der großen ölproduzierenden Länder in Afrika waren lange abhängig von Exporten in die hochindustrialisierten Länder Westeuropas und Nordamerikas, doch das Aufkommen der aufstrebenden Ökonomien durchbrach diese Abhängigkeit. Insbesondere das energiehungrige China, das seinen Handel zunehmend ausbaut, stellt eine Gefahr für diese Monopolstellung dar. Doch Mahmoud betont, dass u.s.-amerikanische Interessen keineswegs von „neuen Gebern“ wie China bedroht werden, da ihre Ölfirmen immer noch die westafrikanische Erdölproduktion dominieren und der größte Teil der u.s.-amerikanischen Öl- und Gasimporte nach wie vor aus Afrika stammen. Außerdem gibt er an, dass die chinesischen Direktinvestitionen in Afrika nur ein fünfzehntel der u.s.-amerikanischen Direktinvestitionen im asiatischen Raum ausmachen, womit er wohl auf die unterschiedliche hegemoniale Gewichtung beider Staaten hinaus will (vgl. Paulo/Reisen 2009: 286f., Mahmoud 2010: 195ff., Sangmeister/Schönstedt 2010: 151).

Nichtsdestotrotz sieht er die große Abhängigkeit ölproduzierender Länder in Afrika von den hochindustrialisierten Ländern Westeuropas und Nordamerikas als Importeure ihrer Rohstoffe schwinden – v. a. China würde diese Länder durch ihren Energiehunger und ihre Aktivitäten in Afrika beunruhigen, da sie befürchten, Chinas Präsenz könnte die Wahrung ihrer Interessen in Afrika gefährden. Abgesehen davon hat der Westen angesichts konditionsloser Kredite in Hinblick auf die von ihm diktierte Wirtschafts- und Finanzpolitik ebenfalls den Verlust von Macht und Einfluss zu befürchten; nicht zuletzt, weil die westliche Alternative hieße, sich an die Bedingungen der internationalen Finanzinstitutionen zu halten, die eine Reihe von liberalisierender wirtschaftspolitischer Maßnahmen fordern, welche u. a. zur Einschränkung öffentlicher Ausgaben, zu Privatisierungen und zu einer Liberalisierung des Handels führen sollen¹³ (vgl. Mahmoud 2010: 197ff.) und, so Mayer, „kein glaubhaftes Gegenmodell zur konditionsfreien Entwicklungshilfe aus China“ darstellen¹⁴ (Mayer 2009: 68) würden.

Trotz aller Kritik gibt es auch zahlreiche westliche Politiker, die keinen Widerspruch in der gleichzeitigen westlichen und chinesischen Präsenz am afrikanischen Kontinent sehen. Die USA und die EU verhandeln sogar mit China über eine gemeinsame Kooperation in afrikanischen Ländern – d. h. während der Westen afrikanische Länder vor einer Kooperationen mit China warnt, vertieft er seine eigenen wirtschaftlichen Beziehungen mit China, ohne dass das Menschenrechtsthema diese behindern oder auch trüben. Laut Mahmoud sei der Wesen China gegenüber nie so offen, interessiert und engagiert gewesen (vgl. Mahmoud 2010: 196ff.).

Während die einen „neue Geber“ als Alternative zu den „traditionellen“ Gebern betrachten, werfen andere ihnen vor, v. a. im Fall von China, lediglich neue „Spielteilnehmer“ eines bereits existierenden „Machtspiels“ zu sein – da sie im Grunde dieselben Ziele wie westliche Akteure hätten und es damit in der gängigen EZA-Praxis zu keinen Veränderungen komme. Auch was den globalen Handel betrifft, würden sie die bereits vorhandenen, neokolonialen Austauschmuster übernehmen, so dass es zu keinerlei strukturellen Veränderungen käme. Diese können zu einer Weiterführung der Abhängigkeit Entwicklungsländer von Primärgüterexporten beitragen. Tatsächlich wird die Befürchtung, China könnte durch dessen Aktivitäten in Afrika seine Rolle als Rohstoffproduzent verfestigen, oft im Zusammenhang mit „neuen Gebern“ zitiert. Befürworter hingegen glauben daran, dass „neue Geber“ die Abhängigkeitsstrukturen

¹³ Siehe: Washington Consensus

¹⁴ Die Strukturanpassungsprogramme internationaler Finanzinstitutionen werden scharf kritisiert, da sie unter Verdacht stehen, der Ökonomie eines Landes eher zu schaden als zu nutzen; wohingegen konditionsfreie Kredite von Betroffenen als Alternative zu einem Diktat bzw. Aufoktroieren von Politikmaßnahmen durch externe Akteure freilich mit Freuden begrüßt werden (vgl. Mayer 2009: 57).

aufbrechen würden, in dem sie die wirtschaftliche Abhängigkeit des Kontinents vom Westen reduzieren (vgl. Mayer 2009: 92, Mahmoud 2010: 196f., Melber 2010: 229ff.).

Weiters erhofft man sich von ihren Engagements positive wirtschaftliche Effekte, da sie im Gegensatz zu dem im Westen vorherrschenden Arika-Pessimismus das ökonomische Potenzial des Kontinents erkennen und nutzen wollen. Während westliche Investoren in einem Land wie Sierra Leone beispielsweise wenig Möglichkeiten für Profit sehen, da eine schwache Infrastruktur und Korruption diese behindern, können chinesische Firmen ihre Kosten so niedrig halten, dass sich ihre Investitionen sehr schnell rentieren. Eine Studie von Kennan und Stevens aus dem Jahr 2005 hat ergeben, dass Subsahara Afrika vom Engagement der „neuen Geber“ tendenziell profitiere. Einerseits bewirken diese den Anstieg von Rohstoffpreisen, andererseits auch eine steigende Nachfrage nach afrikanischen Produkten und in der Folge auch zu einem Anstieg des BNP vieler Länder. Vor allem China stellt ein Markt für viele afrikanische Güter dar – und beide Parteien profitieren von den fallenden Weltmarktpreisen, so Kaplinsky (vgl. Hilsum 2006: 6, Kaplinsky 2006: 19, Mayer 2009: 91f., Mahmoud 2010: 198).

Dennoch bleibt das Engagement „neuer Geber“ in Entwicklungsländern, v. a. was China betrifft, mit zahlreichen Vorbehalten verbunden. Denn es wurden auch negative Langzeitauswirkungen von chinesischen Produktimporten seitens afrikanischer Länder festgestellt. Denn immer dort, wo afrikanische Länder chinesische Produkte importieren, die den Hauptteil ihrer eigenen Industrie oder der ihrer Nachbarländer ausmachen, kommt es zu Verlusten auf afrikanischer Seite, was ihre propagierte Win-win-Situation infrage stellt. So geschehen in der afrikanischen Textil- und Möbelindustrie, auf die die Ökonomien einer Reihe afrikanischer Länder basieren, wie Kenia, Swaziland, Lesotho, Madagaskar, Mauritius und Südafrika. In Zambia beispielsweise, wurde die Bekleidungs- und Elektronikindustrie von chinesischen Importen unterminiert. Währenddessen, führte die Konkurrenz Chinas im Schuhsektor in Äthiopien zwar zu einer Aufrüstung bei der Fertigung und zu einer Verfeinerung der Designs lokaler Betriebe; gleichzeitig aber auch zu negativen Folgen für Unternehmen, die der chinesischen Konkurrenz nicht standhalten konnten: laut einer Studie über 96 Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben, musste jeweils ein Drittel dieser Unternehmen bankrottgehen oder seine Produktion schmälern. Hinzu kommen niedrige Sozial- und Umweltstandards sowie die Verletzung von Menschenrechten seitens operierender Unternehmen „neuer Geber“. Paketprojekte, die den Einsatz von „importierten“ Arbeitskräften statt einheimischer erfordern, führen in manchen Regionen zu einer gesteigerten (illegalen) Migration aus den Geberländern, die später mit Einheimischen um

die wenigen wirtschaftlichen Möglichkeiten konkurrieren (vgl. Kaplinsky 2006: 15ff., Mayer 2009: 70ff., Mahmoud 2010: 196ff.).

Good Governance

Gute Regierungsführung, zu Englisch Good Governance, ist seit zwei Jahrzehnten ein Bestandteil der Entwicklungspolitik der DAC-Mitgliedsstaaten. Sie wird als Voraussetzung für nachhaltige und gerechte Entwicklung betrachtet, wobei unterschiedliche Aspekte von Good Governance durch unterschiedliche Geber betont werden und auch verschiedene Instrumente dafür geschaffen wurden. Die Förderung von Good Governance kann die Förderung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und demokratischer politischer Partizipation umfassen, oder sich auf die Funktion der staatlichen Verwaltung, ihrer Transparenz und der Bekämpfung von Korruption beschränken. Die Europäische Union setzt im Bereich Good Governance drei Instrumente ein: politischer Dialog, bei dem Regierungen zu Reformen „überredet“ werden; technische und finanzielle Zusammenarbeit für die Bildung von Institutionen und Capacity Building; und Konditionalitäten, die Anreize für die Einleitung von Reformen bieten bzw. Sanktionen bei Nichtbeachtung oder Nichterfüllung demokratischer Prinzipien oder auch bei schweren Menschenrechtsverletzungen auferlegen (vgl. Hackenesch 2011: 6ff.).

Christina Hackenesch, vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hat untersucht, inwiefern die Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere die Bemühungen der Europäischen Union um Good Governance in Afrika, durch das chinesische Engagement, vor allem durch ihre Politik des Souveränitätsprinzips und der Konditionslosigkeit, konterkariert werden. Beide Akteure unterscheiden sich in ihrer EZA in ihren Zielen¹⁵, dem (entwicklungs-) politischen Diskurs sowie den Instrumenten und Vergabemodalitäten. Hauptziel der EU-EZA ist die Armutsminderung, Good Governance wird als Voraussetzung für Entwicklung betrachtet. Hier sei erwähnt, dass die Effektivität der Good Governance Instrumente der EU und deren Einfluss auf afrikanische Regierungsstrukturen kontrovers diskutiert werden. Rezente Reformen in der EU-Entwicklungspolitik versuchen die Effektivität dieser Politik zu steigern.

Teile von Chinas Engagement in Afrika können gemäß OECD-DAC Standards als EZA klassifiziert werden, auch wenn diese eng mit anderen Feldern der chinesischen

¹⁵ Andere Autoren sind der Meinung, dass es nicht nur große Ähnlichkeiten bei den Wirtschaftsinteressen, sondern auch Entwicklungszusammenarbeit Chinas und westlichen Akteuren gibt (vgl. Mayer 2009: 47ff., Söderberg 2010: 130). Sogar Hackenesch selbst gibt in einem früheren Diskussionspapier an, dass sich die Ziele Chinas in der EZA jener der EU gleichen und lediglich die Ansätze für die Erreichung dieser Ziele sich unterscheiden würden (vgl. Hackenesch 2009: 55f.).

Außenbeziehungen verwoben wie Handel, Investitionen, Kreditvergaben und diplomatische Initiativen sind. Hauptsächlich führt China infrastrukturelle Projekte durch, die es finanziert und für die es das Know-How, das Equipment und die Arbeitskräfte bereitstellt. In letzter Zeit gewinnen soziale und kulturelle Kooperationen sowie Investitionen im Bereich Bildung und Humankapital neben der ökonomischen Kooperation immer mehr an Relevanz. Der gegenseitige Nutzen kennzeichnet die chinesische Politik im Gegensatz zum altruistischen Anspruch der EU (vgl. Sangmeister 2009: 162, Melber 2010: 232, Hackenesch 2011: 6ff.).

Für die Untersuchung wurden Angola und Äthiopien ausgewählt, weil beide autoritär geführt werden und in sozialer und ökonomischer Hinsicht als unterentwickelt gelten, auch wenn sie unterschiedliche ökonomische Voraussetzungen haben: während Äthiopien einer der ärmsten Länder Afrikas ist und über keinerlei natürliche Ressourcen verfügt, verfügt Angola hingegen über reiche Erdöl- und Diamantenvorkommen. Geldflüsse aus EZA-Mitteln betragen lediglich 1 % der jährlichen Staatseinnahmen Angolas. Somit ist das Land ausschließlich von seinen Ressourceneinnahmen abhängig, während Äthiopiens Wirtschaft stark von EZA-Leistungen abhängt. Damit haben beide Länder unterschiedliche Voraussetzungen, sowohl bei der Relevanz potenzieller Druckmittel durch die EU, als auch der möglichen Relevanz einer chinesischen Partnerschaft als Alternative. Beide Länder bekommen von China Handelskredite für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten; Angola im Austausch gegen Erdöl; zusätzlich erhält Äthiopien vergünstigte Kredite (vgl. Hackenesch 2011: 15ff.).

Was die EU-Politik bezüglich Good Governance anbelangt, so ist sie in beiden Ländern durch Schwierigkeiten gekennzeichnet: Projekte werden verschoben, später nur teilweise oder erst gar nicht implementiert. In beiden Ländern gibt es Schwierigkeiten bei der Implementierung von Konditionen; auch der politische Dialog erweist sich als schwierig, wobei er problematischer in Angola als in Äthiopien ist (vgl. Hackenesch 2011: 36), obwohl die Ängste, die mit dem chinesischen Engagement verbunden sind, das Gegenteil vermuten lassen.

Die Analyse beider Länder ergibt, dass die Probleme bei der Effektivität der entwicklungspolitischen Instrumente der EU auf die Instrumente selbst und ihre mangelnde Implementierung zurückgeführt werden können. Der Fokus der Instrumente scheint mehr auf Zusammenarbeit und zu einem bestimmten Grad auch auf Dialog gerichtet zu sein als auf Konditionalitäten. Die Politik beschränkt sich auf die Förderung von effektiven und effizienten staatlichen Institutionen und vernachlässigt etwa das Element der Demokratisierung. Zudem würden Reformen

für beide Länder zu erheblichen politischen Kosten führen, die die angebotenen Anreize der EU-Entwicklungspolitik nicht rechtfertigen würden – mit anderen Worten: die Anreize der EU sind nicht attraktiv genug – und das unabhängig vom chinesischen Engagement. Aufgrund Angolas Deviseneinnahmen aus seinen Rohstoffvorkommen, stellt die EU-Entwicklungspolitik ohnehin keinen Reiz für ihn dar. Äthiopien hingegen wäre empfänglich für den politischen Einfluss der EU, würde sie ihre Instrumente vollständig implementieren – doch die politischen Überlegungen und Interessen seitens der EU sind es, die den Einsatz ihrer Instrumente beeinflussen. Welche Interessen hier mitwirken, ist nicht bekannt; wobei die Erwartungen der EU, die mit dem chinesischen Engagement in Angola und Äthiopien verbunden sind, möglicherweise diesen schwachen Einsatz der EU-Entwicklungspolitik-Instrumente begründen könnten (vgl. Hackenesch 2011: 35ff.).

Die Untersuchung ergibt, dass beide Akteure in ihren Engagements wenige Berührungspunkte haben und sich gegenseitig nicht konterkarieren. Die Einflussmechanismen der EU sind mehrschichtiger und weniger greifbar als öffentliche Debatten suggerieren. Das chinesische Engagement in beiden Ländern hat kaum bis hin zu keinerlei Auswirkungen auf die Good Governance Politik der EU, womit kein direkter Konflikt zwischen chinesischer und EU-EZA existiert, wie die „Neue-Geber-Debatte“ suggeriert (vgl. Hackenesch 2011: 36ff.). Zu dieser Schlussfolgerung kommt auch Mayer, der die Konsequenz westlicher Geber bei der Einforderung von „soft values“ wie Transparenz, Armuts- und Korruptionsbekämpfung (nicht nur) in Angola infrage stellt. Allerdings begründet er diesen Umstand – in Anlehnung an Erfahrungswerten in Verbindung mit anderen rohstoffreichen afrikanischen Ländern – mit den „manifeste[n] Rohstoffinteressen“ westlicher Mächte (vgl. Mayer 2009: 61), welche die von ihnen „[...]“ propagierten Forderungen nach guter Regierungsführung nur in den seltensten Fällen gegen eigene Rohstoff- oder Sicherheitsinteressen“ (Mayer 2009: 68)¹⁶ durchsetzen. Damit kommt Mayer einerseits zum Schluss, dass China mit seinen Aktivitäten in Afrika keinesfalls Bad Governance fördert, andererseits wirft er dem Westen aufgrund seines Anschuldigungen gegen China angesichts seines eigenen Handelns fehlende Glaubwürdigkeit vor, da dieser oft in Widerspruch zu dem von ihm selbst propagierten Konzept Good Governance handle. Hackenesch glaubt dennoch, dass China durch sein Engagement in Afrika der Entwicklungspolitik der EU Schaden zufüge: denn dadurch würden die Schwächen der EU-Entwicklungspolitik ins Licht gerückt werden. Ihrer Meinung nach wird die EU aufgrund der

¹⁶ Beispielsweise investieren die USA im ölreichen Äquatorialguinea im großen Stil – und das ungeachtet des autokratisch regierten Regimes und seiner menschenrechtsverachtenden Politik (vgl. Mayer 2009: 58).

Ineffektivität ihrer Good Governance Instrumente wahrscheinlich zunehmend unter Druck geraten, während Chinas Bedeutung als Entwicklungspartner zunehmen wird (vgl. Mayer 2009: 61ff., Hackenesch 2011: 38).

Auch wenn beide Autoren betonen, dass China die EU-EZA-Politik für Good Governance nicht unterminiere, wird das Land aufgrund seiner engen Beziehung zu Ländern wie dem Sudan und Simbabwe stark kritisiert. Während die sudanesishe Regierung seit dem Darfur-Konflikt international isoliert ist und die Vereinten Nationen, die USA und die EU Sanktionen gegen das Land verhängt haben, hat das Land mit dem chinesischen Engagement rund um seine Erdölvorkommen eine lukrative Einnahmequelle – abgesehen von den Waffenlieferungen durch die chinesische Regierung an das sanktionierte Regime und der Gebrauch von seinem Veto-Recht im UN-Sicherheitsrat, um ein Waffenembargo abzuschwächen. Vorwürfe stehen im Raum, dass das Verhalten Chinas das Regime stabilisiere und die Opposition schwäche – wobei es umstritten ist, ob es dadurch auch den Friedensprozess im Land blockiere (vgl. Mayer 2009: 57ff.).

Hier zeigt sich wie problematisch es sein kann, sich auf eine konsequente Umsetzung des Souveränitätsprinzips zu berufen, welches in diesem Beispiel deutliche negative Auswirkungen hat. Auch bei Simbabwe ist es ähnlich: Mugabes Regierung wird seit 2002 von der Europäischen Union und den USA sanktioniert; mangelnde Rechtssicherheit und der wirtschaftliche Niedergang haben westliche Investoren aus dem Land getrieben – die durch chinesische ersetzt wurden, die vor allem an landwirtschaftlichen Produkten, Bodenschätzen sowie am Absatz von eigenen Industrieprodukten interessiert sind und Simbabwe im Gegenzug dafür, ohne sich den „Werten“ und Anforderungen des Westens von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten beugen zu müssen, die nötigen Devisen für den Einkauf von Erdöl geben. Und auch hier hat China vor Waffenlieferungen nicht Halt gemacht (vgl. Mayer 2009: 57ff.).

Interessanterweise wird nur China für seine Nichteinmischungspolitik stark kritisiert, während Indien und Brasilien in dieser Debatte nicht vorkommen, obwohl sie dieselben Prinzipien hochhalten. Grund dafür ist laut Hackenesch das demokratische politische System von Brasilien und Indien, die dadurch als dem Westen und seinen „Werten“ Nahestehend betrachtet werden. Möglicherweise ist der Vorwurf westlicher Länder, China würde die Souveränität anderer Länder nur deshalb wahren, weil es selber keine Einmischung bezüglich seiner eigenen Men-

schenrechtsverletzungen innerhalb seines Landes dulden würde (vgl. Hackenesch 2011: 11), in diesem Zusammenhang zu verstehen.

Ebenfalls erwähnenswert ist, dass obwohl das Souveränitätsprinzip für die Gleichstellung der Partnerländer mit ihren „Gebern“ steht und China beispielsweise eine Partnerschaft auf Augenhöhe in ihrer EZA-Politik betont, dies nicht die absolute Gleichstellung beider Kooperationspartner bedeutet: während die angolische Regierung einen großen Verhandlungsspielraum genießt, hat China im Falle von Äthiopien beispielsweise, eindeutig die Oberhand bei Kooperationsverhandlungen. Diese Differenz wird auf die unterschiedliche Gewichtung chinesischer Interessen zurückgeführt: Angola stellt aufgrund seiner Erdölreserven ein wichtiger Partner dar. Je nach Ausmaß des politischen und ökonomischen Interesses an einem Entwicklungsland, kann das Ausmaß und die Felder bzw. Art der Kooperation stark variieren; so beschränken sich die EZA-Projekte bei Ländern, die für China beispielsweise weniger strategisch bzw. weniger interessant sind, auf „traditionelle“ EZA-Bereiche. Dies gilt auch für längerfristige ökonomische Interessen, die im Tourismus, der Telekommunikation oder Lebensmittelproduktion liegen können. Auch Indien wird vorgeworfen, seine Entwicklungspolitik auf Länder zu beschränken, die wichtig für seine außenpolitischen Bestrebungen sind (vgl. Küblböck/Six 2009: 4, Mayer 2009: 91, Sangmeister 2009: 162, Hackenesch 2011: 11f.).

Fazit: Motive in der EZA

Die vorangegangene Diskussion zeigt eine Vielzahl an Motiven auf, die „neue Geber“ zu entwicklungspolitischen Aktivitäten in Entwicklungsländern bewegen. Dass sie dabei Eigeninteressen verfolgen, ist kein Geheimnis, zumal sie den gegenseitigen Nutzen bei derartigen Kooperationen in den Vordergrund stellen. Doch auch westliche Akteure bzw. Industrieländer handeln bei ihrer EZA nicht aus rein altruistischen Motiven. Politische Motive, etwa außenpolitische und militärstrategische Interessen, können der Grund für die Leistung von Entwicklungszusammenarbeit sein: darunter können sich die Ziele Förderung von Menschenrechte und Demokratie befinden, oder aber weniger altruistische Motive wie die Errichtung von militärischen Stützpunkten oder die Gewinnung von Verbündeten. Ökonomische Motive können von der Schaffung von Absatzmärkten für die Produkte der eigenen Industrie über die Sicherung eines Rohstoffzugangs bis hin zur Stabilisierung der Wirtschaft des Empfängerlandes durch Investitionen reichen, um einer Krisenwirkung auf die eigene Wirtschaft, die durch die enge Verflechtung der weltweiten Ökonomie unausweichlich wäre, entgegen zu wirken. Aber auch umwelttechnische Gründe können ein Motiv für die Leistung von EZA sein,

etwa wenn Umweltschutz in einem gewissen Kontext im Interesse eines Geberlandes liegt. Das Engagement kann in diesem Fall etwa die Förderung umweltfreundlicher Produktionsverfahren oder erneuerbarer Energien betreffen. Und nicht zuletzt können entwicklungspolitische Akteure auch aus ethischen Motiven handeln und Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel des Beitrags zu einer globalen Sozialpolitik oder der Förderung von Menschenrechten leisten (vgl. Sangmeister 2009: 153f., Sangmeister/Schönstedt 2010: 39 ff.).

Hier sieht man, dass die Beweggründe für das entwicklungspolitische Engagement eines Akteurs vielfältig sein können und sich „neue Geber“ von „traditionellen“ Gebern dabei kaum unterscheiden – da alle aus eigenem Interesse handeln. Jedoch haben im westlichen Entwicklungsdiskurs im Vergleich zur Vergangenheit ethische Grundsätze an Bedeutung gewonnen, die in der Pariser Erklärung festgelegt wurden und zur Legitimierung von Entwicklungszusammenarbeit herangezogen werden – v. a. gegenüber den eigenen Bevölkerungen der westlichen Geber. Dabei gilt es durchaus als salonfähig, aus beiderlei Motiven, nämlich Ethik und Eigeninteresse, zu handeln (vgl. Sangmeister 2009: 155).

Zusammenfassung: EZA-Debatte

„Neuen Gebern“ wird vorgeworfen, ihre Entwicklungszusammenarbeit diene in Wirklichkeit der Durchsetzung von energie-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Interessen. Selbst diplomatische Beziehungen zu Entwicklungsländern würden in Wahrheit dem schrittweisen Aufstieg dieser Schwellenländer zur Supermacht dienen. Dabei schrecken westliche Geber selbst nicht davor zurück, ihre Interessen in Entwicklungsländern mit allen Mitteln durchzusetzen – wenn es sein muss, auch durch die Unterstützung von Diktaturen. Aus diesem Grund verletzt zum Beispiel ihr Vorwurf, China würde korrupte Regimes unterstützen, ihre eigene Glaubwürdigkeit. Auch die konditionslose EZA-Politik, die eine Begegnung auf Augenhöhe und die Wahrung der Souveränität des Entwicklungspartners zum Ziel hat, wird von westlichen Gebern als Unterstützung von Korruption und Menschenrechtsverletzungen sowie der Untergrabung von Demokratisierungsbemühungen kritisiert. Dabei hat die Untersuchung von Christina Hackenesch ergeben, dass diese Vorwürfe in keinsten Weise auf die chinesischen Aktivitäten zutreffen. Was jedoch zutrifft, ist der inkonsequente Einsatz von Good Governance Instrumenten seitens westlicher Geber, vor allem wenn es um Rohstoff- oder Sicherheitsinteressen geht. Ohnehin können wirtschaftliche und politische Reformen nicht von außen herbeigeführt werden. Der Vorwurf, „neue Geber“ wie China würden die Abhängigkeitsstrukturen von Entwicklungsländern festigen und sie in die Schuldenspirale treiben, konnte

auch entschärft werden. In Wirklichkeit verringern „neue Geber“ durch ihre konditionslosen Kredite die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von internationalen Finanzinstitutionen und bewirken zudem höhere Rohstoffeinnahmen für diese. Auch der Vorwurf, „neue Geber“ würden durch ihre Politik die Entwicklung der Empfängerländer hemmen und sie nur noch tiefer in die Schuldenfalle treiben, konnte nicht erhärtet werden. Vielmehr weist das chinesische Engagement beispielsweise im Gegensatz zur westlicher EZA eine gut koordinierte, schnelle, effektive und effiziente Politikumsetzung auf. Im Gegensatz dazu, sind EZA-Leistungen westlicher Geber häufig immer noch sehr fragmentiert und daher wenig wirksam und führen u. a. zu einem hohen Verwaltungsaufwand in den Empfängerländern und dem Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit. In Wirklichkeit scheint es im Westen immer noch ein mangelndes realpolitisches Interesse an der Umsetzung des Pariser Prozesses zu geben. Darüber hinaus ist gerade China für ihre großzügige Schuldenpolitik bekannt, während es westliche Geber sind, die bei Zahlungsverzug gerne Druck auf ihre Schuldner ausüben. Tatsächlich trugen „neue Geber“ maßgeblich zur Reduzierung der Auslandsverschuldung mehrerer hochverschuldeter Staaten bei. Genauso verhält es sich mit der westlichen Kritik der Korruptionsförderung; dabei soll die Kreditvergabepraxis westlicher Kreditinstitute nicht weniger transparent sein. Überdies ist es das viel kritisierte China, das auf korruptionshemmende Maßnahmen bei der Kreditvergabe setzt. Die bei „neuen Gebern“ übliche Lieferbindungsklausel wird ebenfalls stark kritisiert. Nicht nur profitiere das Geberland davon, sondern sie käme auch einer Subvention für das eigene Unternehmen gleich und schaffe unfaire Wettbewerbsvoraussetzungen bei internationalen Ausschreibungen in Entwicklungsländern. Dabei hat sich nicht nur herausgestellt, dass Ausschreibungen westlicher Geber auf die Anwerbung von westlichen Wirtschaftsunternehmen zugeschnitten sind und damit konkurrierende Unternehmen aus Entwicklungsländern kaum Chancen lassen; sondern auch, dass Lieferbindungsklauseln bei westlichen Gebern selbst immer noch Gang und Gebe sind, obwohl diese im Endeffekt die Umsetzung des Pariser Prozesses unterbinden.

Die scharfe Kritik westlicher Akteure an Chinas Aktivitäten in Afrika führt China auf die Angst des Westens zurück, an Macht und Einfluss in dieser Region zu verlieren (vgl. Mayer 2009: 92). Tatsächlich machen „neue Geber“ durch ihre Kooperationen mit Entwicklungsländern dem Westen ihr Gebermonopol strittig. Zudem hat sich das internationale Machtgleichgewicht noch mehr in Richtung Schwellenländer verschoben, was sich beispielsweise an der Stimmrechtsreform der Bretton-Woods-Institutionen ablesen lässt. Obwohl die Beteiligung „neuer Geber“ zu einem essentiellen Bestandteil für die EZA geworden ist, sind westliche Mächte noch weit

davon entfernt, ihre politische und ökonomische Hegemonie an „neue Geber“ zu verlieren. Allerdings könnten sie dazu beitragen, alte Abhängigkeitsstrukturen aufzubrechen. Auch der westliche Entwicklungsdiskurs könnte angesichts der toleranteren Politik „neuer Geber“ unter Druck geraten. Ob das zur Implementierung neuer, alternativer Entwicklungswege führen wird, wird sich zeigen.

Legitim hingegen sind jene Befürchtungen, dass die niedrigen sozialen Umweltstandards, der Einsatz chinesischen Personals und die damit einhergehende Bedrohung einheimischer Händler durch zurückgebliebene Arbeiter, die sich als Straßenhändler verdienen, aber auch die Bedrohung einheimischer Industrien durch billige chinesische Waren, hinterlassen. auch wenn sich Befürworter wiederum positive wirtschaftliche Effekte erhoffen. Auch die oft kritisierte fehlende Transparenz der Politik „neuer“ Geber ist tatsächlich auf mangelnde Daten über ihre Aktivitäten zurückzuführen.

Die Verortung „neuer Geber“ im herrschenden Entwicklungsdiskurs

Die Auseinandersetzung im vergangenen Kapitel bringt folgendes zum Vorschein:

Erstens, die „Neue-Geber-Debatte“ kritisiert die Praktiken „neuer“ Geber aufs schärfste; zweitens beruht diese Kritik auf die Betrachtung dieser Akteure als EZA-Geber; drittens bildet China das Hauptaugenmerk dieser Diskussion; viertens sind die besagten Praktiken und die ihnen zugrunde liegenden Ansätze bei allen kritisierten Akteuren fast Deckungsgleich; fünftens betrachten sie sich als Teil einer Interessensgemeinschaft, der Süd-Süd-Kooperation; sechstens lassen sich alle Vorwürfe entkräften und/oder gegen die Kritiker selbst erheben; siebtens geht es dabei um Interessen und Machtfragen.

Warum die Debatte angesichts ähnlicher Handlungsmuster westlicher Geber und der von ihnen missbilligten Vorgehensweisen sogenannter „neuer Geber“ überhaupt existiert, lässt sich durch den Sachverhalt der Machtfragen zwar problemlos klären; jedoch lässt sich dieser Konflikt erst durch die Verortung der „neuen“ „EZA“-Akteure im vorherrschenden Entwicklungsdiskurs begreifen.

Die Zeit der Modernisierungstheorie in der Entwicklungstheorie und –politik, war die Zeit eines verschärften Ost-West-Konflikts aufgrund der Entlassung vieler Kolonialstaaten in die Freiheit. Die Sowjetunion schaffte es, den Sozialismus in die osteuropäischen und in einige ostasiatische Länder wie Nordkorea, China oder die Innere Mongolei zu exportieren, während die USA versuchte, den sozialistischen Einfluss einzudämmen und ihre Einflussosphäre sowie ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Weg des Kapitalismus voranzutreiben und in den jungen Nationalstaaten der ehemaligen Kolonien geltend zu machen. Der Begriff der „Dritten Welt“ entstand im Frankreich der 1950er Jahre und bezeichnete Staaten, die sich bewusst von den beiden Weltmächten USA und UdSSR abzugrenzen versuchten und einen alternativen Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus suchten, um auf diese Weise ihren Gesellschaften zur politischen und wirtschaftlichen Emanzipation von den ehemaligen Kolonialmächten zu verhelfen. Diese Staaten formierten sich mit der Bandung-Konferenz im Jahr 1955 und der Konferenz von Belgrad im Jahr 1961 zur „Blockfreien-Bewegung“ (Non-Aligned-Movement). Doch laut Menzel suchten nur wenige Länder tatsächlich einen alternativen „Entwicklungsweg“, etwa Indien, Tansania und Algerien, während die meisten den westlichen Weg wählten und einige,

wie Äthiopien und Kuba, sich der „östlichen“ Ideologie „anschlossen“. Das sozialistische China signalisierte durch seine Organisation und Teilnahme an Bandung seine bevorstehende Emanzipation von der Sowjetunion. Faktisch gesehen, so Menzel, entwickelte sich die Blockfreien-Bewegung jedoch zur Schaukelpolitik, bei der viele Länder versuchten, möglichst viele „Hilfs“-Gelder von beiden Mächten zu ergattern. Laut Strebel hingegen, war der Versuch der Positionierung als dritte Kraft in der Weltpolitik im zunehmend gespannten Klima des Kalten Krieges kaum aufrecht zu erhalten (vgl. Strebel 2005: 10, Mayer 2009: 8, Sangmeister 2009: 47, Menzel 2010: 22ff.).

Doch das Wesentliche bei der Blockfreien-Bewegung war die politische Ausweitung der Freiheitsbewegungen und ihr Beschluss zur gegenseitigen Unterstützung und Kooperation auf dem Weg zur wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung und Emanzipation. Bei der ersten Welthandelskonferenz (United Nations Conference on Trade and Development; UNCTAD) im Jahr 1964 in Algier wurde die „Gruppe der 77“ mit dem Ziel gegründet, die Position von Entwicklungsländern bei internationalen Verhandlungen und damit ihre Macht zu stärken, eine kollektive Selbstständigkeit zu erreichen und schließlich ihre Position auf dem Weltmarkt zu verbessern. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen implementierte im Jahr 1978 in Buenos Aires den „Plan of Action for Promoting and Implementing Technical Co-operation among Developing Countries“ (TCDC). Zusammen mit der „Declaration on the Promotion of World Peace and Cooperation“, gilt dieses Übereinkommen als Grundlage für die Programme der Süd-Süd-Kooperation (vgl. Amin 1990: 202, Morais de Sá e Silva 2009: 42f., Menzel 2010: 36, Smith/Yamashiro Fordelone/Zimmermann 2010: 6).

Unter Süd-Süd-Kooperation ist laut Michelle Morais de Sá e Silva von der Columbia University „[...] any cooperative initiative between two or more developing countries; it may be carried out by governmental institutions, nongovernmental organizations, universities, independent professionals, scholars, and researchers“ (Morais de Sá e Silva 2009: 39) zu verstehen. Zwischenzeitlich schlossen sich die bis dahin zum „Westen“ gehörenden Staaten Lateinamerikas aufgrund des Scheiterns der an der Modernisierungstheorie angelehnten Entwicklungspolitik den Blockfreien an und formulierten die Dependenztheorie als radikale Kritik an der auf der Modernisierungstheorie basierenden Entwicklungsökonomie. Die ungleichen und benachteiligenden Strukturen am Weltmarkt wurden als entscheidendes Problem und Hemmnis auf dem „Entwicklungsweg“ erkannt. Das koloniale Erbe führte in vielen Entwicklungsländern aber auch zur ungleichen Verteilung von Macht. Ein großer Teil der Bevölkerung war in Abhängig-

keit von einer kleinen aber mächtigen Elite geraten. Der Weg aus dieser Unterentwicklung sollte durch einen nach innen gerichteten Entwicklungsweg erreicht werden, doch die Voraussetzung für dessen Erfolg sah man in der Beseitigung der unfairen Bedingungen auf dem Weltmarkt. Angespornt durch die Ölkrise im Jahr 1973 forderten die G-77 schließlich eine neue Weltwirtschaftsordnung mit grundlegenden strukturellen Veränderungen wie höhere Rohstoffpreise und dem Abbau des Protektionismus in Industrieländern. Doch trotz zweier UN-Erklärungen diesbezüglich und den darauf folgenden Lomé-Abkommen der Europäischen Gemeinschaft, wurde dem kaum Rechnung getragen und aufgrund dessen Forderungen nach radikaleren Reformen laut. Auch dem Strategiewechsel des westlichen Entwicklungsdiskurses zur Grundbedürfnisorientierung aufgrund der rapide steigenden Armut in Entwicklungsländern, begegnen die Eliten dort mit großer Skepsis, da sie lediglich Symptome und nicht die Probleme selbst behandeln würden (vgl. Strebel 2005: 10f., Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 3, Menzel 2010: 36, Schläger 2011: 2, Ihne/Wilhelm 2013: 14f.).

Das Jahr 1979 markiert das Ende der ersten Phase der Süd-Süd-Kooperation, die sich fast gänzlich mit der Zeit des Kalten Krieges deckt. Die zweite Phase, die Demobilisierungsphase, beginnt 1980 und dauert zwei Jahrzehnte an. Als ursächlich für diese Phase gelten die Schuldenkrise und die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank, welche die damalige Agenda der meisten Entwicklungsländer dominierten. Die Armut in den Entwicklungsländern verschärfte sich in den 1980ern, viele Länder wurden zahlungsunfähig. Es kam zu erneuten Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, diesmal jedoch von Politikern und Ökonomen aus Entwicklungs- und Industrieländern gleichermaßen. Im „Brandt-Bericht“ wurde eine Partnerschaft von Industrie- und Entwicklungsländern zur Unterstützung letzterer gefordert, doch diese scheiterte am Widerstand der Industrieländer. Die zahlreichen Weltkonferenzen der 1990er Jahre, die auf die Rio-Erklärung folgten, ließen vor allem Länder des Südens auf einen Wandel in der internationalen Politik hoffen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion machte zwar einen neutralen Länderblock überflüssig, doch die Blockfreien und die G-77 sowie die Spezialeinheit des UNDP-Programms TCDC blieben bei ihrer Kooperation. Ihr Motiv war nach wie vor die Weltmarktintegration und die Anziehung von Investitionen, später wurde dieses zur treibenden Kraft für die Ersetzung des GATT durch die WTO im Jahr 1995. Morais bezeichnet diese Zeit als Standby-Phase (vgl. Morais de Sá e Silva 2009: 39f., Schläger 2011: 3f.).

Die dritte und derzeitige Phase der Süd-Süd-Kooperation begann 1999 mit der Einführung des Global Development Network (GDN) durch die Weltbank. Im Vorfeld wurden großangelegte soziale Programme von Entwicklungsländern ausgearbeitet um die „Schäden“, die die Struktur-anpassungsprogramme hinterlassen haben, zu beseitigen. Dabei bekamen Programme, die den internationalen Anforderungen von Effektivität, Kalkulierbarkeit und guter Kontrolle genügten, das Label „Best Practice“ und wurden über das Global Development Network auf andere Entwicklungsländer übertragen. Damit wurde das Süd-Süd-Kooperationskonzept der technischen Zusammenarbeit unter Entwicklungsländern mit Fokus auf den Erfahrungsaustausch, um die Praxis der Übermittlung von Best-Practice bei Entwicklungspolitik und -programmen erweitert. Auch für bi- und multilaterale Entwicklungsorganisationen, vor allem die UN-Organisationen, wurde Süd-Süd-Kooperation zu einem Instrument für Erfahrungsaustausch und Best-Practice-Transfer. Ab 2003 mit der Wahl linksgerichteter Präsidenten in Lateinamerika, wurden die Länder der Süd-Süd-Kooperation immer aktiver. Bei der WTO-Konferenz in Cancún im Jahr 2003 nahmen bereits 20 Länder der Gruppe teil, um gemeinsam bessere Verhandlungschancen zu bekommen. Die Süd-Süd-Kooperation wurde zu einem Teil der Außenpolitik der linksgerichteten Regierungen Lateinamerikas (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Bolivien, Chile, Peru, Venezuela und Kuba). Indien, Brasilien und Südafrika gründeten sogar die (IBSA), ein trilaterales Ministerforum für ihre Kooperation (vgl. Morais de Sá e Silva 2009: 40ff.).

Damit zeigt sich, dass die sogenannten „neuen Geber“ zusammen mit den Entwicklungsländern immer schon eine oppositionelle Haltung zum Westen innehatten, zumindest wenn es um Entwicklungsfragen oder weltmarktpolitische Themen ging. Diese hat zur Herausbildung eines eigenen Entwicklungsdiskurses beigetragen, dessen Prinzipien den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen zugrunde liegen und die ebenfalls in Opposition zu dem vorherrschenden westlichen Entwicklungsdiskurs stehen. Nachholende Entwicklung durch Industrialisierung und Wirtschaftswachstum, Handel „Aid for Trade“, lokale Lösungen, gegenseitige Kooperation und Erfahrungsaustausch von Best Practice stellen dabei die Hauptachse dieses Entwicklungsdiskurses dar. Umgesetzt wird diese im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation, die – wie hier deutlich wird – auch eigene „Instrumente“ herausgebildet hat. Laut Amin handelt es sich bei der Süd-Süd-Kooperation um eine systematisierte Kooperation, die auf soliden historischen und ideologischen Grundlagen basiert. Die Mitglieder der Süd-Süd-Kooperation sind mehr oder weniger organisiert, halten internationale Gipfel und schließen Verträge ab, auch wenn sie manchmal nur Empfehlungen darstellen (vgl. Amin 1990: 196, Morais de Sá e Silva 2009: 39f., Melber 2010: 236, Söderberg 2010: 134).

Es zeigt sich also, dass westliche Akteure bei der „Neue-Geber-Debatte“ Praktiken kritisieren, die fundamentale Prinzipien der Süd-Süd-Kooperation darstellen, wie das Partnerschaftsprinzip, Souveränitätsprinzip oder das Prinzip des gegenseitigen Nutzens, dass sich auch in der Lieferbindungsklausel widerspiegelt. Zum anderen kritisieren westliche Akteure sogenannte „neue Geber“ als solche; d. h. als Geber der Entwicklungszusammenarbeit, obwohl sie sich selbst nicht als solche definieren und es auch vehement ablehnen, als Entwicklungsgeber dargestellt oder betrachtet zu werden. Das heißt, ihnen wird nicht nur eine Rolle aufoktroiert, die sie ablehnen, sondern sie werden auch nach dieser bewertet und kritisiert, ohne jemals den Anspruch gestellt zu haben, diese Rolle auszufüllen oder überhaupt spielen zu wollen. Damit wird das, was eigentlich als partnerschaftliche, gegenseitig unterstützende Kooperation zur wirtschaftlichen und politischen Eigenständigkeit und Konsolidierung gedacht ist und als Teil der eigenen Wirtschafts- oder Außenpolitik betrachtet wird, in die Schablone eines gönnerischen Verhältnisses hineingezwängt. Beispielsweise werden die wirtschaftliche Dimension der Kooperationen dieser Ländergruppe, welche eine zentrale Komponente ihrer Aktivitäten darstellt; die Empörung westlicher Geber über die Zuständigkeit von Wirtschafts- und Außenministerien für die „EZA“ „neuer Geber“; oder die von westlichen Akteuren oft beanstandete Tatsache der mangelnden Transparenz aufgrund fehlender Daten, der schwierigen Unterscheidungsmöglichkeiten zwischen wirtschaftlicher Kooperation und „Entwicklungszusammenarbeit“ sowie unterschiedlicher Begriffsverwendungen, einzig und allein aufgrund *eigener* Ansprüche und Maßstäbe an EZA beurteilt bzw. *verurteilt* (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 22, Hackenesch 2009: 3, Mayer 2009: 4, Morais de Sá e Silva 2009: 39, Keeley 2012: 156).

Grund dafür ist wohl, dass technische Kooperation, das Kernstück der Süd-Süd-Kooperation, nach den Begriffen des DAC ein wichtiger Bestandteil der ODA darstellt und auch andere Projekte „neuer Geber“ aufgrund deren Finanzierung, Bereitstellung von Ausstattung und Know-How sowie Arbeitskräften ebenfalls als typische Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen werden. Andererseits werden explizit von „neuen Gebern“ als „Aid“ deklarierte Ausgaben, etwa für UN-Friedenstruppen oder für die Förderung des Handels mit LDCs im Falle von China und Indien, vom DAC wiederum nicht als solche anerkannt (vgl. Chaturvedi 2010: 31, Melber 2010: 232, Smith/Yamashiro Fordelone/Zimmermann 2010: 6). Damit wird vorausgesetzt, dass die Definitionshoheit für derartige Engagements einzig und allein bei westlichen Akteuren liegt und Ansprüche, Konzepte, Vorstellungen und Bedürfnisse von nichtwestlichen Akteuren ignoriert. Womit wir wieder bei Ziails Kritik angelangt sind, Entwicklungspolitik wäre

eurozentristisch: Die bewusste Abgrenzung „neuer Geber“ von der Politik westlicher Akteure wird von ihnen ignoriert. Dabei schreibt Amin der Süd-Süd-Kooperation eine wichtige Rolle zu, in dem er angibt, dass „Entwicklung“ kein Ersatz für die nötigen grundlegenden Veränderungen für die Ermöglichung einer nationalen, autozentrischen Entwicklung sein kann. Die Süd-Süd-Kooperation wird auch von Wissenschaftlern als erfolgreiches Instrument für eine erfolgreiche Integration in den Weltmarkt betrachtet, womit deren Ansätze den erhofften Erfolg hätten; dennoch soll es seit den Jahrtausendwechsel Annäherungen von „neuen Gebern“ an den westlichen Entwicklungsdiskurs gegeben haben: so verfolgt China insbesondere in Afrika „traditionelle Entwicklungsziele“ wie die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und erachtet die Schaffung von Sicherheit und Frieden als wichtige Voraussetzung dafür. Außerdem soll China ein Weißbuch zur Entwicklungszusammenarbeit veröffentlicht haben, welches sich bei der Definition von Entwicklungszusammenarbeit an jene westlicher Geber annähert. Bei den anderen „neuen Gebern“ seien trotz vom Westen differierender Ansätze ebenfalls Annäherungsversuche zu erkennen (vgl. Amin 1990: 196, Mytelka 1994: 7, Hackenesch 2009: 2ff., Chaturvedi 2010: 31, Smith/Yamashiro Fordelone/Zimmermann 2010: 6, Grimm/Hackenesch 2011).

Die Millennium Development Goals, die seit dem Jahrtausendwechsel als weltweite Entwicklungsziele etabliert wurden, wurden auch von Ländern des Südens ratifiziert, darunter auch China, Indien, Brasilien und Saudi-Arabien. China bezieht sich in seinem Strategiepapier zur Afrikapolitik auf die MDGs, während Brasilien, Indien und Südafrika gemeinsam kooperieren, um diese in ihren eigenen Ländern zu verwirklichen. In das Ziel Nr. 8 der MDGs, eine globale Entwicklungspartnerschaft aufzubauen und Reformen in der diskriminierenden Handels- und Finanzmarktpolitik einzuleiten und insbesondere die LDCs davon profitieren zu lassen, setzten die Entwicklungsländer besonders große Hoffnungen. Sie forderten u. a. eine kohärente Agrar- und Außenpolitik durch den Abbau von Agrarsubventionen in den Industrieländern sowie eine nach Ländertypen angepasste Entwicklungspolitik. Globale Probleme wie Finanzkrisen oder der Klimawandel wollten sie durch die Schaffung gemeinsamer globaler Wissens- und Entscheidungsnetzwerke bewältigen. Doch die Forderungen bleiben unberücksichtigt – bereits die Verhandlungen über eine bessere Integration von Entwicklungsländern in den Weltmarkt bei der Doha-Runde der WTO sind gescheitert. Doch ohnehin ist das 8. MDGs-Ziel – nicht als einziges – an die Industrieländer gerichtet, sondern auch „relativ unverbindlich formuliert“, womit Entwicklungsländer in die Pflicht genommen werden, während Industrieländer von dieser entlassen werden. Und ohnehin haben die MDGs „Entwicklung“ nicht nur auf materielle

Faktoren beschränkt, sondern auch die strukturellen Ursachen von „Unterentwicklung“ bzw. Armut sowie globale Umweltprobleme aus dem Entwicklungsdiskurs verdrängt. Unterdessen haben sich die sogenannten „Schwellenländer“, zu denen die BRICS-Staaten gehören, den Industrieländern gleich, ihre Rohstoffquellen und Absatzmärkte gesichert – und das weltweit. Aus diesem Grund kritisieren manche Autoren Länder wie China als neokoloniale Akteure, weil sie durch ihre Kooperation keine strukturellen Veränderungen in den Austauschmustern mit Entwicklungsländern bewirkt haben. Der Aufstieg der Schwellenländer birgt Konfliktpotenzial, da die Industrieländer ihre wirtschaftliche Vormachtstellung gewiss nicht aufgeben werden (vgl. Page 2006: 11, Stevens 2006: 114, Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 25f., Unmüßig 2008: 3ff., Mayer 2009: 47, Soudien 2009: 229, Holtz 2010: 5, Melber 2010: 229, Söderberg 2010: 130, Neubert 2012: 29).

„Neue Geber“ sehen sich immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Entwicklungspolitik sei intransparent, weil sie als Nicht-Mitglieder des DAC seinen Kontrollmechanismen nicht unterstellt sind. Obwohl sich die BRICS-Staaten dem Pariser Prozess offiziell nicht anschließen wollen, befolgen Indien, China und Brasilien einige seiner Prinzipien, wie die Bevorzugung längerfristiger Entwicklungsprojekte vor kurzfristigen Projekten, schreibt Chaturvedi. Doch Fakt ist, dass China die Pariser Deklaration sehr wohl unterschrieben hat – nur sei es nicht klar, ob es dies als Geber oder nur als Empfängerland getan hätte, so Afrikawissenschaftler Henning Melber. Außerdem hat China im Jahr 2005 an einem Workshop zu Geberharmonisierung im Pazifik, einem von der UNDP organisiertem Gebertreffen sowie an dem Pariser Koordinationsgipfel selbst teilgenommen, so Mayer. Auch nach Accra waren diese Staaten in dieser Hinsicht aktiv: Brasilien ging mit der EU und afrikanischen Ländern eine trilaterale Kooperation ein und China hat 2009 mit afrikanischen Ländern und Mitgliedern des DAC über sein Engagement in Afrika diskutiert. Außerdem soll es Bemühungen um die Einbindung dieser Staaten in die westliche Gebergemeinschaft gegeben haben. Schließlich wurde die Süd-Süd-Kooperation in der Accra Agenda for Action erstmals als komplementär zu der westlichen EZA anerkannt. Die Mitglieder des DAC sprachen sich für einen offenen Dialog aus und sogar dafür, von den Kompetenzen und Expertise der Süd-Süd-Kooperationsstaaten lernen zu wollen. Es kam zum Einbezug von Brasilien, China, Russland, Indien und Südafrika als Beobachter in verschiedene Aktivitäten der OECD. Wobei China und Indien sich geweigert haben sollen, sich zusätzlich politisch zu verpflichten, da sie an die Prinzipien der Süd-Süd-Kooperation festhalten wollten. Doch Fakt ist, dass die Staaten der Süd-Süd-Kooperation sich beim Bogotá-Gipfel für Süd-Süd-Kooperation und Capacity Building im Jahr 2010 nicht nur

zu Accra und Paris bekannt haben, sondern auch die weitere Teilnahme am globalen Entwicklungsdialog beschlossen haben, um Prinzipien für Effektivität und Good Practice zu fördern. Sie setzten auch Maßnahmen fest, um dieses Ziel zu erreichen; diese lauten: die Umsetzung eines inklusiven Ansatzes; der Einsatz von Erfahrungsaustausch und gegenseitiges Lernen bei der Verbesserung und Förderung von Effektivität; Ownership und die Leitung von EZA-Maßnahmen durch das Empfängerland; die Förderung lokaler Lösungen; die Verbesserung der Messung, Kontrolle und Transparenz von Süd-Süd-Kooperation; und die Förderung einer effektiven Planung und Implementierung von EZA. Allerdings stellen diese Maßnahmen nur Empfehlungen dar (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 23, Paulo/Reisen 2009: 286f., Chaturvedi 2010: 30, Mayer 2009: 47, Melber 2010: 235, Smith/Yamashiro Fordelone/Zimmermann 2010: 6, Söderberg 2010: 130, Steering Committee 2010: 2ff., Grimm/Hackenesch 2011).

Doch spätestens seit Busan sind diese Länder endgültig in den Wirksamkeitsprozess integriert. Mit der Bezeichnung von trilateralen Kooperationen als innovatives Instrument der Zukunft kommt „neuen Gebern“ bzw. Mitgliedern der Süd-Süd-Kooperation und ihrer Praxis der Dreieckskooperation sogar eine gewisse Anerkennung zu. Auch mit der Ansprache mit „global“ statt der üblichen dichotomischen Bezeichnungen dürfte zumindest rhetorisch ein Sprung nach vorne in Richtung Partnerschaftlichkeit und Kooperationsgedanke stattgefunden haben. Allerdings hat China die Unterzeichnung der Erklärung solange verweigert, bis die Bindung der Geber der Süd-Süd-Kooperation an die Agenda gestrichen wurde. Die Koordination der Umsetzung von Busan durch das eigens dafür gegründete Forum „Global Partnership on Effective Development Cooperation“ (GPEDC) liegt im Interesse der „neuen Geber“, da die OECD als Akteur aus dem „Norden“ in den Augen dieser Staaten keine Legitimität als Koordinator besessen hätte (vgl. Lanzet 2011, Neubert 2012: 19f., Globale Verantwortung 2013b).

Somit zeigt sich, dass der bisherige Entwicklungsdiskurs, der in der internationalen Entwicklungspolitik herrscht und anerkannt ist, ein rein westlicher ist; doch wie aus der Skizzierung der Entwicklungsdebatte um die Post-2015-Agenda ersichtlich wird, sind Staaten des Südens maßgeblich an der Gestaltung des neuen Diskurses auf offizieller Ebene beteiligt. So haben es einige Länder des Südens geschafft, ihre eigenen Vorstellungen von Entwicklung und Wohlstand, teilweise auch die Diskussionen ihrer eigenen Gesellschaften, auf die Ebene der Vereinten Nationen zu übertragen. So vertritt Bolivien einen entwicklungspolitischen Ansatz, der sich am Konzept „Buen Vivir“ aus der Lebensphilosophie der Indigenen im Andenraum orientiert. Das

Engagement Boliviens führte dazu, dass seit dem Jahr 2009 jährlich die UNO-Resolution „Harmony with Nature“ verabschiedet wird. Die zentrale Forderung ist die Einführung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster. Das Königreich Bhutan setzt hingegen auf Glück als Entwicklungsziel und auf das Konzept des Bruttonationalglücks als alternativen Indikator zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ihm ist die UN-Resolution „Happiness: Towards A Holistic Approach to Development“ vom Juli 2011 zu verdanken. In dieser wird ein inklusiver, ausgewogener und fairer Ansatz eines ökonomischen Wachstums gefordert, welcher nachhaltige Entwicklung, die Beseitigung von Armut und Glück und Wohlergehen für alle Völker der Erde fördert (vgl. Martens 2013: 24f.).

Auch der Beschluss der Sustainable Development Goals (SDGs) bei der Rio+20-Konferenz im Juni 2012 ist Ländern des Südens zu verdanken. Guatemala und Kolumbien waren es, die 2011 eine intensive Diskussion unter Regierungen und NGOs über die Einführung von SDGs initiiert haben. Sie schlugen die Themen Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, Wasser, Konsummuster, nachhaltiges Siedlungswesen, Energie, Biodiversität, Wälder und Meere vor; demnächst sollte es zu einer Formulierung von Definitionen und Zielen für SDGs kommen, um sie bei der nächsten Rio+20-Konferenz zu diskutieren. Brasilien zusätzliche Themenvorschläge für die SDGs sind der Zugang zu sozial fairer und umweltverträglicher Beschäftigung, Gleichheit zwischen und unter den Generationen sowie den Ländern, Empowerment of Women, Mikro-Unternehmerwesen und -Kredite, Innovationen für Nachhaltigkeit und die Anpassung des ökologischen Fußabdrucks an die Regenerationsfähigkeit der Erde. Kolumbien versuchte die SDGs zwar offiziell zum gemeinsamen Standpunkt der G77 zu erklären, scheiterte jedoch aufgrund technischer Fragen daran. Indien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Peru sprachen sich dafür aus, die SDGs nur für Industrieländer verbindlich zu machen und für Entwicklungsländer abhängig von ihren verfügbaren Ressourcen und auf freiwilliger Basis zu implementieren. Ebenfalls auf das Engagement von Staaten des globalen „Südens“ ist die bereits erwähnte Initiative der „g7+“ für die Einführung von Peacebuilding and Statebuilding Goals (PSGs) (vgl. World Bank Institute, Martens 2013: 25ff.).

Ob und wie diese Bemühungen in die neue Entwicklungsagenda aufgenommen werden, wird sich zeigen. Sollten diese Bemühungen erfolgreich sein, würde es die erstmalige Beteiligung von Entwicklungsländern am Entwicklungsdiskurs bedeuten – und ein großer Schritt in Richtung der von ihnen seit Jahrzehnten geforderten gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsord-

nung sein. Derzeit fürchten sie – zurecht „[...] die Definitionsmacht den tonangebenden Entwicklungsexperten aus den OECD-Ländern zu überlassen, wie sie es schon bei der Formulierung der MDGs beklagt hatten“ (Martens 2013: 6). Denn die jüngsten Verhandlungen für ein neues Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreement; EPA) mit den AKP-Staaten zeigen, dass die ungleiche Partnerschaft zwischen dem Westen, hier: der EU und den Entwicklungsländern, immer noch existiert. Was als Motor für „Entwicklung“, Integration in den Weltmarkt und als Partnerschaft bezeichnet wird, ist laut Kritikern nichts anderes als eine neo-imperiale Politik, die den Zugang zum afrikanischen Markt für europäische Firmen ebnet, während europäische Erzeugnisse durch Subventionen und Protektionismus geschützt bleiben. Dabei hat die EU versucht, ihre Forderungen durch massivem Druck durchzusetzen, ohne jegliche Rücksicht auf die Meinungen und Interessen ihrer Verhandlungspartner (vgl. Bachmann/Mwagiru 2011). Ob es tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel in der internationalen Politik kommt, bleibt also abzuwarten. Denn „Entwicklungspolitik war bisher ein Konzept der Industrieländer ohne Dialog mit den Betroffenen. Dialog beginnt damit, den Partner ernst zu nehmen – nur dann kann man seriös diskutieren“, so Ludovic Dakossi, Kulturattaché der Botschaft von Benin (Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 31).

Doch nun zurück zur „Neue-Geber-Debatte“ es stellt sich nach wie vor die Frage, warum gerade China im Mittelpunkt der Kritik steht, obwohl es, wie hier veranschaulicht, nicht nur eine ähnliche „EZA“-Politik wie westliche Geber hat, sondern auch die meisten Zugeständnisse an sie macht. Ein Grund könnte laut Jochen Weikert, von der ehemaligen deutschen InWent, der fehlende Grundkonsens mit westlichen Akteuren über gute Geberpraktiken bei China, Indien, Saudi-Arabien oder Venezuela sein, der im Gegensatz dazu bei den „neuen Gebern“ Südafrika, Brasilien, Chile und Mexiko zu finden ist. Weiters führt Hackenesch an, dass gerade China in der Kritik westlicher EZA-Akteure und Medien steht, weil die anderen „neuen Geber“ wie Indien und Brasilien demokratische Staaten sind und damit als dem Westen und seinen Werten nahe stehend betrachtet werden. Doch wahrscheinlich ist das ausschlaggebende, dass China mittlerweile zu den wichtigsten Akteuren in Afrika zählt, der traditionellen „Spielwiese“ westlicher Mächte und damit eine direkte Konkurrenz für sie darstellt. Denn China gewinnt zunehmend an Macht und Einfluss in Afrika, auch Gestaltungsmacht, was sich auf westliche Interessen dort auswirkt. Laut Mayer habe das chinesische Engagement dort das Potenzial, das internationale Entwicklungssystem nachhaltig zu verändern (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 25, Mayer 2009: 4, Mahmoud 2010: 209, Hackenesch 2011: 11). Die wissenschaftliche

und mediale Aufmerksamkeit „[...] lässt darauf schließen, dass Bewegung in die alten Strukturen gekommen ist“ (Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 21).

Denn auch wenn es zu Annäherungen an westliche Geber bei der Definition von EZA gekommen sein soll und es bereit ist, sich auch einigen westlichen EZA-Regelwerken zu unterwerfen, soll das nicht davon hinwegtäuschen, dass China immer noch ein Mitglied der Süd-Süd-Kooperation ist und sich dementsprechend ihren Prinzipien verpflichtet fühlt. Das spiegelt sich auch bei den Ansätzen seiner Kooperation wider; beispielsweise verfolgt China laut Martina Kampmann von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) vor allem bei der Landwirtschaft einen Grass-Root-Ansatz, der erheblich zur Nachhaltigkeit solcher Projekte beiträgt (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 24). Und genau diese Ansätze machen Chinas Konkurrenz aus.

Ebenfalls auffällig ist, dass die „Neue-Geber-Debatte“ arabische Geber ausklammert. Wie bereits veranschaulicht, gehören sie zwar zu den Nicht-DAC-Gebern, ihre Zugehörigkeit aber zu den „neuen Gebern“ ist umstritten. In den Medien und der öffentlichen Diskussion jedoch, werden sie stets zu den „neuen Gebern“ gezählt, während sie in der „Neuen-Geber-Debatte“ selten erwähnt werden und wenn, dann nur namentlich bei der Aufzählung „neuer Geber“. Fakt ist jedoch, dass Saudi-Arabien zu den Teilnehmern der Bandung-Konferenz von 1955 gehört und arabische Geber nicht nur zu den Staaten der Süd-Süd-Kooperation gehören, sondern auch auf internationalen Konferenzen eine Interessensgruppe mit den anderen Süd-Süd-Staaten bilden. Seit dem Öl-Boom in den 1970er Jahren leisten arabische Staaten Entwicklungszusammenarbeit im großen Stil, wobei finanzielle Unterstützungen ein wichtiges Merkmal arabischer EZA sind. EZA gilt als wichtiges Instrument für Solidarität unter arabischen Ländern, die sie seit 1975 miteinander koordinieren. Dass sie trotz ihrem Status als Nicht-DAC-Geber und Süd-Süd-Kooperationsländer und ihren enormen EZA-Mitteln kein Teil der „Neue-Geber-Debatte“ sind, ist sehr auffällig. Dass die BRICS-Staaten in dieser Hinsicht „mehr auffallen“, erklärt Chaturvedi [...] mit Blick auf die vergleichsweise beeindruckenden Wirtschaftsindikatoren der heutigen Schwellenländer, die einen steigenden Anteil am globalen Handelsvolumen und der weltweiten Produktion verzeichnen – also eine Kategorie, in der die arabischen Staaten damals keine nennenswerte Wirkung entfalteten“ (Chaturvedi 2010: 31). Allerdings schreibt er diese Entwicklung neben China, Indien, Brasilien und Russland auch Mexiko, Indonesien und der Türkei zu (vgl. Chaturvedi 2010: 31, Smith/Yamashiro Fordelone/Zimmermann 2010: 6).

Während die Türkei und Mexiko OECD- bzw. OECD-nahe Staaten sind, kommt Indonesien wahrscheinlich deshalb in der „Neue-Geber-Debatte“ nicht vor, weil es an die EZA-Leistungen Chinas oder Indiens nicht herankommt.

Doch es geht hier nicht um die Frage, warum arabische Geber in den 1970ern keine Debatte ausgelöst haben, sondern darum, warum arabische Geber als solche sowohl in der Öffentlichkeit, als auch in der Wissenschaft völlig vernachlässigt und kaum wahrgenommen oder erforscht werden, während „neue Geber“ eine große Debatte ausgelöst haben und mittlerweile auch ein Thema in der wissenschaftlichen Forschung geworden sind? Aus der Literatur sind diesbezüglich ein paar Anhaltspunkte zu finden: gerne wird die fehlende Transparenz arabischer Geber für diese Marginalisierung in der öffentlichen Debatte und in der Wissenschaft verantwortlich gemacht. Doch bezüglich der Höhe geleisteter Geldmittel, herrscht sehr wohl eine gewisse Transparenz, da arabische Geber – übrigens auch die meisten „neuen Geber“, im Gegensatz zu den meisten Staaten der Süd-Süd-Kooperation – freiwillig an das DAC berichten. Doch die geleisteten Geldmittel, überstiegen die gemeldeten ODA-Zahlen, da Saudi-Arabien z. B., traditionellerweise Unterstützungszahlungen an NGOs nicht meldet oder die Vereinigten Arabischen Emirate nur jene Geldflüsse an das DAC melden, die über das Abu Dhabi Fund for Development abgewickelt werden, während die restlichen staatlichen EZA-Leistungen nirgends aufscheinen. Doch gerade Saudi-Arabien fällt laut der OECD bezüglich der Höhe der geleisteten Mittel besonders auf. Die schwierige Klassifizierung und Zuordnung von Geldflüssen aufgrund der Vermeidung typischer DAC-Geber-Bezeichnungen wie „Donor“, „Development Assistance“ und „ODA“ und fehlende Papiere über Kreditkonditionen und EZA-Strategien mögen erschwerte Bedingungen für die Erforschung der Entwicklungspolitik arabischer Geber darstellen (vgl. AFSED 2008, Hamid 2009: 3, Smith/Yamashiro/Forde-lone/Zimmermann 2010: 2, Mischo/Rehbein 2012: 30), erklären jedoch weder ihre Marginalisierung in der Öffentlichkeit, noch in der „Neue-Geber-Debatte“.

Im Jahr 2003 kam es beim „Arab Aid Symposium in Dubai“ zum Beschluss einer bewussten bildenden Kampagne, um auf sich und ihre Leistungen aufmerksam zu machen und sich für Dialoge mit anderen wichtigen Geberakteuren der internationalen EZA zu engagieren. Dabei hat sich Arab Aid auch zu mehr Transparenz verpflichtet (vgl. OFID 2003b). Heute, ein Jahrzehnt später, scheint sich kaum etwas an ihrer Situation verändert zu haben – bis auf gelegentliche Nennungen Saudi-Arabiens als potenten Geldgeber. Laut Neumayer werden

westliche Geber kritisiert, weil sie kein Interesse daran haben, arabische Geber als ernsthafte Partner in der Entwicklungsfinanzierung zu betrachten (vgl. Neumayer 2004: 1).

In welche Kategorie können arabische Geber aufgrund ihrer EZA zugewiesen werden? Sind sie typische Süd-Süd-Kooperateure? Decken sich ihre Praktiken mit den hochdiskutierten „neuen Gebern“ und Schwellenländern wie China oder Indien? Gehören sie in eine eigene Kategorie, wie einige Autoren meinen? Oder sind sie den OECD-DAC Staaten näher, ohne dass sie von ihnen anerkannt werden? Das nächste Kapitel wird sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Arab Aid: Fallbeispiel der Islamic Development Bank

Analyseziel

In diesem Kapitel wird der Entwicklungsdiskurs von Arab Aid anhand des Beispiels der Islamic Development Bank untersucht. Mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewählter Dokumente der Entwicklungsbank, wird Arab Aids Auffassung von Entwicklungszusammenarbeit, d. h. Begrifflichkeiten und Konzeptionen, sowie ihre Ziele, Strategien und Vorgehensweisen untersucht, wobei es von Relevanz sein wird, worauf die ermittelten Konzepte aufbauen und inwieweit sie von internationalen „EZA-Standards“ geprägt sind.

Im Folgenden kommt es zur:

- ◆ Darstellung der Begrifflichkeiten und Konzeptionen, auf denen der Entwicklungsdiskurs von Arab Aid aufbaut und welche Akteure diese definieren.
- ◆ Positionierung von Arab Aid anhand ihrer EZA im Vergleich zur Rolle, die ihnen im westlichen Geberdiskurs verliehen wird.
- ◆ Erklärungsversuch der Ergebnisse.

Islamic Development Bank

Die Islamic Development Bank Gruppe ist eine multilaterale Süd-Süd-Finanzinstitution für Entwicklung. Sie wurde 1975 auf Grundlage des Beschlusses der Finanzministerkonferenz im Rahmen der „Organisation of Islamic Conference“ (mittlerweile: Organisation of Islamic Cooperation; OIC) gegründet; einer multilateralen Organisation für islamische Länder und muslimische Gemeinschaften in Nicht-Mitgliedsländern. Ziel der Islamic Development Bank ist die Förderung der „Entwicklung“ ihrer 56 Mitgliedsstaaten in Übereinstimmung mit der islamischen Lehre. Die Bankgruppe besteht aus der Islamic Development Bank (IDB), dem Islamic Research and Training Institute (IRTI), der Islamic Corporation for the Development of the Private Sector (ICD) und der International Islamic Trade Finance Corporation (ITFC) mit dem Ziel der Förderung des Handels zwischen den Mitgliedsländern. Darüber hinaus verfügt die Gruppe über zahlreiche Instrumente in Form von Fonds. Der Hauptsitz der Islamic Development Bank befindet sich in Jeddah, Saudi-Arabien, ihre Regionalbüros befinden sich in Dakar

(Senegal), Almaty (Kasachstan), Kuala Lumpur (Malaysia) und Rabat (Marokko). Wie bereits erwähnt, ist die Islamic Development Bank eines von acht Geberorganisationen, die unter der Bezeichnung „Arab Aid“ bekannt sind. Arab Aid, bestehend aus den größten und bedeutendsten bi- und multilateralen Gebern in der arabischen Region und koordiniert seine Entwicklungszusammenarbeit über das Koordinationssekretariat des Arab Fund. Dieser Zusammenschluss und die Wertlegung auf eine Koordination untereinander läßt darauf schließen, dass die Akteure von Arab Aid gemeinsame Strategien verfolgen. Doch Länderstrategiepapiere gibt es kaum, und die, die es gibt, beziehen sich auf konkrete Umsetzungspläne, die wiederum die von mir gebrauchten Informationen nicht enthalten. Thematische Strategiepapiere werden ebenfalls größtenteils nicht veröffentlicht (vgl. IDB 2006: 1ff., IDB 2012, IDB-Group 2013: 1ff.). Die Islamic Development Bank (IDB) ist die einzige Organisation, die wenige thematische Strategiepapiere liefert, weswegen sie in dieser Arbeit als Fallbeispiel stellvertretend für die gesamte Gebergruppe analysiert wird.

Auch wenn die IDB kein rein arabischer Akteur ist, eignet sie sich hervorragend als Fallbeispiel für die Erforschung arabischer Entwicklungszusammenarbeit. Nicht nur aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu Arab Aid und der engen Zusammenarbeit dieser Akteursgruppe miteinander; sondern auch aufgrund der Tatsache, dass sie von arabischen staatlichen Akteuren gegründet wurde, von solchen geführt wird und sich ihr Hauptsitz ebenfalls in einem arabischen Land befindet. Zusätzlich erhält sie mit 38 % den größten Anteil der gesamten arabischen multilateralen Finanzmittel (vgl. Denney/Wild 2011: 2).

Analysematerial

Als Corpus für die Analyse fiel die Wahl auf drei verschiedene Dokumente der Islamic Development Bank, die als Grundsatzpapiere für die Entwicklungspolitik der Bank betrachtet werden können. Diese sind „The Islamic Development Bank Vision 1400 H. A Vision for Human Dignity“ aus dem Jahr 2006, „First Five-Year Strategy (2008-2012) for the Islamic Solidarity Fund for Development (ISFD)“ und „Policy Paper on Poverty Reduction“ aus dem Jahr 2007. Diese Dokumente wurden aus einer Auswahl an Materialien auf der Homepage der Islamic Development Bank ausgesucht, die u. a. Jahresberichte, Berichte über alljährliche Symposien, „Länderarmutsbewertungspapiere“ verschiedener Mitgliedsländer und „Partnerschaftsstrategiepapiere“ zur Verfügung stellt, wobei die Publikationsauswahl nicht vollständig ist, d. h. z. B. nur jeweils der aktuellste Jahresbericht einer Organisation der Bankgruppe zugänglich ist.

Methoden

In dieser Diplomarbeit kommt es zur Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring als Methode für die Analyse ausgewählter Politikpapiere der Islamic Development Bank (IDB). Die Inhaltsanalyse ist eine sozialwissenschaftliche Methode, die sich mit den Symbolen menschlicher Interaktion, also der Kommunikation, beschäftigt. Sie ist eine schlussfolgernde Auswertungsmethode, die Aussagen über bestimmte Kommunikationsaspekte ermöglicht. Die Inhaltsanalyse ist durch einen systematischen Analysevorgang gekennzeichnet, welcher durch explizite Regeln nachvollziehbare und überprüfbare Ergebnisse gewährleisten soll. Diese Systematik unterscheidet die Inhaltsanalyse von einer hermeneutischen Analyse, die mehr Spielraum für Interpretationen zulässt. Das Material – eine fixierte, also protokollierte Kommunikation – wird gemäß der Fragestellung analysiert und aufgrund des jeweiligen Theoriehintergrunds interpretiert; wobei einzelne Analyseschritte auch von theoretischen Überlegungen bestimmt werden können. Bei der Inhaltsanalyse kann man zwischen der quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse unterscheiden, wobei eine Mischform ebenfalls möglich ist. Mayring erachtet die gleichzeitige Nutzung qualitativer und quantitativer Analysetechniken als optimal. Denn vor allem bei der Verallgemeinerung von Ergebnissen kann die Häufigkeit einer Kategorie auf ihre Bedeutung hinweisen (vgl. Mayring 2000: 12ff., Mayring 2002: 114).

Qualitative Inhaltsanalyse

Die qualitative Inhaltsanalyse ist eine systematische Interpretationsmethode, bei der die Materialinhalte durch bestimmte Analyseschritte und -regeln (Ablaufmodell) systematisiert und überprüfbar gemacht werden. Dabei nutzt sie die Vorteile einer systematischen Analysetechnik, [...] ohne in vorschnelle Quantifizierungen abzurutschen“ (Mayring 2002: 114). Das Material wird stets innerhalb seines Entstehungs- und Wirkungskontextes analysiert. Die qualitative Inhaltsanalyse ist immer ein Prozess des Verstehens vielfältiger Sinnstrukturen im Analysematerial. Der zugrundeliegende Ansatz der Analyse ist die Übernahme der Perspektive des Autors. Dabei gilt jede Interpretation prinzipiell als unabgeschlossen, womit die Möglichkeit einer Re-Interpretation desselben Materials immer gegeben ist. Ziel der qualitativen Inhaltsanalyse ist die systematische Zusammenfassung des Materials sowie die Bildung von Kategorien. Obwohl die analytischen Kodier-, Kontext- und Auswertungseinheiten theoretisch begründet und vorab festgelegt werden sollen, um eine nachvollziehbare Analyse zu gewähr-

leisten, ist die Inhaltsanalyse kein Standardinstrument, sondern sollte immer an das Material und die Fragestellung angepasst werden (vgl. Mayring 2000: 29ff.).

Im Vorfeld einer qualitativen Inhaltsanalyse müssen die Vorkenntnisse des Autors über das Thema explizit dargelegt werden. Dabei werden Vorannahmen, theoretischer Hintergrund und eine theoretisch begründete Fragestellung formuliert. Von der Fragestellung ausgehend, kommt es zur Bildung von Kategorien, in der das analysierte Material eingeteilt werden kann. Diese Kategorienbildung stellt ein Selektionskriterium für das Analysematerial dar. Für eine Festlegung des Analysematerials, ist eine genaue Quellenkritik unerlässlich, bei der Hintergründe über die Entstehung des Analysematerials untersucht werden. Nach der formalen Beschreibung des Materials kommt es zur Festlegung der Analyseeinheiten und Interpretationstechniken. Bei letzteren gibt Mayring drei Grundtechniken an, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben: die Zusammenfassung; Explikation und die Strukturierung. Bei der Zusammenfassung geht es um eine Reduktion des Analysematerials auf wesentliche Inhalte und die Schaffung eines überschaubaren Corpus. Bei der Explikation werden ungewisse oder mehrdeutige Textteile durch andere Textstellen (enge Kontextanalyse) oder zusätzliches Material (weite Kontextanalyse), etwa durch eine lexikalisch-grammatische Erklärung, erläutert. Die Strukturierung hat das Ziel, bestimmte Gesichtspunkte aus dem Material zu extrahieren, unter vorher festgelegten Ordnungspunkten einen Querschnitt durch das Material zu legen oder auch das Analysematerial anhand bestimmter Kriterien zu bewerten. Dabei muss die Strukturierung aus der Fragestellung oder Theorie abgeleitet werden (vgl. Mayring 2000: 42ff.).

Kategorien

Für die Positionierung der Entwicklungszusammenarbeit der Islamic Development Bank, werden folgende Kategorien bei der Analyse der Dokumente untersucht: Begriffe, Konzepte und Definitionen für Entwicklung; entwicklungsrelevante Themen und Ziele; die Selbstwahrnehmung der Bank und die Benennung des eigenen Engagements; Motive; Strategien, Ansätze, Prinzipien und Instrumente; Akteure; und schließlich entwicklungsrelevante Indikatoren und Bezugnahmen auf Konventionen, Gipfel und Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit.

Zusammenfassung der Analysedokumente

“The Islamic Development Bank Vision 1400 H. A Vision for Human Dignity”

Entstehungssituation

Die 1975 gegründete Islamic Development Bank (IDB) hat das Mandat zur sozioökonomischen Entwicklung ihrer Mitgliedsstaaten im Einklang mit Prinzipien der islamischen Scharī'a inne. Nach Jahren der erfolgreichen Arbeit, so die IDB, kam die Forderung zur Erneuerung ihres Auftrages angesichts der großen strategischen Herausforderungen, mit der sich die Ummah, die islamische Gemeinschaft, konfrontiert sehe. Hintergrund sei eine in den Mitgliedsländern verbreitete extreme Armut und Rückständigkeit trotz einer wohlhabenderen islamischen Gemeinschaft (Ummah). Die Islamic Development Bank betraute eine Kommission mit der Beaufsichtigung der Entwicklung einer gemeinsamen langfristigen Vision für die Aktivitäten der Bank unter weitreichenden Konsultationsprozessen mit ihren Mitgliedsländern im März 2005. Die von Dr. Manathir Bin Mohamad geführte dreizehnköpfige Kommission wurde vom Sekretariat der IDB und u. a. von Beratern vom “Institute of Strategic and International Studies“ (ISIS) in Malaysia unterstützt. Aber auch zahlreiche regionale Workshops wurden abgehalten, um möglichst alle Bedürfnisse und Perspektiven der Mitglieder zu erfassen und in diesem Prozess einfließen zu lassen. Im Februar 2006 wurde abschließend ein dreitägiger Workshop in Jeddah abgehalten, wo Ideen und Konzepte für die Implementierung der Vision entwickelt wurden. Resultat dieses Prozesses ist das Dokument „The Islamic Development Bank Vision 1400 H. A Vision for Human Dignity“, das die Entwicklungsagenda der IDB bis zum Jahr 1400 nach der Hijra¹⁷ nach dem islamischen Kalender bzw. dem Jahr 2019 prägen soll (vgl. IDB 2006: 1ff.).

Formale Charakteristika

Das Dokument „The Islamic Development Bank Vision 1400 H. A Vision for Human Dignity“ ist ein 55-seitiges englischsprachiges Politikdokument der Islamic Development Bank, das von der „1440H Vision Commission“ verfasst wurde. Es enthält die Entwicklungsagenda der IDB

¹⁷ Die Hijra ist die Auswanderung des Propheten Muḥammads im Jahr 622 n. Chr. von Mekka nach Medina und markiert den Beginn der islamischen Zeitrechnung.

für die Jahre 2006-2019 und formuliert neben allgemeinen Prinzipien, wichtigen Herausforderungen für die muslimische Gemeinschaft, Entwicklungskonzept und die strategische Ausrichtung der IDB auch Reformziele für die Entwicklungsbank selbst. Ziel der Reform ist, die IDB in eine Weltklasseorganisation, vergleichbar mit anderen internationalen Finanzinstitutionen, umzuwandeln. In den letzten zwanzig Seiten des Dokuments kommt es zur Vorstellung der Mitglieder der Kommission und der teilnehmenden Berater (vgl. IDB 2006: 1ff.). Das Papier ist auf der Homepage der Islamic Development Bank (www.isdb.org) unter „Publications“ zu finden.

Inhaltliche Zusammenfassung

Das Dokument „The Islamic Development Bank Vision 1400 H. A Vision for Human Dignity“ zählt zunächst sechs allgemeine Herausforderungen auf, die in den Mitgliedsstaaten zu meistern wären:

1. Gesunde menschliche Entwicklung
2. Starkes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum
3. Gute Regierungsführung
4. Stärkung von Frieden und Stabilität auf der Welt
5. Gemeinsame Identität und starker Gemeinschaftssinn
6. Wiederherstellung des Rufs der islamischen Welt

(vgl. IDB 2006: 10ff.)

Nach der Ausformulierung der aufgezählten Herausforderungen, widmet sich das Dokument der Vorstellung seiner Vision von „Entwicklung“, die von da an die Grundlage jeglicher Aktivitäten der Bank sein sollten; die Vision der Bank ist ihr Aufstieg zu einer Entwicklungsbank auf einem Weltklasseniveau, die von islamischen Prinzipien geleitet wird und bis 2019 „[...] shall [...] has helped significantly transform the landscape of comprehensive human development in the Muslim world and helped restore its dignity“ (IDB 2006: 18). Das Leitbild dabei lautet die Erzielung einer sozioökonomischen Entwicklung in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Scharī‘a, also einem vom Islam inspirierten Entwicklungsweg (vgl. IDB 2006: 3ff.).

Entwicklungskonzept

Als Leitlinien für das Entwicklungskonzept der IDB dienen die islamische Scharī‘a und Akhlāq (Moral und Ethik). Laut der IDB ist die Entwicklung der menschlichen Person zentral für einen islamisch inspirierten Entwicklungsweg. Diese befähige den Menschen seine Aufgabe auf

dieser Welt zu erfüllen, welche in einer islamkonformen Lebensführung und einer Statthalterfunktion auf der Erde (Khilāfa) liege. Als Ziel und zentrales Element von menschlicher Entwicklung im Islam, nennt die IDB „Falāḥ“ (Glück; Erfolg). Dieses Ziel des menschlichen Wohlergehens soll gemäß der islamischen Lehre allen Ethnien, Religionen und Geschlechtern zuteilwerden und zu einer universellen Gerechtigkeit und Menschenwürde führen. Die islamischen Grundsätze Mitgefühl und Solidarität der Reichen mit den Armen sollen dabei eine wichtige Rolle spielen und die islamische Institution der Zakāt (die islamische Pflichtsozialabgabe¹⁸), Spenden (Sadaqāt) sowie islamische Stiftungen (Awqāf) als Kanäle für diese Solidarität fungieren (vgl. IDB 2006: 15f.).

Als Voraussetzungen für eine Entwicklung unter islamischen Gesichtspunkten nennt die IDB einen „anständigen“ Lebensstandard und ausreichend vorhandene Entfaltungs-, Aufstiegs- und Erfolgchancen für jeden Menschen. Denn die Erfüllung menschlichen Potenzials bilde einen wichtigen Aspekt eines guten Lebens (Ḥayātun Ṭayyiba). Gesundheit, gute Bildung, gleiche Chancen für Frauen in der Bildung und Arbeit sowie eine politische Partizipation aller würden eine gute Grundlage für Entwicklung schaffen, die durch ethische und moralische Werte und einer Überwindung unterer „Entwicklungsstufen“, Good Governance sowie Wettbewerbsfähigkeit und einer wirtschaftlichen Belastbarkeit in der modernen, wissensbasierten Wirtschaft, zu erreichen wäre (vgl. IDB 2006: 16).

Indikatoren und Bezugnahmen

Der UNDP-Index und das Pro-Kopf-Einkommen werden für die „Ermittlung“ des „Entwicklungsstands“ und Wohlstand herangezogen und die 1-\$-Marke für die Messung von extremer Armut. Das Dokument bezieht sich auf die Millenniumsziele sowie auf Transparency International für die Bewertung der internationalen Rangfolge von Mitgliedsstaaten bei Good Governance (vgl. IDB 2006: 10ff.).

Leitprinzipien

1. Islamische Gebote und umfassende menschliche Entwicklung;
2. Eigeninitiative der IDB;
3. Unterstützung und Kooperation mit Empfängerland in jedem Projekt unter Einbezug dessen Ansichten;

¹⁸ vgl. Zakaah: Usuulul-fiqhi wa qawaa'iduh. Einführung in die Belegquellen und ihre Hermeneutik sowie in die Fiqh-Regeln. Islamische Enzyklopädie, Band 7, Wien: Zaidan, Amir M. A., 2011, S. 319.

4. Ermittlung der Bedürfnisse und Bestrebungen der Zielgemeinschaft vor der Programmformulierung;
5. Enge Zusammenarbeit mit der Zielgruppe als wichtigster Akteur und Konsultation bei jeder Programmentwicklung und -gestaltung;
6. Unterstützung lokaler Initiativen;
7. Allgemeiner Ansatz sollte die Art und Weise der Ausführung von Projekten und nicht das Endprodukt sein;
8. Immer wo Initiativen, Kompetenzen oder Arbeitsethik fehlen, sollte die IDB in Betracht ziehen, Projekte selber auszuführen
(vgl. IDB 2006: 20).

Allgemeine Ziele

Basierend auf den genannten Herausforderungen für die islamische Welt, dem Ziel der IDB, den Status einer Entwicklungsbank auf Weltklassenniveau zu erreichen und ihre islamisch inspirierte Entwicklungsvision angesichts begrenzter Mittel innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens optimal zu realisieren, ergibt sich für die IDB die Notwendigkeit, ihre Entwicklungsagenda und Ressourcen auf wenige entscheidende und sorgfältig gewählte Prioritätsbereiche, so die Bank, zu fokussieren. Die Aufgabe der IDB besteht damit in der umfassenden menschlichen Entwicklung mit dem Fokus auf Armutsminderung und Förderung von Gesundheit, Bildung, Good Governance und „Prospering the People“ (vgl. IDB 2006: 18ff.).

Folgende schlüsselstrategische Ausrichtung formuliert die IDB für ihre Entwicklungsagenda bis zum Jahr 2019:

1. Reformierung der IDB
2. Armutslinderung
3. Gesundheitsförderung
4. Universelle Bildung
5. Prosper the People
6. Empowerment für Frauen ohne die Grundsätze des Islam zu verletzen
7. Ausbau der Islamischen Finanzindustrie
8. Integration der Wirtschaften von Mitgliedsländern unter einander und weltweit
9. Verbesserung des Rufs der islamischen Welt
(vgl. IDB 2006: 21).

Dabei werden diese ausführlich behandelt, in dem bei jedem Punkt Ziele, Strategien und die Entwicklungsakteure angeführt werden, die in den Augen der Bank die Verantwortung für die

Implementierung tragen sollen. Für das Ziel der Armutslinderung und Krankheitsbekämpfung wird die Gründung eines speziellen Fonds angekündigt (vgl. IDB 2006: 21ff.).

Ziele bis 2019

1. Verringerung der Bevölkerung, die von weniger als 1 US\$ pro Tag lebt, um $\frac{3}{4}$
2. Halbierung der Anzahl an Mitgliedsländern, deren Armutsrate gegenwärtig über dem Durchschnitt aller Mitgliedsstaaten von 40 % liegt
3. Reduzierung der Anzahl an Mitgliedsländern, deren Rate gegenwärtig unter 40 % liegt, um $\frac{3}{4}$ oder mehr
4. Reduzierung der Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren um $\frac{3}{4}$
5. Reduzierung der Sterblichkeitsrate von Müttern um 90 %
6. Nachhaltiges Aufhalten der Ausbreitung von Krankheiten wie HIV/AIDS und andere
7. Reduzierung der Anzahl der Bevölkerung ohne dauerhaftem Zugang zu sauberem Trinkwasser und Abwassersystemen um $\frac{2}{3}$
8. Universelle Grund- und Weiterbildung
9. Mindestens eine Verdoppelung des BNP aller Mitgliedsstaaten
10. Mindestens die Halbierung der Anzahl von LDCs unter den Mitgliedsstaaten
11. Mindestens 5 Mitgliedsstaaten sollen gemäß der Klassifizierung der Weltbank zum Status einer „entwickelten Nation“ aufsteigen
12. Mindestens die Halbierung der Einkommensungleichheiten in allen Mitgliedsländern
13. Förderung der Gleichstellung von Frauen in der Bildung und am Arbeitsmarkt sowie ihre politische Partizipation
14. 50 %iger Anteil an Frauen bei der Belegschaft der IDB
15. Aufbau einer ausgereiften und global wettbewerbsfähigen islamischen Finanzindustrie inn-erhalb von 5 Jahren
16. volle Integration in dynamische und produktive regionale, OIC-weite und globale Wirtschaftskooperationsvereinbarungen bis 2015
17. Verbesserung des Images der muslimischen Welt

(vgl. IDB 2006: 24ff.)

Darüber hinaus hat die IDB einen Strategieentwurf für die Förderung von Wachstumsbereichen erstellt, der je nach Land anzupassen ist. Dieser sieht Strategien vor, zur

1. Arbeitsplatzschaffung und Förderung der Mobilität von Arbeitern, v. a. zwischen Mitgliedsstaaten
2. Eine auf den Markt zugeschnittene formaler Bildung und lebenslanges Lernen, das ein Übergang in eine wissensbasierte Ökonomie erlaubt; Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte und Verhinderung ihrer Abwanderung
3. Verbesserung von Good Governance im öffentlichen und privaten Sektor
4. Entwicklung islamischer Finanzinstitute für die Finanzierung von Wachstum und menschlicher Entwicklung
5. Entwicklung einer umfassenden Infrastruktur im Verwaltungs-, Rechts-, Finanz-, Transport- und Kommunikationssektor, um Wirtschaftswachstum zu steigern, auch in Kooperation mit der Privatwirtschaft
6. Erweiterung des Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologien
7. Steigerung inländischer Spareinlagen und Investitionen, des Handels und Investitionsflüsse unter Mitgliedsländern und Anziehung ausländischer Direktinvestitionen
8. Förderung der Entwicklung von Landwirtschaft, Exportwirtschaft, Industrie, Dienstleistungs- und Privatsektor sowie Tourismus, v. a. unter den Mitgliedsländern
9. Diversifizierung von Einzelproduktökonomien, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit
10. Transformierung produktionsbasierter in wissensbasierte Ökonomien

(vgl. IDB 2006: 29f.)

Akteure und Entwicklungspartner

IDB, Regierungen und Privatwirtschaft sowie regionale und internationale Handels-, Entwicklungs- und Finanzierungsorganisationen, wie das Golfkooperationsrat (Gulf Cooperation Council; GCC), Arabische Maghreb Union (AMU), Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA), Südasiatische Vereinigung für Regionale Kooperation (SAARC), Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO), Verband Südasiatischer Nationen (ASEAN), Vereinte Nationen (UN), Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IMF) (vgl. IDB 2006: 16f.).

„First Five-Year Strategy (2008-2012) for the Islamic Solidarity Fund for Development (ISFD)“

Entstehungssituation

Das Dokument „First Five-Year Strategy (2008-2012) for the Islamic Solidarity Fund for Development (ISFD)“ wurde vom Präsidenten der IDB verfasst und gibt – wie der Name bereits sagt – die Entwicklungsstrategien für die ersten fünf Jahre des ISFDs vor. Der Solidaritätsfonds wurde im Jahr 2007 gemäß der Mekka-Deklaration von 2006 als Instrument für die Erreichung der Ziele Armutsminderung und Krankheitsbekämpfung der IDB gegründet. Dementsprechend bezieht sich das Papier auf das Dokument „Vision 1440 H – A Vision for Human Dignity“. Im Rahmen der Armutsreduzierung unterstützt das ISFD auch das „Special Programme for the Development of Africa“, welches in Einklang mit dem „OIC Ten-Year Programme of Action for the Ummah“ steht und die Beschleunigung der Erreichung der MDGs vorsieht. Das Fonds ist rechtlich gesehen ein Waqf, also Stiftung nach islamischen Prinzipien, und verfügt über ein Startkapital von 10 Milliarden US-Dollar (vgl. Ali 2007: 1f., IDB 2007: 7).

Formale Charakteristika

Das 16-seitige englischsprachige Dokument ist ein Strategiepapier für die Aktivitäten des islamischen Solidaritätsfonds (ISFD). Es spricht das Ausmaß der Armut in den Mitgliedsländern der IDB, ihren Stand bei der Erzielung der MDGs und die von ihnen verfolgte Strategie an. Außerdem werden Prinzipien, Leitlinien und Prioritätsbereiche ihres Engagements, Kriterien für die Förderung von Programmen und Projekten, ihre Implementierungsweise, ihre Kontrolle und die Bewertung ihrer Wirkung sowie die Beschaffung zusätzlicher finanzieller Ressourcen thematisiert. Dieses Dokument stellt keine konkreten Ziele auf, die zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden sollen. Das Dokument ist unter den Publikationen auf der Seite des Islamic Solidarity Fund for Development (<http://isfd.isdb.org>) unter „Foundation Documents“ zu finden.

Inhaltliche Zusammenfassung

Konzept und Strategie

Produktivität führe zu Wirtschaftswachstum und wiederum zu Armutsreduzierung. Dabei gelten „Hilfe zur Selbsthilfe“ und ein „Bottom-Up-Approach“ am effektivsten, wobei der Erfolg der Strategie nur bei einer expliziten Förderung von Frauen erfolgreich sein könne. Die Strategie der ISDF ist die Implementierung eines breitenwirksamen Wirtschaftswachstums (Pro Poor Growth) und die Förderung der Entwicklung von Humankapital (vgl. Ali 2007: 1ff.).

Indikatoren

Auch hier wird die Unterschreitung der 1-\$-Grenze pro Tag als extreme Armut definiert. Dafür bezieht sich das Strategiepapier auf den UN-Entwicklungsbericht „Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals“ aus dem Jahr 2005. Auch dieses Dokument bezieht sich auf die MDGs und spricht den Stand verschiedener Ländergruppen der Mitgliedsstaaten der IDB bei der Erreichung der Ziele an (vgl. Ali 2007: 2f.).

Ziele

Das Hauptziel ist eine nachhaltige Armutsreduzierung und Schaffung von Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Arme. Themenbereiche der Strategie sind: Landwirtschaft, menschliche Entwicklung, Basisinfrastruktur und die Unterstützung von Kleinunternehmen, wobei die Entwicklung von Kapazitäten und die Unterstützung von Frauen als Querschnittsthemen für diese vier Themenbereiche agieren (vgl. Ali 2007: 5ff.).

Leitprinzipien

Die Armutsreduzierungsprogramme des Fonds sollen

1. national angetrieben
2. resultatorientiert
3. gemeinschaftsbasiert
4. transparent und nachvollziehbar
5. effektiv und wirkungsvoll
6. mehrjährig
7. multisektoral

sein (vgl. Ali 2007: 5).

„Policy Paper on Poverty Reduction“

Entstehungssituation

Nach einem mehrjährigen Prozess wurde beim „3rd Extraordinary OIC Summit“ in Mekka im Dezember 2005 Armutsreduzierung zur obersten Priorität erklärt und im Mai 2006 wurde die Gründung des Islamic Solidarity Fund for Development (ISFD) beschlossen, der die Schirmherrschaft für alle Armutsminderungsaktivitäten der IDB übernommen hat. Diese Aktivitäten basieren auf intensiven Forschungsprogrammen, die weitmöglich auf vorhandene Erfahrungen aufbauen. Die Strategien für die Förderung der Rolle von Frauen bei der Armutsminderung und im Entwicklungsprozess allgemein wurden vom „Women’s Advisory Panel“ formuliert, die auf der Grundlage der 13. alljährlichen IDB-Versammlung in Ouagadougou mit dem Titel „Women in Poverty Alleviation: Better Access to Education and Microfinance“ gebildet wurde. Die Aufgabe des Panels ist der Entwurf eines strategischen Rahmenwerks für Gender-Fragen (Mainstreaming Women), um diese in die Aktivitäten der Bankgruppe einzubinden. Die Identifikation, Implementierung und Evaluierung von Projekten erfolgen nach festgelegten Vorgehensweisen (vgl. IDB 2007: 7ff.).

Formale Charakteristika

Das Dokument ist ein 52-seitiges englischsprachiges Dokument, bei dem keine spezifischen Autoren aus der Islamic Development Bank genannt werden. Es versucht zunächst Armut zu definieren und die Herausforderungen bei der Linderung von Armut aufzuzählen. In den nächsten Kapiteln erstellt die IDB ein Konzept für Armutsminderung, bespricht die Strategien für die Prioritätsbereiche der Armutsminderungspolitik der IDB und erstellt einen Implementierungsplan für ihre Politik. Im Anhang skizziert es u. a. die Maßnahmen dreier Best Practice-Beispiele in der Armutsminderungspolitik und die Komplexität des Armutsbegriffes kurz. Das Dokument ist unter den Publikationen auf der Seite des Islamic Solidarity Fund for Development unter „Foundation Documents“ zu finden.

Inhaltliche Zusammenfassung

Konzept

Das Dokument thematisiert die Konzepte von Entwicklung und Armut. Bei ersterem bezieht es sich auf „Human Dignity“ als Entwicklungsansatz, wobei es sich natürlich auf das Dokument „A Vision for Human Dignity“ bezieht. Aufgrund der islamischen Verpflichtung zu harter Arbeit und auch zu Solidarität mit den Armen lautet der Ansatz der IDB: „Hilfe zur Selbsthilfe“. Armut selbst wird hier als vielfältiges Phänomen mit mindestens vier verschiedenen Dimensionen verstanden, die über das Einkommen hinausgehen: fehlende Möglichkeiten, fehlende Fähigkeiten, fehlende Sicherheit und fehlendes Empowerment (vgl. IDB 2007: 8).

Indikatoren

Laut dem Dokument werden für die Bewertung von Armut und Ableitung von Politikmaßnahmen eine kluge Kombination von einkommensbasierten, indikatorbasierten, partizipatorischen und genderbasierten Informationen verwendet (vgl. IDB 2007: 13), die aber nicht genannt werden.

Ansatz und Strategie

Schlüsselaspekte für die Armutsreduzierung sind laut dem Dokument die Förderung von Gesundheit, Allgemeinbildung, Wohlstand und Gedeihen (Prosperity) sowie Empowerment von Frauen. Wirtschaftswachstum gilt als Entwicklungsmotor, wobei die Teilhabe von Armen gefördert werden soll, v. a. durch Beschäftigungsmöglichkeiten. Aus diesem Grund lautet die Strategie des Papiers die Herbeiführung eines schnellen Wirtschaftswachstums über einen längeren Zeitraum verbunden mit Pro-Poor Projekten sowie zielgerichteten Interventionen in den Bereichen soziale und menschliche Entwicklung (vgl. IDB 2007: 7ff.).

Ziele

1. Breitenwirksames Wachstum und gerechte Verteilung
2. Frauenförderung
3. Betonung menschlicher Entwicklung
4. Soziale Sicherungsnetze für Arme
5. Gute Regierungsführung und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungssektoren für Arme
6. Förderung des Einsatzes und eines vollständigen Ownership von Mitgliedsstaaten

(vgl. IDB 2007: 16ff.)

Akteure

Eine Partnerschaft aus Regierung, Privatwirtschaft, Waqf- und Zakāt-Organisationen, NGOs und gesellschaftsbasierte Gruppen in verschiedenen Konstellationen bei der Planung, Finanzierung und Durchführung von Projekten. Die Bewertung erfolgt durch die IDB selbst (vgl. IDB 2007: 26ff.).

Analyse

Korrelation der drei analysierten Dokumente

Die Dokumente „Policy Paper on Poverty Reduction“ und „„First Five-Year Strategy (2008-2012) for the Islamic Solidarity Fund for Development (ISFD)“ beziehen sich jeweils auf das „3rd Extraordinary OIC Summit“ in Mekka im Dezember 2005, das „Armutssenkung“ zur obersten Priorität erklärt und die Gründung des Islamic Solidarity Fund for Development (ISFD) angekündigt hatte – was ein Jahr darauf offiziell beschlossen wurde. Weiters beziehen sich beide Dokumente auch auf „The Islamic Development Bank Vision 1400 H. A Vision for Human Dignity“, welches die strategische Ausrichtung der Entwicklungsagenda der IDB für die Jahre 2006-2019 vorgibt. Während die „First Strategy“ sich auf die Mission der Armutsreduzierung als allumfassendes strategisches Ziel und die Unterziele Armutsminderung, Gesundheitsförderung, universelle Bildung, „Prospering the People“ und Empowerment von Frauen bezieht und aufgrund dessen zwei Hauptstrategien für die Erreichung dieser Ziele formuliert, bezieht sich das „Policy Paper on Poverty Reduction“ auf die selbigen (Unterziele) als Schlüsselaspekte für Armutsreduktion und Ausgangspunkt für die Aufgabenstellung des Politikpapiers; versucht aber auch Konzepte für „Entwicklung“ und „Armut“ zu liefern und aufgrund dessen die Entwicklungspolitik zu formulieren. Das Dokument „First Strategy“ bezieht sich auf das „Policy Paper on Poverty Reduction“, welches den Entwicklungsansatz, der bei der Formulierung und Implementierung aller Programme und Projekte des Fonds zur Anwendung kommt, liefert (vgl. Ali 2007: 14).

Trotz scheinbarer Abweichungen der drei Papiere in manchen Strategien oder Zielen, bleiben diese miteinander kohärent. Die vermeintlichen Abweichungen können auf die teilweise differierenden Bezeichnungen und Aufteilungen zurückgeführt werden. Die „Vision for Human Dignity“ gibt die strategische Ausrichtung der Entwicklungsagenda der IDB für die Jahre 2006-2019 vor, während die „First Strategy“ und das „Policy Paper“ auf die Erreichung eines Teilaspekts der „Vision“, der Armutsminderung und „ihrer Begleiter“, abzielen.

Konzepte

Um die Entwicklungs- bzw. Armutskonzepte der IDB nachvollziehbar zu gestalten, werden sie zunächst ausführlich dargestellt, die Aussagen prägnant zusammengefasst und dann erst besprochen. Gerade das Entwicklungskonzept der IDB aus ihrem Dokument „A Vision for Human Dignity“ ist sehr spezifisch und unterscheidet sich von gängigen Konzepten.

Entwicklungskonzept: „A Vision for Human Dignity“

Der Fokus eines islamisch inspirierten Entwicklungswegs liegt laut dem „Vision for Human Dignity“ in der Entwicklung der menschlichen Person, um ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe auf der Welt zu ermöglichen, welche in einer von Allah gebotenen Lebensweise sowie einer Statthaltung auf der Erde (Khilāfa) liege. Als Leitlinien dieses Entwicklungsansatzes sollen die islamische Scharī'a und Akhlāq (Moral und Ethik) dienen. Die IDB bedient sich bei der Festlegung ihrer Entwicklungsziele den islamischen Konzepten des menschlichen Wohlergehens „Falāḥ“ bzw. „Sa'āda“, die je nach Kontext Glück, Freude, Glückseligkeit, Wohlstand bzw. Erfolg bedeuten, und eines guten Lebens (Ḥayātun Ṭayyiba) im Diesseits und Jenseits. Beide seien nur durch eine ausgeglichene Befriedigung der materiellen und spirituellen Bedürfnisse aller Menschen zu erreichen. Für die Erreichung dieser ausgeglichenen Befriedigung beider Bedürfnisse für die ganze Menschheit, betone der Islam ein starke Bedeutung von Menschenwürde (Human Dignity), Brüderlichkeit und sozio-ökonomischer Gerechtigkeit für alle. Eine optimale und ausgeglichene menschliche Entwicklung brauche laut der IDB Wissen (‘Ilm), welches aus religiösem Wissen und Wissen für den weltlichen Fortschritt bestehe. Die Erlangung beider Arten von Wissen sei eine religiöse Pflicht für Muslime und gelte als gottesdienstliche Handlung. Außerdem gelte das Streben nach Wissen und wirtschaftlicher Verbesserung als wichtige Anstrengung im Leben (Jihād). Neben dem Wissen brauche eine ausgeglichene menschliche Entwicklung auch ethisches Handeln (‘Amal Ṣāliḥ). Dieses beinhaltet ein menschliches Handeln nach Wissen und Weisheit (‘Ilm und Ḥikma), Gerechtigkeit und Anstand (‘Adl), Fürsorge für das Wohlergehen von Armen und Unterprivilegierten, Mäßigung (‘Iffā) und Vertrauenswürdigkeit (Amāna). Zudem verbieten die Prinzipien des Tawḥīd (der Verinnerlichung der Lehre über die Einheit und Einzigkeit Gottes nach islamischer Definition¹⁹) jegliche Ausbeutung, Unterdrückung, Exklusion oder Diskriminierung aufgrund

¹⁹ vgl. tauḥīd: Usuul-fiqḥi wa qawaa'iduh. Einführung in die Belegquellen und ihre Hermeneutik sowie in die Fiqh-Regeln. Islamische Enzyklopädie, Band 7, Wien: Zaidan, Amir M. A., 2011, S. 319.

sprachlicher, nationaler, ethnischer, religiöser oder weltlicher Anschauungen. Darüber hinaus verlange der Islam hohe Moral und Sittlichkeit vom Einzelnen und der Gesellschaft. Laut der IDB betonen all diese Elemente die Wichtigkeit von Good Governance im Islam (vgl. IDB 2006: 15f.).

Ziel der Scharī'a sei das menschliche Wohlergehen; dieses könne durch den Schutz von Glaube und Überzeugung, Leben, Intellekt, Wohlstand und Nachkommenschaft sowie vollkommene Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Weisheit, die alle Aspekte des Lebens durchdringen, erreicht werden. Als ultimatives Ziel und zentrales Element von menschlicher Entwicklung im Islam, nennt die IDB Falāḥ, dessen höchste Steigerung ein spirituell-intellektueller und ethischer Status der Seele, die Sa'āda sei.

Entwicklung aus islamischer Perspektive sei eine universelle, die Ethnien, Religionen und Geschlechtern zuteilwerden soll, genauso verhielte es sich mit Menschenwürde und Gerechtigkeit, die alle als universell gelten. Ein wichtiger islamischer Grundsatz dabei sollen die Solidarität der Reichen mit den Armen und Mitgefühl sein; die islamischen Institutionen Zakāt, Spenden- (Sadaqāt) sowie Stiftungswesen (Awqāf) sollen als Kanäle für diese Solidarität dienen. Eine gesunde Grundlage für die Entwicklung unter islamischen Gesichtspunkten werde dann herrschen, wenn die Menschen einen anständigen Lebensstandard genießen und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung haben sowie Chancen zum Aufstieg ausreichend vorhanden sind, da die Erfüllung menschlichen Potenzials ein wichtiger Aspekt eines guten Lebens (Ḥayātun Ṭayyiba) sei. Durch Gesundheit, gute Bildung, gleiche Chancen für Frauen bei Bildung und Arbeit und politische Partizipation aller würde eine robustere Grundlage für Entwicklung entstehen. Und gesicherter wäre diese, wenn ethische und moralische Werte verfolgt würden und die unteren „Stufen“ menschlicher Entwicklung überwunden werden würden, Wettbewerbsfähigkeit und Belastbarkeit in der modernen, wissensbasierten Wirtschaft gegeben wären und Good Governance herrschen würde (vgl. IDB 2006: 15f.). Damit werden die Bedingungen, die „ein gutes Leben“ bzw. die „Entwicklung“ sichern, in diesem Dokument von der Wichtigkeit her abnehmend gestaffelt.

Für ein besseres Verständnis kann zusammengefasst werden, dass ein islamisch inspirierter Entwicklungsweg die Entfaltung der Person und ihr Wohlergehen in den Mittelpunkt der Bemühungen stellt. Ziel ist ein gutes Leben (Ḥayātun Ṭayyiba) im Diesseits und Jenseits und das ultimative Ziel ist die Erreichung von Falāḥ (Glück, Erfolg) und dessen höchste Steigerung Sa'āda. Beim menschlichen Wohlergehen geht es um den Schutz von Religion, Leben, Intellekt, Wohlstand und Nachkommenschaft sowie um eine alle Aspekte des Lebens durchdringende,

vollkommene Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Weisheit. Die Entfaltung menschlichen Potenzials stellt einen Aspekt des guten Lebens dar. Wohlergehen und ein gutes Leben (bzw. *Entwicklung*) kann durch eine ausgeglichene Erfüllung materieller und spiritueller Bedürfnisse erreicht werden, was wiederum durch rechtes Wissen, Sittlichkeit und ethisches und gerechtes Handeln ermöglicht wird. Zentrale Werte dafür sind Human Dignity, Brüderlichkeit und sozio-ökonomische Gerechtigkeit. Als gute Grundlage für Entwicklung nennt die IDB einen guten Lebensstandard, Entfaltungsmöglichkeiten, gute Regierungsführung und politische Partizipation sowie eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft (vgl. IDB 2006: 15f.).

Entwicklungskonzept: „Policy Paper on Poverty Reduction“

Das Dokument „Policy Paper on Poverty Reduction“ baut sein Entwicklungskonzept auf zwei Argumentationslinien auf: Human Dignity, die menschliche Würde, nennt die IDB neben Brüderlichkeit, sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit eine natürliche und unantastbare logische Konsequenz des Menschseins. Diese Betonung von Human Dignity erfordere die Aufwendung von Ressourcen für die Sicherung des Wohlergehens von Menschen, wobei dieses über das Einkommen hinaus alle Aspekte des Lebens, die wichtig für die Wahrung der Menschenwürde sind, umfasse. Neben der Spiritualität beinhaltet diese lebenserhaltende Elemente, und solche, die ein gesundes, komfortables und produktives Leben ermöglichen. Als Mindestanforderungen für Menschenwürde werden die Verfügbarkeit angemessener Nahrung und Behausung, Grundausbildung und Gesundheitsversorgung, Abwasserversorgung und öffentliche Verkehrsanlagen zu leistbaren Preisen angegeben.

Die zweite Argumentationslinie spricht die islamische Verpflichtung zur Solidarität mit Armen und zu harter Arbeit für die Sicherung der eigenen Versorgung an. Da für eine angemessene selbstständige Versorgung neben Wissen und Beschäftigungsmöglichkeiten, auch Gesundheit und Stärke wichtig seien, seien eine angemessene Gesundheitsversorgung, behagliches Wohnen, eine saubere und gesunde Umwelt und andere Annehmlichkeiten nötig. Und da die Verantwortung des Individuums zum Verdienst des eigenen Lebensunterhalts auch die Verantwortung der Gesellschaft und Staates darstelle, Möglichkeiten für angemessenes Wohnen und eine Grundversorgung zu leistbaren Preisen zu sichern, akzeptiere die IDB die entwickelte Sichtweise der Multidimensionalität von Armut, die neben einem niedrigen Einkommen und Konsum auch mangelnde oder unzureichende Bildung, Ernährung, grundlegende Gesundheitsversorgung, Zugang zu Wasser- und Abwasserversorgung, Behausung, Krisenbewältigungskapazitäten, Sicherheit und alle anderen Formen menschlicher Entwicklung umfasse. Armut werden vier verschiedene Dimensionen zugeschrieben, die über das Einkommen hinausgehen:

ein Mangel an Möglichkeiten (Zugang zum Arbeitsmarkt, Beschäftigungsmöglichkeiten, Mobilität, Zeit – bzw. ein höherer Zeitaufwand, den man leisten muss), ein Mangel an Fähigkeiten/Chancen (fehlender Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung), fehlende Sicherheit (Anfälligkeit für ökonomische Risiken sowie für zivile und häusliche Gewalt und eine mangelnde Ermächtigung (ohne Stimme und ohne Macht zuhause, in der Gesellschaft und auf nationaler Ebene zu sein) (vgl. IDB 2007: 12).

Während das menschliche Wohlergehen laut der „Vision for Human Dignity“ von Faktoren wie Menschenwürde, sozio-ökonomische Gerechtigkeit und Wissen abhängig ist, wird die Sicherung des Wohlergehens im „Policy Paper on Poverty Reduction“ mit der menschlichen Würde *gleichgesetzt*. Im „Policy Paper“ umfasst Wohlergehen Spiritualität, Einkommen, Gesundheit, Komfort und Produktivität, während es laut der „Vision“ zwar durch eine balancierte Erfüllung materieller und spiritueller Bedürfnisse erreicht werden kann, jedoch auch die Aspekte Weisheit, Sicherheit und Schutz, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Weisheit umfasst, was über das Konzept des „Policy Papers“ hinausgeht. Die Mindestanforderungen für ein Wohlergehen sind laut dem „Policy Paper“ angemessene und leistbare Nahrung, Behausung, Grundausbildung und Gesundheitsversorgung, Abwasserversorgung und öffentliche Transportinfrastruktur. Dieselben sind auch die Anforderungen für eine selbstständige Versorgung; ein Mangel an diesen Elementen gilt als Armut, womit es zur Gleichsetzung von Armut mit fehlender Menschenwürde bzw. zur Opposition von Armut und Human Dignity kommt, da sie sich in diesem Konzept gegenseitig ausschließen. In der „Vision for Human Dignity“ wird die Korrelation zwischen Armut, Human Dignity und menschliches Wohlergehen wie folgt beschrieben: nichts mindere Menschenwürde und Wohlergehen so sehr, wie Armut (vgl. IDB 2006: 24). Ziel der Entwicklungsagenda der IDB, die durch dieses Dokument bestimmt wird, ist die Wiederherstellung von Menschenwürde durch Entwicklung (vgl. IDB 2006: 35).

Auffällig ist, dass die „Vision for Human Dignity“ auch die menschliche Würde zusammen mit Brüderlichkeit, sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit erwähnt – im „Policy Paper on Poverty Reduction“ als unantastbare Menschenrechte (vgl. IDB 2007: 8). Diese Aussage erinnert an die allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, die Würde und Gleichheit zu unveräußerlichen Menschenrechten erklärt. Diese sind laut der Erklärung auch die Voraussetzungen für Gerechtigkeit auf der Welt; Brüderlichkeit im Umgang miteinander wird im 1. Artikel zwar nahegelegt, jedoch nicht als Menschenrecht definiert. Soziale Gleichheit wird in der Erklärung hingegen nicht explizit erwähnt, jedoch das Recht auf soziale Sicherheit im

Artikel 22 angegeben sowie die Umsetzung sozialer, ökonomischer und kultureller Rechte (die jedoch weder näher benannt werden, noch automatisch eine gleiche Verteilung voraussetzen) und auch eine angemessene Entlohnung für Arbeit werden als unabdingbar für die menschliche Würde verstanden (vgl. OHCHR 2008: 1ff.). Jedoch haben einige wenige islamische Länder – die ja Mitglieder der Organisation for Islamic Cooperation (OIC) sind – die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen abgelehnt und nicht ratifiziert, weswegen die OIC im Jahr 2000 die Resolution Nr. 60 für die „Cairo Declaration on Human Rights in Islam“ verabschiedet hat und damit als Referenzdokument für *alle* Mitglieder der Islamic Bank gilt (vgl. OIC [Jahr], Price 1999: 158). In dieser wird ebenfalls die Menschenwürde als zentrales Element betont, genauso wie Gerechtigkeit und Gleichheit; Brüderlichkeit kommt in der Deklaration nicht vor, genauso wenig wie soziale Gleichheit, dafür aber soziale Sicherung (vgl. University of Minnesota 1993).

Letztendlich ergaben die Recherchen, dass die Millenniumserklärung die Wahrung von „Human Dignity“, Gleichheit und Gerechtigkeit als globale kollektive Verantwortung betrachtet (vgl. UNO 2000). Da sich die IDB mehrmals auf die MDGs bezieht, besteht die Möglichkeit, dass die IDB dieses Konzept übernommen und mit dem Begriff „Brüderlichkeit“ eine islamische „Dimension“ hinzugefügt hat. Natürlich sind diese Werte allgemein erstrebenswert und spiegeln jahrzehntelange Forderungen der Länder des „Südens“ wider, so dass Parallelen zu anderen „Forderungen“ oder „Erkenntnissen“ zufällig sein können. Dass die IDB die Schaffung von Bedingungen für „Human Dignity“ in der Verantwortung von Staat und Gesellschaft sieht, entbindet Arme von der Schuldzuweisung für ihre Situation, die typisch für die Modernisierungstheorie ist und aufgrund des hartnäckigen Bestandes deren Konzepte und Sichtweisen, wahrscheinlich heute noch von manchen Akteuren vertreten wird.

Ebenfalls auffällig ist, dass im Dokument von einer „Akzeptanz“ der Auffassung einer Multi-dimensionalität von Armut die Rede ist – obwohl die IDB bzw. ISFD in den hier analysierten Dokumenten, nicht zuletzt aufgrund ihres eigenen Entwicklungskonzepts „A Vision for Human Dignity“ davon ausgehen und ihre Armutspolitik darauf aufbauen. Mit den im „Policy Paper“ aufgezählten Faktoren für Armut (Gesundheit, universelle Bildung, „Prospering the People“ Empowerment von Frauen) beruft sich das ISFD – ohne sich auf ein spezifisches Dokument zu beziehen – auf internationale „Standards“ bei der Armutsdefinition. Die vier Dimensionen von Armut als fehlende Möglichkeiten, Fähigkeiten, Sicherheit und Empowerment umfassen die zuvor angesprochenen Aspekte von Armut, wobei sie mit den Aspekten der politischen und gesellschaftlichen Partizipation und der Bedrohung von Gewalt über diese hinausgehen. Sie

erinnern an den „Compability Approach“ eines Amartya Sen – auch was die Betrachtung von „Entwicklung“ als Wohlergehen im Gegensatz zur traditionellen Sicht als Wohlstand angeht (vgl. Sen 2000: 87) – welcher mittlerweile im vorherrschenden Entwicklungsdiskurs als ein allgemein akzeptierter Gegenentwurf zu einer rein monetären Auffassung von Armut gilt, auch wenn es politisch nicht unbedingt umgesetzt wird. Die IDB knüpft mit ihrer Auffassung an den westlichen Entwicklungsdiskurs bzw. Human Development Report der Vereinten Nationen oder auch Millenniumszielen an (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 4, Schneider 2010: 17f.). Im Verlauf des Dokuments bezieht sich die IDB dann tatsächlich auf die Millennium Development Goals, die diese angesichts der Komplexität und Problematik des Armutsbegriffs als hilfreich für die Definition und Identifikation von Armut erachtet. Denn einerseits gliedern die MDGs Bildung, Gesundheit, Gender Equality und die Rolle von Frauen und Nachhaltigkeit in der Umwelt in die Armutsdefinition ein, sehen bei der Armutsminderung Entwicklungspartnerschaften vor und bieten zudem breite quantifizierbare Zielformulierungen an, so die IDB; Andererseits sind die MDGs Teil der globalen Entwicklungsagenda und wurden von nahezu allen UNO-Mitgliedern – und damit auch allen IDB-Mitgliedsstaaten – ratifiziert und stehen aufgrund dessen im Zentrum nationaler, multilateraler und zivilgesellschaftlicher Entwicklungspläne und Armutsminderungs- und Frauenförderungsprogramme, reflektieren zudem auch nationales Ownership und Konsensbildung (vgl. IDB 2007: 8ff.). Inwieweit sich die IDB von den MDGs inspirieren lässt, wird bei der Zielformulierung der IDB deutlich, denn sie betrachtet die MDGs nicht nur als mit ihrer „Vision for Human Dignity“ kompatibel, sondern nimmt sie als Referenzpunkt für die Ausführung und Messung von armutsmindernden Aktivitäten – jedoch nicht ohne sich das Recht vorzubehalten, die Millenniumsziele auf das jeweilige Land bzw. Projekt- oder Programmbedingungen anzupassen (vgl. IDB 2007: 13).

Wichtig zu erwähnen ist, dass die Armutsdefinition aus der Sicht der IDB nur der Beginn für die Frage nach den Ursachen und ihrer Beseitigung darstellt. Zwar gibt diese im „Policy Paper“ eine komplexe Interaktion historischer, sozialer und kultureller Faktoren innerhalb eines bestimmten institutionellen Rahmens als Ursache für Armut an; doch nur durch die Erkennung des Problems über das Syndrom hinaus, kann ein erfolgreicher Lösungsansatz angewandt werden, so die IDB. Aus diesem Grund gibt die IDB an, passende analytische Instrumente für die Identifikation von Ursachen, etwa durch Logical Frameworks, entwickeln zu wollen, um im Vorfeld einer Projektimplementierung beurteilen zu können, ob dieses greifen würde (vgl. IDB 2007: 13f.). Was die Ursachen von Unterentwicklung, Armut und Arbeitslosigkeit anbelangt, so wurde bereits erwähnt, dass die IDB neben den hier genannten Faktoren auch die

mangelnde Einhaltung der islamischen Lehre sowie die geographische Lage (hier ist Sub-Sahara-Afrika gemeint) und eine schwache wirtschaftliche Entwicklung als Ursachen nennt (vgl. IDB 2006: 11). Bei letzteren wird die ökonomische Dimension von Armut bzw. Unterentwicklung angesprochen. Dass eine geographische Lage per se jedoch als Armutsfaktor betrachtet wird, erinnert an die alte Geodeterminismustheorie, die heute noch, beispielsweise in Jeffrey Sachs, (prominente) Befürworter findet. Womit die IDB mit dieser Ansicht durchaus dem vorherrschenden Entwicklungsdiskurs entspricht; immerhin hat Sachs zu den Millenniumsentwicklungszielen beigetragen und wirkt zurzeit an der Gestaltung der Post-2015-Agenda mit (vgl. Martens 2013: 28f., Vries 2013: 84f.). Die Ansicht, dass kulturelle Determinanten Armut und Unterentwicklung verursachen sollen, ist aber sogar im herrschenden Entwicklungsdiskurs längst überwunden. Hier scheint die IDB an alte Vorstellungen aus den 1950er und 60er Jahren anzuknüpfen, die „Entwicklung“ als linearen Prozess betrachten, Gesellschaften auf verschiedene „Entwicklungsstufen“ stellen und „Traditionen“ bzw. nicht-westliche Kulturen als entwicklungshemmend betrachten (vgl. Glotzbach/Hildebrandt/Krüger 2007: 3, Ziai 2010: 24). Diese Sichtweise stellt westliche Gesellschaften auf eine höhere „Entwicklungsstufe“, womit sie die Lösung des „Entwicklungsproblems“ in ihrer Nachahmung sieht – dabei verfolgt die IDB mit der „Vision for Human Dignity“ ja explizit einen eigenen Entwicklungsweg und eine Abgrenzung zu anderen Entwicklungsorganisationen in dieser Hinsicht ist ebenfalls explizit gewollt; zudem ist diese betonte Unterscheidung ja kulturell determiniert. Hier stellen sich die Fragen: stellt das ein Widerspruch dar? Oder erkennt die IDB Elemente aus Entwicklungstheorien selektiv an und stellt sich dadurch eine eigene, angepasste Entwicklungstheorie und -diskurs zusammen? Oder stammen die Aussagen gar aus anderen, möglicherweise eigenen, Theorien, die hier impliziert werden?

Konzept: „Unterentwicklung“

Die im Dokument „A Vision for Human Dignity“ identifizierten Herausforderungen der islamischen Welt stellen die Symptome für Unterentwicklung dar, die es durch die strategische Ausrichtung der islamischen Entwicklungsbank zu beheben gilt. Als Hauptproblem erachtet die IDB die niedrigen Wachstumsraten in den Ökonomien der Mitgliedsländer und die dadurch erschwerte Weltmarktintegration. Neben unterentwickelten Privatwirtschaften, kargen Infrastrukturen und wachstumsblockierenden hohen Schuldendienstquoten, sollen auch billige, mit Mitgliedsstaaten der IDB konkurrierende, Arbeitskräfte aus China und Indien eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit dieser Wirtschaften verursachen. Aber auch strukturelle Probleme, etwa Marktliberalisierungen und der gegen Entwicklungsländer gerichtete Abbau von Handelsbar-

rieren, kritisiert die IDB in diesem Zusammenhang. Für eine moderne, überlebensfähige Ökonomie ist laut der IDB eine Transformation in eine wissensbasierte Ökonomie absolut nötig. Das Ziel einer gemeinsamen Identität als Schicksalsgemeinschaft sowie Bewusstsein und Empathie als Mitglieder der Ummah hat den Hintergrund, dass diese laut der IDB nur als Einheit aufblühen und Ungerechtigkeiten innerhalb dieser eliminieren könne. Frauen betrachtet die IDB als größtes Reservoir an unerschlossenem Reichtum und „unerfüllter Würde“ in der muslimischen Welt. Nur durch die völlige Erschließung des gewaltigen Potentials von Frauen, die die Hälfte der Population in muslimischen Ländern ausmachen, könne das Humankapital dieser Länder voll ausgeschöpft werden. Durch die Einheit der Muslime und Überbrückung der Differenzen sollen externe Mächte daran gehindert werden, die Ummah zu unterminieren, zu dominieren und Spaltung unter ihren Mitgliedern zu säen. Die derzeitige Spaltung führe zu mangelnder Solidarität, Kapitulation und einer zögerlichen muslimischen Initiative (vgl. IDB 2006: 10ff.). Damit betrachtet die IDB diesen „Mangel“ gleichzeitig als Symptom und Ursache für Unterentwicklung. Diese Sichtweise unterstreicht die islamische Ausrichtung der IDB, denn Einheit und Einigkeit gelten in der islamischen Lehre als Gebot. Beispielsweise heißt es im Koran in der Sure 3, Vers 103: „Und haltet fest an Allahs Dīn²⁰ – allesamt, und zersplittert euch nicht! [...]“ (vgl. Zaidan 2000: 62). Denn Spaltung führe zu Schwäche. Den „schlechten Ruf“ der islamischen Welt *innerhalb* und *außerhalb* dieser erachtet die IDB ebenfalls als symptomatisch für Unterentwicklung; denn dieser sei das Resultat von Armut, Rückständigkeit, Intoleranz, repressiven Regierungen, Diskriminierung von Frauen und Extremismus, die in diesen Ländern herrschen. Zusätzlich hätten mächtige westliche Mächte und Medien das Image von Muslimen seit dem 11. September geprägt, die sie als zu Gewalt und Terrorismus neigend, darstellen. Diesen Ruf gilt es wiederherzustellen (vgl. IDB 2006: 13f.).

Ansätze

Wie bereits erwähnt, wird im Dokument „Vision for Human Dignity“ die islamisch inspirierte Entwicklung als Entwicklungsansatz vorgestellt. Der dabei verfolgte Ansatz lautet Entwicklung durch Wirtschaftswachstum. Dabei geht es um die Schaffung eines hohen, wohlstandserzeugenden Wirtschaftswachstums, etwa durch eine Güterproduktion, die nachhaltig ist und gerecht verteilt wird (→ „Prosperity“). Denn Produktivität führe zu Wirtschaftswachstum und letzteres wiederum zu Armutsreduzierung. Auf lange Sicht jedoch, habe Bildung – verbunden mit angemessenen Beschäftigungschancen – das größte nachhaltige Potential. Bei ihr sollen quantitative

²⁰ religiöse und profane, von Allah gebotene, Lebensweise (vgl. Zaidan 2000: 62).

und qualitative Aspekte beachtet werden: Sekundarschulen sollen eine Vorbereitung auf den späteren Arbeitsplatz darstellen; das Bildungssystem soll moralische Werte, ethische Grundsätze und eine Leidenschaft für lebenslanges Lernen vermitteln. Außerdem soll es zur Entwicklung von Wissen und Kapazitäten kommen, die einer wissensbasierten Wirtschaft dienlich sind, wie kritisches Denkvermögen und eine starke Bildungsgrundlage in Human- und Naturwissenschaften. Die Entwicklung von Weltklasse Wissenschafts- und Technikinstituten ermögliche eine volle Partizipation in einer wissensbasierten Ökonomie. Denn die IDB geht davon aus, dass die Förderung der wirtschaftlichen Integration der Mitgliedsstaaten untereinander und in der Weltökonomie wirtschaftliche Barrieren abbaut, die Wirtschaft stärkt, Wohlstand bringt und schwache Ökonomien vor der Ausbeutung durch starke Ökonomien schützt. Mikrofinanzierung wird neben den Institutionen Zakāt, Awqāf und Ṣadaqāt als Motor für Entwicklung betrachtet; die dabei verfolgten Ansätze lauten „Hilfe zur Selbsthilfe“ und Grass-Root- bzw. Bottom-Up-Approach, um Effektivität und Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Ohne eine explizite Förderung und Einbezug von Frauen könne keine Entwicklungsstrategie erfolgreich sein, weswegen die Förderung von Frauen Querschnittsthema der IDB-Entwicklungsagenda ist. Die Entfaltung der „Ummah“ könne nur als Einheit, also als Gemeinschaft, stattfinden. Dieses Gemeinschaftsgefühl soll durch Empathie und „a Spirit of Sharing and Caring“ erzeugt werden. Und schließlich trage Entwicklung automatisch zur Verbesserung des Images der muslimischen Welt bei, so die IDB. Denn dann würden Muslime nicht mehr mit Armut, Rückständigkeit, Krankheit, Unterentwicklung, schwacher Regierungsführung, Frauendiskriminierung oder Gewalt in Verbindung gebracht werden (vgl. IDB 2006: 13ff., Ali 2007: 1ff., IDB 2007: 8ff.).

Beim Dokument „First Strategy“ wird angegeben, dass die Unterstützung von Projekten und Programmen vom ISFD von der Umsetzung mindestens eines von dreien vorgegebenen Ansätzen abhängig gemacht wird. Beim thematischen Ansatz geht es um die Umsetzung vorgegebener Entwicklungsthemen auf eine Weise, die Arme auch wirklich erreicht (→ Pro-Poor Approach). Beim zweiten Ansatz geht es um die Implementierung mehrjähriger und multisektoraler Programme und Projekte, um eine höhere Wirksamkeit zu gewährleisten, wobei es beim Multisektor-Ansatz um die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteuren geht, wie Privatwirtschaft, NGOs und lokale Basisgemeinschaften, und der dritte Ansatz wird „Individual Projects“ genannt und wird nicht näher beschrieben. Dabei soll es sich aber um konkrete und individuelle Armutsreduktionsprojekte in Mitgliedsstaaten handeln, die vom Country Operations Departments (CODs) der IDB bereits in ihrem Arbeitsprogramm aufgenommen wurden (vgl. Ali 2007: 7ff.).

Im „Policy Paper“ gibt die IDB an, Armutsreduzierung durch Anwendung eines Süd-Süd-Ansatzes mit bestimmten islamischen Charakteristika zu forcieren (vgl. IDB 2007: 6). Ein Beispiel dafür findet sich weiter unten im Dokument, wo angegeben wird, dass die Politikformulierung auf eigene Erfahrungen kombiniert mit jener anderer Organisationen, die sich ebenfalls für Armutsminderung engagieren sowie externen Beratern, basiert. Dabei würde auf internationale Erfahrungen und Best Practice zurückgegriffen werden – ein typischer Süd-Süd-Ansatz. Weiters sieht die IDB eine (Länder-) Partnerschaft im Rahmen einer Süd-Süd-Kooperation vor, bei der der Austausch erfolgreicher Erfahrungen unter Mitgliedsländern, aber auch Nichtmitgliedsländern und Organisationen, stattfinden soll. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll spezielle islamische Charakteristika aufweisen. Durch volle Transparenz und Einhaltung von Best Practice sowie durch den Geist einer islamischen Solidarität und Brüderlichkeit soll die Effektivität der Kooperation gesteigert werden (vgl. IDB 2007: 8ff.).

Konzept für eine erfolgreiche Armutsreduktion

Laut der IDB ist ein schnelles Wirtschaftswachstum über einen längeren Zeitraum für eine Armutsminderung nötig, aber nicht ausreichend, wobei erfolgreiche Wachstumsstrategien länderspezifisch und nicht verallgemeinbar sind, weshalb die IDB bei jedem Empfängerland auf jenen Projekten fokussieren will, die bei ihm für ihre erhebliche Armutsminderungswirkung bekannt sind (→ Pro-Poor-Approach). Einige ökonomische Prinzipien und Praktiken besitzen laut der IDB eine positive Korrelation zum Wirtschaftswachstum, wie makroökonomische Stabilität, offener Handel, Marktwettbewerb, Investitionen in menschliche Entwicklung und Infrastruktur und gute Regierungsführung. Die Bekämpfung von Armut brauche zielgerichtete Interventionen in den Bereichen soziale und menschliche Entwicklung wie Grundbildung, Gesundheitsdienstleistungen, Förderung von Fähigkeiten v. a. von Frauen und Kindern, die Ermächtigung von Bürgern beider Geschlechter gleichermaßen und die Versorgung von Armen und Benachteiligten mit sozialen Schutznetzen. Obwohl ausländische Hilfe entscheidend sein könne, können Reformen laut der IDB ohne eine Lenkung durch das Empfängerland nicht erfolgreich sein (vgl. IDB 2007: 19ff.). Hiermit zeigt sich, dass die IDB eine Kombination aus neoliberalen Wirtschaftspolitiken mit sozialen und politischen Entwicklungsmaßnahmen als Strategie zur Armutsminderung verfolgt. Die Betonung des Empfängerlandes als Hauptakteur bei Reformen spiegelt nicht nur Ownership als Prinzip wider, sondern auch die Meinung von Entwicklungsforschern und internationalen NGOs, dass Reformen nicht von außen eingeleitet werden können (vgl. Weiland 2009: 448, Neubert 2012: 21).

Grund für die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum ist dessen Betrachtung als Entwicklungsmotor seitens der IDB. Dabei bezieht sie sich allgemein auf ökonomische Literatur, welche hinreichende Beweise liefern soll, dass ein Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens den Anteil an unter der Armutsgrenze lebenden Menschen in einem Land als Resultat eines Trickle-Down-Effects verringern könne (vgl. IDB 2007: 16). Dieser Ansatz erinnert an die Modernisierungstheorie mit ihrer rein ökonomischen Sichtweise auf Entwicklung. Die IDB erachtet Beschäftigung als einer der wichtigsten Kanäle für die Begründung einer Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsminderung. Arbeiterintensive Programme und Sektoren wie Landwirtschaft und Kleinunternehmen sind Ziel der Förderungspolitik der IDB. Bei der Förderung von Kommunikationstechnologie und Internet geht es um den Zugang von ländlichen Produzenten zu korrekten und aktuellen Marktinformationen, die ihre Abhängigkeit von Mittelsmännern verringern sollen. Weiters sollen Programme für Naturwissenschaften und Technologie Armen dabei helfen, vom Wirtschaftswachstumsprozess zu profitieren. Die Förderung der Nachhaltigkeit von Umwelt hat den Hintergrund, dass Arme laut der IDB oft von natürlichen Ressourcen als Existenzgrundlage absolut abhängig seien, weshalb für deren Nachhaltigkeit gesorgt werden müsse. Laut der IDB würden soziale und ökonomische Entwicklungsstrategien, die Frauen nicht adressieren, ins Stocken geraten. Begründet wird das mit dem Phänomen des „Feminization of Poverty“. Auch der Privatsektor wird von der IDB als Motor für Wirtschaftswachstum bezeichnet, weswegen sie Public Private Partnerships (PPP) fördert und Mitgliedsstaaten zur Vereinfachung von Geschäftsvorschriften und der Schaffung investorenfreundlicher Umgebungen ermutigt. Außerdem weist die Bank dem Privatsektor eine wichtige Rolle bei der Linderung von Armut durch soziale Dienstleistungen zu (vgl. IDB 2007: 18ff.) – diese Ansicht deckt sich beispielsweise mit jener der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (vgl. BMWFJ 2014: 17). Die Zakāt soll als islamisches soziales Sicherungsnetz fungieren, weswegen die IDB zusammen mit Mitgliedsländern Mechanismen für eine effektive Verteilung von Zakāt an Bedürftige entwickeln möchte, bis sie in der Lage sind, sich selbst zu versorgen – was den Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ widerspiegelt. Weiters stellt die IDB eine direkte Verbindung zwischen besserer Bildung und größerem Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung her. Der Schulbesuch unterprivilegierter Kinder soll durch Stipendien gefördert werden, vor allem sollen dabei Mädchen unterstützt werden. Die IDB erachtet die Bildung von Mädchen als besonders wichtig, aber auch kosteneffektiv, da diese später den daraus erhaltenen Nutzen wiederum an ihre Kinder weitergeben. Die Curricula der Schulen sollten Kinder zu moralischer und spiritueller Entfaltung sowie zu verantwortungsvollen Bürgern erziehen, gleichzeitig auch zum Drang nach Höherem ermutigen (vgl. IDB 2007:

17ff.). Ob diese vorgegeben werden, vielleicht sogar Fördervoraussetzungen oder nur Empfehlungen darstellen, wird aus dem Dokument nicht deutlich. Die Förderung von Sekundarschulen, Colleges und Universitäten sowie Berufsbildungszentren sollen die Effektivität der Bildungsmaßnahmen gewährleisten. Eine weitere Form der Nutzung von Synergien bei der menschlichen Entwicklung für die Förderung von Kosteneffektivität, ist die Förderung von Frauenbildung. Denn gebildete Mütter würden ihre Kinder besser ernähren, gesundheitlich versorgen und auf sauberes Trinkwasser und angemessene Sanitäranlagen achten, wodurch viele Krankheiten vermieden und ihre Familien Gesundheitskosten sparen würden. Außerdem sollen gebildete Frauen niedrigere Geburtenraten aufweisen. Die IDB fordert die Erleichterung des Zugangs von Armen zu Gesundheitsdienstleistungen und zu reproduktiver Gesundheit für Frauen, da diese eine der größten Ungleichheiten zwischen Arm und Reich ausmache. Dafür sollen Ambulanzen finanziert werden, die auch vorgeburtliche Untersuchungen führen, sowie Bezirks-, Regional- und Fachkrankenhäuser. Weiters sollen Frauen zur Familienplanung „in ihrem positiven Sinn“ ermächtigt werden – leider wird nicht näher darauf eingegangen, möglicherweise – eine reine Mutmaßung – ist hier gemeint: Verhütung statt Abtreibung – und Bewusstseinsbildungsprogramme für die Krankheitsprävention finanziert werden. Die IDB gibt an, voraussichtlich integrierte Sektorprojekte als Armutspakete bzw. Projekte für Armutgebiete anbieten zu wollen, die Bildungs- und Gesundheitsleistungen auf allen Ebenen enthalten sowie leistbare Wohnungen und Stromversorgung, Infrastruktur und Straßen, Zugang zu Wasser- und Abwasserversorgung, Renovierung bzw. Aufbesserung von städtischen Slums und spezielle Finanzierungsprogramme inkl. Mikrokredite (vgl. IDB 2007: 8ff.; 17ff.).

Good Governance

Die IDB legt Wert auf die Steigerung von Transparenz, Kapazitäten, Effizienz, Zugänglichkeit und Dienstleistungserbringung institutioneller Infrastruktur, v. a. für arme und marginalisierte Gruppen, um eine allgemeine Verbesserung des Lebensstandards zu erreichen. Darunter sind neben Regierungsbehörden etwa auch Zakāt- und Waqf-Institutionen, das Rechtswesen, NGOs oder auch wirtschaftliche Institutionen, die Handels- oder Lizenzrechte regulieren, gemeint. Institutionelle Entwicklung und die Bildung von Kapazitäten bilden ein typisches Instrument für Good Governance, wie es von der Europäischen Union eingesetzt wird. Betrachtet man die Rolle der IDB als Entwicklungsorganisation als eine Art „politischer Dialog“, bedeutet dies, dass die IDB zwei von drei Instrumenten von Good Governance aus der westlichen EZA anwendet. Denn wie bereits erwähnt, sieht die IDB die Länder selbst als Hauptakteure für Reformen im eigenen Land und würde ihre EZA nie an Reformen binden (vgl. IDB 2007: 30f.,

Hackenesch 2011: 8f.). Dieser Ansatz könnte als indirekte Kritik an das Konzept von Good Governance westlicher Geber aufgefasst werden: einerseits weil es, wie erwähnt, mit kritischen Stimmen korrespondiert, andererseits weil es damit das Souveränitätsprinzip „neuer Geber“ bzw. des Süd-Süd-Kooperationsansatzes erfüllt. Damit scheint sich die IDB einen Mittelweg zwischen der Politik „neuer Geber“ und jener westlicher Akteure zu sichern, in dem „Forderungen“ in Zusammenarbeit und im Dialog „gestellt“ werden, ohne dabei die Selbstbestimmung oder gar die Souveränität eines Landes zu verletzen. Die Umsetzung von Good Governance hingegen, folgt ganz und gar dem „South-South Approach“, denn folgende zwei Ansätze werden dabei verfolgt: Partnerschaften zwischen ähnlichen Dienststellen in verschiedenen Mitgliedsländern der IDB, etwa zwischen Ministerien, Regierungszweigen, NGOs, zivilgesellschaftlichen Gruppen oder Finanzinstitutionen. Dabei werden Know-How, Systeme und Führungstechniken an den Partner transferiert. Als zweiter Ansatz wird technische Zusammenarbeit genannt, welcher zur Verbesserung der institutionellen Infrastruktur der Mitgliedsländer eingesetzt werden soll. Diese Süd-Süd-Kooperation hat das Ziel, islamische Bande und Brüderlichkeit zu fördern und soll vollkommen partnerschaftlich erfolgen. Genauso wie die österreichische Entwicklungszusammenarbeit beispielsweise, erachtet auch die IDB Good Governance und Transparenz als Voraussetzungen für eine effektive Armutslinderungs politik, da einerseits sonst finanzielle Unterstützungen für Programme ihre Zielgruppen nicht erreichen würden und andererseits, da die IDB einen direkten Zusammenhang zwischen Good Governance und ein gesteigertes Einkommen und bessere Werte bei sozialen Indikatoren, z. B. Analphabetismus oder Kindersterblichkeit, sieht. Wobei umgekehrt, eine gute soziale Entwicklung sich positiv auf Good Governance auswirken soll. Aus diesem Grund misst die IDB der Evaluierung und Kontrolle von Fortschritten bei Good Governance höchste Priorität bei (vgl. IDB 2007: 17ff., Mair/Mair/Walter 2011: 6). Leider wird aus dem Kontext nicht deutlich, ob gewisse Fortschritte als Voraussetzung für eine Kooperation erachtet werden oder ob diese das von der IDB erwartete Resultat implementierter Projekte darstellen sollen; auch nicht, wie sich diese Kontrolle bzw. Evaluierung gestalten soll, etwa ob sie einmalig, im Vorfeld eines Projektes beispielsweise, oder regelmäßig für eine Fortschrittsbewertung stattfinden soll. Dabei sei angemerkt, dass die Themen von Good Governance im Rahmen des Engagements der IDB die Themen Korruption, schwache Dienstleistungen seitens staatlicher Behörden, ineffiziente und starre Bürokratie, schwache Transparenz und Kontrolle sowie eine schwache Zivilgesellschaft bzw. zivilgesellschaftliche Kontrolle von Misswirtschaft umfassen, wobei diese Faktoren auf wirtschaftliche Prozesse und den Handel bezogen werden. Denn als Beispiele dafür werden die nachteilige Wirkung auf Firmengründungen und –schließungen, MitarbeiterEinstellungen und

-entlassungen oder auch die kostenintensive gerichtliche Durchsetzung einer Vertragserfüllung in ärmeren Ländern (vgl. IDB 2006: 12). Dabei hat sich Good Governance im westlichen Diskurs „[...] von seinem ursprünglichen Fokus auf ökonomische Prozesse und verwaltungstechnische Effizienz weiterentwickelt hin zu einem stärkeren Bezug zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation“ (Mair/Mair/Walter 2011: 6). Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit etwa führt unter Good Governance die Prinzipien Partizipation, Ownership, Empowerment, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Korruptionsbekämpfung und Mainstreaming von Konfliktprävention (konfliktsensitives Vorgehen) an, die die Sektoren Menschenrechte, Demokratisierung, zivilgesellschaftliche Partizipation, Verwaltungsreform, Friedenssicherung und Konfliktprävention sowie Rechtsstaatlichkeit und Justiz betreffen (vgl. Mair/Mair/Walter 2011: 10ff.). Im „Policy Paper“ gibt die IDB an, dass die Bildung von Kapazitäten auf diversen Ebenen nötig sei, am meisten jedoch, auf lokaler Regierungs- und Gesellschaftsebene. Die Schaffung institutioneller Rahmenbedingungen für die Unterstützung der Programme der IDB erachtet sie als entscheidend für eine Projektimplementierung. Dennoch führt die IDB in ihrer „Vision for Human Dignity“ zumindest bei Frauen das Ziel der Förderung politischer Partizipation an – oder viel mehr die Gleichstellung von Frauen in Bildungsinstitutionen, an Arbeitsplätzen und bei der politischen Partizipation. Dabei soll die IDB mit gutem Beispiel vorangehen und u. a. Gender-Blind Recruitment zur Firmenpolitik machen (vgl. IDB 2006: 30f., IDB 2007: 15).

Unter „Good Governance“ führt die IDB auch die Kritik an, dass reiche Mitgliedsländer die Führung und Verwaltung ihrer Wirtschaft praktisch Fremden bzw. Ausländern überlasse, was mit der Zeit zu Abhängigkeiten, Entmachtung und Selbstzerstörung führen könne. Misswirtschaft führe zur Verschwendung von Wohlstand, so, dass weder Arm noch Reich davon profitieren (vgl. IDB 2006: 12). Es ist nicht ganz klar, ob diese Aussage die schwache Regierungsführung, also fehlende oder schwache Behörden, meint, die wichtige Wirtschaftszweige etwa multinationalen Konzernen überlassen, oder vielleicht eine Fehlgeleitete Wirtschaftspolitik, die z. B. Eliten dadurch bereichert, indem sie ihnen ein „Ausverkauf“ des Landes und seiner wertvollen Ressourcen an ausländische Mächte und Konzerne erlaubt? Möglich wäre auch, dass das als Kritik am „Import“ ausländischer Fach- und Arbeitskräfte anstatt der Förderung eigener Auszubildender zu verstehen ist? Oder eine Kombination aus allen dreien; vielleicht ist aber auch anderes damit gemeint?

Prinzipien

Die IDB gibt in den drei analysierten Dokumenten mehrere Prinzipien für die Umsetzung ihrer Entwicklungsziele vor. Einerseits geht es um die Erfüllung des eigenen Entwicklungskonzepts, bei dem die islamischen Gebote die Leitlinien für eine umfassende menschliche Entwicklung bilden sollen; darunter fällt z. B. auch das Ziel der IDB, eine engere Beziehung zu ihren Mitgliedsländern als andere EZA-Organisationen zu haben: die IDB möchte mit ihren Denkweisen harmonisieren und eine partnerschaftliche, ja brüderliche Beziehung zu ihnen pflegen (vgl. IDB 2007: 9), was an das islamische Brüderlichkeitsprinzip erinnert. Andererseits geht es um eine Reihe von Prinzipien, die mit dem Satz: „Umsetzung des Pariser Prozesses“ umschrieben werden kann, ohne dass sich die IDB in diesen Dokumenten jemals explizit darauf bezogen hätte. So sollen laut „A Vision for Human Dignity“ und „First Strategy“ Programme und Projekte national angetrieben sein und die Ansichten eines jeden Empfängerlandes bei jedem einzelnen Kooperationsprojekt einbezogen werden. Dabei sollte die Leitung von Politikmaßnahmen dem Empfängerland überlassen werden. Darüber hinaus sieht die IDB vor, dass die Bedürfnisse und Bestrebungen der Zielgemeinschaften im Vorfeld einer jeden Programmformulierung ermittelt werden. Weiters wird die Zielgruppe als wichtigster Akteur betrachtet; nicht nur soll jede Programmentwicklung und -gestaltung auf Gemeinschaftsbasis, sondern auch die Implementierung in enger Zusammenarbeit erfolgen; darüber hinaus wird auch auf die Unterstützung lokaler Initiativen Wert gelegt (vgl. IDB 2006: 20, Ali 2007: 5). Diese Prinzipien decken sich mit den Prinzipien Ownership und Alignment des Pariser Prozesses, wobei auch das Prinzip des Democratic Ownership, welches erst Jahre später in Busan beschlossen wurde, genauso wie die Prinzipien Ownership und die Leitung von EZA-Maßnahmen durch das Empfängerland sowie die Förderung lokaler Lösungen, die erst auf dem Bogotá-Gipfel von Süd-Süd-Kooperationsstaaten beschlossen wurden, bereits gewährleistet wären (vgl. Steering Committee 2010: 2ff., Globale Verantwortung 2011a, Lanzet 2011, Neubert 2012: 20). Auch Eigeninitiative gibt IDB als wichtiges Prinzip ihrer Kooperation an, etwa in der Konsultation von Mitgliedsstaaten über die nötigen Maßnahmen für eine Armutsminderung auf regionaler und Länderebene.

Trotz ihrer Aufgabe als Vermittler von Projektmodellen ist die IDB bereit, wo immer Initiativen, Kompetenzen oder „work ethics“ fehlen, Projekte selbst auszuführen. D. h. die IDB will wo immer möglich mit Partnern kooperieren, auf lokale Initiativen zurückgreifen, sie fördern und die Gesellschaft miteinbeziehen (vgl. IDB 2006: 18ff.). Was die IDB mit „work ethics“ meint, wird nicht näher erläutert. Geht es hier um „Arbeitsethik“, etwa um eine fehlende Bereitschaft für die Implementierung von Projekten oder möglicherweise um die Erfüllung islamischer Gebote bei der Umsetzung von Projekten, wie etwa islamkonforme oder alternative,

islamische Finanzdienstleistungen? Interessanterweise nennt die IDB Transparenz und Rechenschaftspflicht zwar unter den Herausforderungen für die Erreichung von Good Governance und als erstrebenswerte Prinzipien, jedoch werden lediglich auf die IDB selber als Organisation und ihre Aktivitäten als Entwicklungsbank bezogen (vgl. IDB 2007: 12ff., Ali 2007: 15).

Dafür sollen Armutslinderungsprojekte laut dem „First Strategy“ und „Policy Paper“ „actionable“ sein. Im Leo-Online-Wörterbuch wird dieser Begriff u. a. mit „belangbar“, „einklagbar“, „verfolgbar“ und „strafbar“²¹ übersetzt, womit das Effektivitätsprinzip des Pariser Prozesses „Rechenschaftspflicht“ damit gemeint zu sein schien. Doch an anderen Stellen der Dokumente waren – wie bereits erwähnt – Transparenz und Rechenschaftspflicht, und zwar immer als Wortpaar erwähnt, im Original: „transparence and *accountability*“. Den entscheidenden Hinweis lieferte ein Forumseintrag des erwähnten Online-Wörterbuches, wo „actionable“ mit dem Wort „umsetzbar“²² übersetzt wurde. Die Erreichung von Resultaten wird von der IDB als Priorität bezeichnet; dafür sollen Wirksamkeit und Effektivität von Programmen und Projekten bei der Umsetzung betont werden (vgl. Ali 2007: 12, IDB 2007: 23). Die Ergebnisorientierung stellt ebenfalls ein Prinzip der Pariser Erklärung dar. Sichergestellt werden soll dieses Prinzip durch multisektoral implementierte und mehrjährige Projekte für die Gewährleistung von Effektivität sowie der Etablierung angemessener Mechanismen für die Messung und Evaluierung von Maßnahmen für die Gewährleistung von Wirksamkeit. Diese Mechanismen sollen übrigens durch Erfahrungsaustausch und gegenseitiges Lernen (vgl. Ali 2007: 12, IDB 2007: 23) entwickelt werden – ein Ansatz aus der Süd-Süd-Kooperation. Es zeigt sich also, dass die IDB mit „managing for results“ tatsächlich eine Ergebnisorientierung meint und nicht etwa die kritisierte „Resultatorientierung“ mancher westlicher Geber meint, die aufgrund der Bevorzugung schneller und quantitativ messbarer Resultate gegenüber länger andauernder nachhaltiger Projekte die Wirksamkeit von Entwicklungsmaßnahmen unterminiert (vgl. Globale Verantwortung 2012b).

Das „Policy Paper“ bestätigt ebenfalls die Prinzipien, die von der Islamic Development Bank bzw. Islamic Fund for Solidarity and Development in den beiden Dokumenten „A Vision for Human Dignity“ und „First Strategy“ angegeben werden. Wobei die Prinzipien im „Policy Paper“ in „allgemeine Leitprinzipien“ und in Prinzipien für die „Armutssenkungsstrategie auf nationaler Ebene“ einteilt. Auf nationaler Ebene sollen Programme und Projekte so gestaltet

²¹ vgl. actionable: Leo Englisch-Wörterbuch. München: 2006 – 2014. Internet: http://dict.leo.org/ende/index_de.html#/search=actionable&searchLoc=0&resultOrder=basic&multiwordShowSingle=on, letzter Zugriff: [21.01.2014].

²² vgl. Leo: succinct, atomic, actionable guidance. Forumseintrag vom 24.01.2007. Internet: <http://dict.leo.org/forum/viewUnsolovedquerv.php?idThread=236120&idForum=2&lang=de&lp=ende>, letzter Zugriff: [21.01.2014].

werden, dass es zu einer Maximierung von Ownership kommt, welches von der IDB als zentral für den Erfolg ihrer Armutsreduktionsprogramme betrachtet wird. Weiters soll es zur Harmonisierung allgemeiner Vorgehensweisen, Ergebnisorientierung und gegenseitigen Bewertung und Rechenschaftspflicht kommen und die Wirksamkeit durch mehrjährige und multisektorale Programme maximiert werden. Auch Alignment ist vorgesehen: einerseits geht es um die Übereinstimmung von Programmen und Projekten mit nationalen Armutsminderungsstrategien, andererseits auch um ihre Ausrichtung an internationale Best Practices. Von Seiten der IDB sollen klar strukturierte und logische Geschäftsabläufe mit festgelegten Vorgehensweisen maximale Effizienz und Effektivität bei den implementierten Armutsreduktionsprojekten auf Länderebene gewährleisten. Damit sind u. a. klare und transparente Kriterien für die Feststellung der Anspruchsberechtigung eines Landes²³, die Bewilligung der nationalen Armutsminderungsstrategie, die Wahl geeigneter Projekte und die Überprüfung von Wirksamkeit und Nutzen der Programme bzw. Projekte gemeint (vgl. IDB 2007: 23ff.). Hier stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien nationale Armutsminderungsstrategien bewilligt werden? Kann eine Strategie national angetrieben sein, wenn sie erst bewilligt werden muss und womöglich bestimmten Anforderungen genügen muss?

Die „allgemeinen Leitprinzipien“ der IDB haben das Ziel der Erreichung maximaler Wirksamkeit bei der Armutsminderungsarbeit formuliert. Bei der „Ausdifferenzierung“ geht es um die individuelle Anpassung der Strategien an die jeweiligen Bedürfnisse eines jeden Landes²⁴. Dass die IDB dabei lediglich *Beispiele*²⁵ für mögliche Strategien anführt, unterstreicht diesen Ansatz, genauso wie ihre Rhetorik in den drei Dokumenten, da sie stets von einer *Möglichkeit* der „Assistenz“ der IDB bei Programmen und Projekten durch die Inanspruchnahme ihrer Dienste die Rede ist, und sie das Kooperationsverhältnis nicht bestimmt bzw. strikt vorgibt. Bei der Selektivität geht es um klare und transparente, festgelegte Kriterien und Abläufe bei der Wahl von Empfängerländern, Zielgruppen und Projekten. Beim gemeinschaftsbasierten Ansatz geht es um die Einbindung von lokalen Gemeinschaften und Grass-Root-Gruppen für die Projekt-

²³ Armut, der Erfolg vorangegangener, durch die IDB finanzierter Projekte, die passende Makrostruktur und eine befriedigende institutionelle Infrastruktur sowie die Aufnahme islamischer Werte und eine Post-Konflikt-Situation eines Landes können dabei eine Rolle spielen (vgl. IDB 2007: 23).

²⁴ Hauptvariablen: Umfang des Kontingents/Etats des Landes; Struktur des Konsultationsprozesses (welche Parteien involviert); Wahl geeigneter Projekte, Aktivitäten und Partner bei der Durchführung; Regelmäßige Absprachen und Rücksprachen mit dem Empfängerland (vgl. IDB 2007: 24).

²⁵ Je nach Umstand beispielsweise die Öffnung des eigenen Landes für Landwirtschaft, Verteilung von Saatgut und Düngemittel, die Landbewässerung, Weiterbildungsmaßnahmen, Schaffung von Arbeitsplätzen durch die Entwicklung einer Primärintustrie, Bildung von Landwirtschafts- und Fischereikooperativen, Angebot von Mikrofinanzierungen nach islamischen Prinzipien und v. a. die Sicherung von Bildung (vgl. IDB 2006: 25).

aktivitäten innerhalb des von der Regierung vorgegebenen Rahmens für einen inklusiven Ansatz von Armutslinderung. Das Prinzip islamische Charakteristika soll die Aktivitäten der Projekte an die Bedürfnisse und Wünsche der Empfänger anpassen und sich dadurch von internationalen EZA-Ansätzen abgrenzen. Neben einer Scharī'a-konformen Finanzierung durch Zakāt, Waqf und Şukūk (islamische Bonds) und Intra-OIC-Investitionen sollen auch spezifische religiöse und soziale Werte gefördert sowie angemessene Reformen für die Ermächtigung von Frauen innerhalb der Armutsbekämpfungsprojekte eingeleitet werden (vgl. IDB 2007: 16ff.). Hier geht es wohl um das in der „Vision“ erwähnte „Empower the Sisters of Islam without breaching the tenets of Islam“ (IDB 2006: 30). Weitere Prinzipien lauten „Actionability“, Bewusstseinsbildung für die Bedürfnisse marginalisierter Gesellschaftsgruppen und die Gleichstellung von Frauen (Mainstream Women) und die Evaluierung der Wirksamkeit von EZA-Projekten (vgl. IDB 2007: 23).

Ziele

Um einen besseren Überblick zu schaffen, wurden die Ziele, welche sich teilweise über das ganze Dokument „Policy Paper for Poverty Reduction“ verteilen, aus dem Text extrahiert und auf diese Weise zusammengefasst und aufgelistet. Diese sind absolut kohärent mit jenen der anderen beiden Dokumente. Ein Blick auf diese Liste zeigt, dass die IDB bei ihrer Entwicklungspolitik einen Mix aus Zielen verfolgt, die teilweise typisch für westliche Geber sind, wie etwa Frauenförderung, Good Governance oder der Fokus auf Armut, Bildung und Gesundheit, v. a. auf die Unterthemen Analphabetismus, und Grundschulbildung – die von der IDB durch eine Sekundär- und Tertiärbildung ergänzt wird – Kindersterblichkeit, Müttersterblichkeit oder die Krankheiten HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose, die in den Millenniumszielen genauso adressiert werden. Natürlich könnte die Deckungsgleichheit dieser Themen mit dem Argument erklärt werden, dass der *Bedarf* die jeweiligen Ziele gestaltet, doch die IDB bekennt sich und bezieht sich in den drei Dokumenten explizit auf die MDGs. Andere Ziele hingegen, scheinen typisch für das Engagement „neuer Geber“ zu sein, etwa der Fokus auf Infrastruktur, Landwirtschaft und wirtschaftliche Aspekte, wobei Bildung, Gesundheit oder auch technische Zusammenarbeit ebenfalls typische Themen in der Süd-Süd-Kooperation bzw. für Länder wie China, Indien und Brasilien darstellen. Interessanterweise ist die Entwicklungspolitik der IDB den österreichischen Vorgaben für die Jahre 2013 bis 2015 – auch wenn unterschiedlich betont – nicht unähnlich: die Schwerpunkt-themen sind 1) Wasser, Energie und Klimaschutz sowie Land- und Forstwirtschaft; 2) Wirtschaft und Entwicklung und 3) menschliche Sicherheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Querschnittsthemen sind Geschlechtergleichstellung

als Schlüssel zu Armutsminderung, Wirtschaftswachstum und sozialer Entwicklung, Bildung und Kapazitätsentwicklung mit dem Fokus auf berufsbildende Einrichtungen sowie Umwelt und Klimawandel als Beitrag zu Armutsminderung durch den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen (vgl. BMWFJ 2014: 17f.).

Überblick: Ziele der IDB

1. Breitenwirksames Wachstum inkl. gerechte Verteilung v. Einkommen u. Landbesitz
 - a. Beseitigung v. Hindernissen für Partizipation Armer am Wirtschaftswachstum
 - i. Investitionen in soziale Grunddienstleistungen und Infrastruktur
 - ii. Förderung einer nachhaltigen Umwelt
 - b. Förderung Arbeiterintensiver Sektoren wie Landwirtschaft
 - c. Förderung des Zugangs von Armen zu Naturwissenschaften und Technologie
 - d. Makroökonomische Reformen
 - i. Inflationsbekämpfung
 - ii. Landreform
 - iii. Liberalisierung
 - iv. Steuerpolitik, die Arme entlastet
2. Frauenförderung
 - a. Beseitigung von Barrieren für eine Partizipation von Frauen an der Wirtschaft
 - b. Förderung der Gleichheit von Frauen bei sozialen und rechtlichen Institutionen
 - c. Garantie ihrer Grund- und Menschenrechte
 - i. Besitz von Land und anderen Ressourcen
 - ii. angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten
 - iii. gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit
3. Betonung mensch. Entwicklung, insbes. Zugang zu Bildungs- u. Gesundheitsleistungen
 - a. Grund-, Sekundär- und Tertiärbildung
 - b. Reproduktive Gesundheit von Frauen und Familienplanung in ihrem positiven Sinne
 - c. Erleichterung des Zugangs von Armen zum Gesundheitssystem
 - d. Entwicklung von Humankapital
 - i. Institutionelle Entwicklung und Entwicklung von Kapazitäten
 - ii. Kurzfristige und langfristige Katastrophenhilfsprogramme
 1. humanitäre Hilfe
 2. Wiederaufbau sozioökonomischer Infrastruktur
 3. Unterstützung von Übergangsprozessen
 - iii. Integrierte Sektorprojekte

- e. Nutzung v. Synergien zw. untersch. Dimensionen menschlicher Entwicklung
 - 4. Soziale Sicherungsnetze für Arme
 - 5. Gute Regierungsführung und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungssektoren für Arme
 - 6. Förderung von vollständigem Ownership und Einsatz durch Mitgliedsstaaten
- (vgl. IDB 2007: 8ff.; 16ff.)

Selbstdefinition und Aufgabe

Die Islamic Development Bank definiert sich als Entwicklungsbank und Katalysator für menschliche Entwicklung unter dem Motto „Providing resources, fighting poverty, restoring dignity“²⁶. Auf ihrer Homepage schreibt sie „We will transform the landscape of human development in the Muslim and non-Muslim world, and help restore human dignity“²⁷. Ihre Aufgaben sieht sie in der Projektfinanzierung und professionellen Beratung von Mitgliedsländern²⁸, technischen Zusammenarbeit, Entwicklung von Politikmaßnahmen und nationalen Präventiv- und Notfallplänen, Vermittlung von finanziellen, technischen, Wissens- und Netzwerkmöglichkeiten und als Wissensbank, im Gegensatz zur früheren beschränkten Rolle als Dienstleister für Islamic Banking. Damit definiert sie sich klar als Entwicklungsorganisation mit dem Anspruch auf „Entwicklung“ und unterscheidet sich vom Ansatz einer (Wirtschafts-) Partnerschaft für den gegenseitigen Nutzen „neuer Geber“. Das Ziel der IDB zu einer Organisation vergleichbar mit den großen internationalen Finanzinstitutionen aufzusteigen und sich zur wichtigsten Organisation im Kampf gegen Armut in ihren Mitgliedsländern zu entwickeln, liegt ihrem Motiv zugrunde, eine islamische bzw. islamisch konforme Alternative zum Entwicklungsansatz internationaler Entwicklungsorganisationen anzubieten, die näher an die Bedürfnisse und Wünsche der Empfänger liegt. Das Kredo lautet eine nachhaltige Reduzierung von Armut und eine bessere Verteilung von Reichtum durch akzeptable soziale und kommerzielle Aktivitäten. Ein Motiv ist auch die Verbesserung des Images der muslimischen Welt, da alle muslimischen Länder, ungeachtet möglicher Ressourcenvorkommen, nicht nur international als Entwicklungsländer eingestuft werden, sondern auch große Bevölkerungsteile aufweisen, die unter der Armutsgrenze leben müssen. Denn 40 % der geschätzten Weltbevölkerung unter der Armutsgrenze soll in 31 Staaten leben, die Mitglieder der IDB sind; und ohnehin

^{26, 28} vgl. IDB Homepage. Link: <http://thatwhy.isdb.org/irj/go/km/docs/documents/IDBDevelopments/Internet/thatwhy/index.html>, letzter Zugriff: [28.12.2013].

²⁷ vgl. IDB Homepage. Link: <http://thatwhy.isdb.org/irj/go/km/docs/documents/IDBDevelopments/Internet/thatwhy/en/our-work-and-vision.html>, letzter Zugriff: [28.12.2013].

gelten ein Drittel der islamischen Länder als Least Developed Countries (vgl. IDB 2006: 1ff., Ali 2007: 1, IDB 2007: 8ff.). Daneben unterstützt die Bank auch kurzzeitige und langfristige Katastrophenhilfsprogramme nach Konflikten und Naturkatastrophen, wobei humanitäre Aspekte und Projekte für den Wiederaufbau sozioökonomischer Infrastruktur sowie die Unterstützung des Übergangsprozesses im Vordergrund stehen (vgl. IDB 2007: 31).

Zielgruppe der Aktivitäten der Bank sind sowohl Regierungen, die Mitglieder der IDB sind als auch Länder, die eine signifikante muslimische Bevölkerung aufweisen (vgl. IDB 2006: 25). Die finanziellen Mittel des Islamic solidarity Fund for Development hingegen, sollen zu 80 % Least Developed Member Countries (LDMCs) zugutekommen, während 20 % Armutspakete in anderen Mitgliedsländern finanzieren sollen, die durch konzessionelle Kredite mit großzügigen Konditionen finanziert werden²⁹.

In den Genuss ihrer Beratung kommen neben Regierungen auch internationale Organisationen, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Gruppen. Interessanterweise ist bei der IDB bezüglich ihrer EZA von „Interventionen“ und nicht von „Entwicklungszusammenarbeit“ die Rede oder sogar „Aid“ (vgl. IDB 2007: 16ff.).

Akteure

Wie bereits erwähnt, sieht die IDB eine Reihe von Akteure als Entwicklungspartner, wobei sie die größte Verantwortung bei der Realisierung einer ausgeglichenen Entwicklung bei den Menschen selbst sieht; erst an zweiter Stelle setzt sie sich, die jeweiligen Regierungen, den Privatsektor und regionale und internationale Handels-, Entwicklungs- und Finanzinstitutionen, wobei die IDB selbst für sich die größte und wichtigste Rolle bei der Realisierung von Entwicklung beansprucht – zumindest als Zielvorgabe (vgl. IDB 2006: 16f.). Erwähnenswert ist, dass die IDB die Zivilgesellschaft als Schlüsselakteur in der Entwicklungszusammenarbeit betrachtet und eine starke Einbindung unterschiedlichster zivilgesellschaftlicher Akteure auf allen Ebenen vorsieht, da westliche NGOs ihre mangelnde Einbindung kritisieren und die Anerkennung ihrer Rolle fordern und „neue Geber“ ohnehin prinzipiell nur bilateral und auf Regierungsebene agieren, während die IDB auch multilaterale Organisationen als Kooperationspartner betont. Auch private Akteure sollen laut der IDB Beiträge zur Entwicklungs-

²⁹ vgl. ISFD: Poverty Policy. Homepage. Link: <http://isfd.isdb.org/EN/What-we-do/Pages/Poverty-Policy.aspx>, letzter Zugriff: [28.12.2013].

zusammenarbeit leisten, darunter Individuen, Stiftungen und die Privatwirtschaft (vgl. IDB 2006: 25, IDB 2007: 16ff.). Angesichts der „Begründung“ einer „EZA-Partnerschaft“ mit dem privaten Sektor und mit philanthropischen Stiftungen durch die „Busan Partnership for Effective Development Co-operation“ im Jahr 2011 (vgl. Keeley 2012: 163, Neubert 2012: 19), könnte dies als innovativer Ansatz bewertet werden, v. a., da die Dokumente der IDB mehrere Jahre weiter zurückliegen. Doch die Innovation daran ist relativ wenn man bedenkt, dass private Stiftungen bereits als „neue Geber“ gelten, da sie aufgrund ihres wachsenden Einflusses auf die internationale Entwicklungspolitik und hohen Beträge ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt sind. Laut Michael Obrovsky, Forschungsleiter der Österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungszusammenarbeit, trägt die Privatwirtschaft bereits zu 78 % der gesamten EZA-Finanzflüsse der Europäischen Union bei (vgl. Küblböck/Six 2009: 20ff., ÖFSE 2013: 13).

Im Gegensatz zu internationalen bzw. westlichen Strategiepapieren, welche meist durch neutrale Formulierungen gekennzeichnet sind, die eine genaue Zuweisung von Verantwortlichkeiten vermeiden, fällt bei den Dokumenten der IDB auf, dass zu jedem Entwicklungsthema die dafür verantwortlichen Akteure angesprochen werden und die IDB ihren eigenen Beitrag zu diesem ebenfalls formuliert.

Entwicklungsrelevante Indikatoren/Bezugnahmen

Die analysierten Dokumente der IDB beziehen sich auf unterschiedliche international anerkannte „EZA-Standards“. Beispielsweise wird extreme Armut als Unterschreitung eines Einkommens von einem 1 \$- Grenze pro Tag und Person, relative Armut als Unterschreitung der 2 \$- Grenze betrachtet. Dabei bezieht sich die IDB explizit auf den UN-Entwicklungsbericht „Investing in Development: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals“ aus dem Jahr 2005. Weiters soll eine Kombination aus Informationen über Einkommen, Partizipation, Gender und Indikatoren für die Bewertung von Armut verwendet werden, die leider nicht näher erklärt werden. Möglicherweise geht es um einen IDB-internen Indikator. Die Bank bezieht sich auf den UNDP-Index, der den „Entwicklungsstand“ eines Landes bestimmt, für die Wohlstandsmessung wird das Pro-Kopf-Einkommen sowie das BNP, welches

von der OECD³⁰ und Weltbank³¹ für ihre Länder-Rankings verwendet werden. Auch beim Thema Good Governance bezieht sich die IDB mit „Transparency International“ auf eine internationale Rangliste und gibt sogar an, eine ISO-Zertifizierung anstreben zu wollen, ohne den Standard zu nennen, den sie anstreben möchte. Ein Blick auf die Homepage der International Organization for Standardization verrät, dass sie keine speziellen Standards für Entwicklungszusammenarbeit haben, wobei sich momentan unter der Bezeichnung „ISO/TC 268“ ein Standard für nachhaltige Entwicklung in Gemeinden³² in Entwicklung befindet. Aufgrund der Ziele der IDB jedoch, ist es sehr wahrscheinlich, dass sie den „ISO 9000“ für Qualitätsmanagement³³ anstrebt (vgl. IDB 2006: 10ff., Ali 2007: 2, IDB 2007: 13).

MDGs

Am häufigsten jedoch, beziehen sich die hier analysierten Dokumente der IDB auf die Millenniumsentwicklungsziele. Einerseits geht es um den Fortschritt bei der Erreichung der MDGs durch die Mitgliedsländer, welcher im Dokument „First Strategy“ kurz skizziert wird, andererseits um die Widerspiegelung der MDGs in den Zielen der IDB. Beispielsweise gibt die IDB an, dass ihre Ziele um das Thema Gesundheit sich mit den Zielen Nr. 4-7 der MDGs decken würden. Außerdem bezieht sich die IDB bei ihren Strategien und Zielen immer wieder auf die MDGs – v. a. wird im Dokument „A Vision for Human Dignity“ bei der Zielformulierung immer wieder auf die MDGs Bezug genommen und ein Vergleich mit ihnen gestellt, da die IDB sich die MDGs als minimalen Grenzwert der eigenen Ziele bis 2019 gesetzt und all ihre Ziele höher formuliert hat. Aus diesem Grund steht bei jedem Ziel in Klammer das Ziel der MDGs³⁴. Auch für die Definition und Identifikation von Armut wurden diese laut der IDB herangezogen, wie aus der Bestimmung der Armutsgrenze gemäß der Definition der Vereinten Nationen ersichtlich ist, obwohl die IDB sich über dessen Problematik durchaus bewusst ist, wie sie im Anhang des „Policy Paper“ erklärt. Interessanterweise empfiehlt die IDB ihren Mitgliedsländern eine Kooperation mit der Weltbank, für die Erreichung der von der IDB gesetzten Ziele (vgl. IDB 2006: 24ff, Ali 2007: 4, IDB 2007: 8ff.). Angesichts des propagierten

³⁰ Siehe: OECD: StatExtracts. Paris: 2014. Internet: <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=558>, letzter Zugriff: [24.01.2014].

³¹ Siehe: Weltbank: GDP per Capita. Washington: 2014. Internet: <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD>, letzter Zugriff: [24.01.2014].

³² vgl. ISO: Standards Catalogue. Genf. Internet: http://www.iso.org/iso/home/store/catalogue_tc/catalogue_tc_browse.htm?commid=656906, letzter Zugriff: [24.01.2014].

³³ vgl. ISO: Homepage. Genf. Internet: <http://www.iso.org/iso/home.html>, letzter Zugriff: [24.01.2014].

³⁴ z. B. steht beim Ziel der Erreichung einer universellen Grund- und Weiterbildung in Klammern „This target goes beyond the MDG goal of making only primary education universal by 1436 Hijrah (2015)“ (IDB 2006: 25.

alternativen Entwicklungsweges und der eigenen Agenda der Weltbank, an die es sich anzupassen gilt, scheint diese Empfehlung verwunderlich. Es ist fraglich, ob die Weltbank die Agenda der IDB – und sei es in Form eines nationalen Poverty Reduction Papers – finanziert, zumindest ohne Strukturanpassungen und Konditionen. Auch die Annahme, die IDB würde durch ihre „Vision for Human Dignity“, insbesondere der Vision des eigenen Aufstiegs zu einer Weltklasse Organisation, eine Emanzipation von den Bretton-Woods-Institutionen anstreben, scheint hier widerlegt. Im Gegenteil: hier verweist die IDB ihre Mitglieder bereitwillig an eine Institution, deren Ansätze im Widerspruch zu einem Süd-Süd-Kooperationscharakter stehen. Außerdem stellt sich die Frage, ob durch die Übernahme der Indikatoren und einiger Ziele der MDGs, die lediglich etwas „heraufgeschraubt“ wurden, die IDB dadurch dieselben Schwächen übernommen hat, wodurch ihre Agenda eventuell mit derselben Kritik an die MDGs zu kritisieren wäre? Was den Aspekt der ökonomischen Definition von Armut betrifft, so hat die IDB diese durch die ergänzende Definition von Armut als Mangel an Möglichkeiten und des Ziels einer gerechten Verteilung von Einkommen, ...etc. ergänzt. Dennoch fokussiert die IDB auf die Beseitigung von extremer Armut und Förderung sozialer Grundversorgung, wie es die MDGs tun, wobei Transparenz, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und der Ansatz einer Entwicklungspartnerschaft, die in den MDGs laut Unmüßig vernachlässigt wurden (vgl. Unmüßig 2008: 2f.), bei den Zielen der IDB beachtet wurden. Ob die Schwächen der MDGs dadurch aufgehoben werden konnten, ist schwierig zu beurteilen.

Zusammenfassung Ergebnisse: EZA der IDB

Die IDB betrachtet sich als internationale Entwicklungsorganisation mit der Aufgabe, ihre Mitgliedsländer in ihrer „Entwicklung“ zu unterstützen. Ihre Mitgliedsländer sind v. a. religiös, aber auch kulturell und historisch miteinander verbunden; ihr Engagement bezieht sich schwerpunktmäßig auf die LDCs unter ihren Mitgliedsländern. Ihre Kooperation basiert auf Solidarität und einer Partnerschaft auf Augenhöhe, die Souveränität der Mitgliedsländer wird gewahrt, was sich auch in der Rhetorik widerspiegelt. Bezeichnungen wie „Donor“, „Aid“ und „Development Assistance“ kommen interessanterweise nicht vor, dafür verwendet die IDB die Bezeichnung „Intervention“. Partnerschaften, Wissenstransfer, technische Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und Übertragung von Best Practice Modellen und Scharī'a-konforme Finanzierung durch Zakāt, Waqf und Šukūk bilden wichtige Instrumente der IDB. „Hilfe zur Selbsthilfe“ und gemeinschaftsbasierte Pro-Poor Initiativen und Projekte sowie ein Grass-Root-Ansatz, bilden wichtige Ansätze der Kooperation der IDB. Aus diesem Grund gilt die Zielgruppe als wichtigster Akteur und die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure als zentral. Weitere eingebun-

dene Akteure sind Regierungen, der Privatsektor sowie regionale und internationale Handels-, Finanz- und Entwicklungsorganisationen. Die IDB verfolgt eine Kombination aus wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen als Strategie zur nachhaltigen Armutsminderung, wobei eine individuelle Anpassung von Strategien an die jeweiligen Bedürfnisse eines jeden Landes neben Wirkungsorientierung, Bewusstseinsbildung und Vereinbarkeit mit islamischen Grundsätzen wichtige Prinzipien darstellen. Die Erreichung der MDGs wurde im Zielekatalog der Entwicklungspolitik der IDB integriert und der Fokus auf die Sektoren Infrastruktur, Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und Privatwirtschaft gesetzt. Neben der Integration internationaler Prinzipien, die den westlichen Wirksamkeitsdiskurs widerspiegeln, wird auch Good Governance bei der staatlichen und nichtstaatlichen institutionellen Infrastruktur sowie bei der IDB selbst als Dienstleistungsorganisation betont, wobei die IDB Rechenschaftspflicht nur auf sich bezieht und die für die Sicherung von Good Governance bei westlichen Akteuren üblichen Konditionalitäten nicht vorsieht. Neben Capacity Building gilt die Gleichstellung von Frauen ebenfalls als Querschnittsthema.

Reflexion und Vergleich der Resultate mit dem westlichen „Entwicklungsdiskurs“ und den Kooperationsprinzipien „neuer Geber“

Während sich Entwicklungsorganisationen aus dem „Norden“ zunehmend aus der EZA-Praxis vor Ort zurücknehmen und sich auf die Förderung, Entwicklung und Beratung von Partnerorganisationen im Empfängerland beschränken (Subsidiaritätsprinzip) (vgl. Vögtli 2009: 2), versteht sich die IDB als Entwicklungsorganisation, Wissensbank, Konsultations- und Finanzierungsinstitution, die sich vornehmlich zurücknimmt und die Projektgestaltung und Implementierung Entwicklungspartnern vor Ort überlässt, bei Bedarf aber auch selbst Projekte plant und implementiert. Bei ihrer Entwicklungszusammenarbeit werden die wohl wichtigsten Prinzipien von „neuen Gebern“ bzw. Mitgliedern der Süd-Süd-Kooperation, die Wahrung der Souveränität des Kooperationspartners und eine Partnerschaft auf Augenhöhe – hochgehalten. Bezeichnungen wie „Donor“, „Development Assistance“ und „ODA“ werden vermieden – auch bei den restlichen Akteuren von Arab Aid (vgl. Hamid 2009: 3). Wobei China beispielsweise, mit derselben Intention, die Bezeichnung „Development Assistance“ bevorzugt und „Aid“ zurückweist, welches wiederum bei Arab Aid z. B. geläufig ist. Die Vermeidung vom Begriff „ODA“ seitens arabischer Geber trifft nicht ganz zu, zumal sie ihre EZA ans DAC

melden und diese in ihren Berichten und Statistiken auch als ODA anführen (vgl. AFESD 2012: 160ff.). Der beidseitige Nutzen, der für die Kooperationen „neuer Geber“ zentral ist, trifft auf die Kooperation der IDB freilich nicht zu, was an ihrer Eigenschaft als Dienstleistungsorganisation liegt. Betrachtet man hingegen die saudi-arabischen Entwicklungsaktivitäten, so stellt man fest, dass der Saudi Fund for Development seit 1999 Exportkredite für die Lieferung eigener industrieller Güter vergibt (vgl. Denney/Wild 2011: 2f., Mischo/Rehbein 2012: 29), womit dieses Prinzip erfüllt wäre und ein typisches Motiv für das Engagement „neuer Geber“, die Exportförderung, auch bei einem Akteur von Arab Aid nachgewiesen wäre. Andere Motive für Saudi-Arabiens Engagement sind die Sicherung von alternativen Energiequellen und Investitionen in afrikanische Länder für die eigene Nahrungsmittelsicherung. Aber auch Sicherheitsinteressen und die Gewährleistung der regionalen Stabilität durch die Sicherung von Loyalitäten und Bildung von Allianzen spielen eine große Rolle bei der Vergabe von Krediten und der Wahl von Kooperationsländern³⁵ (vgl. Knappe 2011a, Mischo/Rehbein 2012: 30). Insofern hat das saudi-arabische Engagement – ähnlich wie das „neuer Geber“ und der IDB – einen regionalen Fokus. Neben den wirtschaftlichen und politischen Interessen spielen auch religiöse Verpflichtungen, historische, sprachliche und kulturell-religiöse Gemeinsamkeiten sowie Solidarität eine wichtige Rolle bei der saudi-arabischen Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Al-'Ubayd [Jahr], Smith/Yamashiro Fordelone/Zimmermann 2010: 6) – letztere gelten ebenso für die IDB, die im Prinzip die Interessen ihrer Mitglieder vertritt. Ihr Fokus auf Least Developed Countries (LDCs) ist auch für „neue Geber“, etwa China, charakteristisch, wobei diese natürlich auch in der „internationalen“ EZA Prioritätsländer darstellen, v. a. für multilaterale Organisationen.

Während „neue Geber“ fast nur auf bilateraler Basis kooperieren und dem Staat eine wesentliche Rolle bei der Implementierung von Entwicklungsmaßnahmen zuschreiben, betont die IDB die Einbindung lokaler, regionaler und internationaler Organisationen, wobei NGOs und andere zivilgesellschaftliche Gruppen besonders hervorgehoben werden – wenngleich Regierungen die führende Rolle bei der Implementierung von Entwicklungsprogrammen und -projekten „erhalten“ bleiben soll. Die drei arabischen staatlichen Entwicklungsagenturen hingegen, kooperieren nicht nur auf bilateraler Basis, sondern sind auch wichtige Kapitalgeber der IDB und anderen multilateralen Organisationen und Entwicklungsbanken, wie z. B. auch der

³⁵ Die irakische Invasion in Kuwait im Sommer 1990, führte etwa zu einer Vervierfachung von arabischen EZA-Geldflüssen. Beispielsweise, wurden nach dem Krieg die Gegner der Invasion Ägypten, Marokko und die Türkei, zu den wichtigsten Empfängerländern für Saudi-Arabiens Entwicklungsgelder (vgl. Villanger 2007: 17).

Weltbank. Von Saudi-Arabiens ist bekannt, dass seine bilateralen Zahlungen wie bei China und Indien ungebunden sind; es leistet aber auch, im Gegensatz zu diesen, finanzielle Unterstützungen an NGOs (vgl. Knappe 2011a, Mischo/Rehbein 2012: 29). Während westliche Geber mittlerweile Budgethilfe betonen und „neue Geber“ Projekthilfe bevorzugen, sind finanzielle Unterstützungen ein wichtiges Merkmal arabischer Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Smith/Yamashiro Fordelone/Zimmermann 2010: 6), jedoch kein ausschließliches. Der IDB hingegen, kommt u. a. die Rolle der Programm- und Projektfinanzierung und der Mobilisierung von finanziellen Ressourcen für diese zu (vgl. IDB 2007: 34). Während „neue Geber“ ihre Kooperationsaktivitäten über ihre Außen- bzw. Handelsministerien und ihre Zahlungen über ihre EXIM-Banken abwickeln, besitzt Saudi-Arabien beispielsweise keine Export-Import-Bank (vgl. Mischo/Rehbein 2012: 30). Darüber hinaus ist der Saudi Fund for Development (SFD) rechtlich und finanziell unabhängig³⁶ – wobei ein Blick auf die Mitglieder des Verwaltungsrats zeigt, dass diese – ähnlich wie bei „neuen Gebern“ – wirtschaftliche, vielleicht auch außenpolitische Interessen vertreten. Denn angeführt vom Finanzminister, besteht der Verwaltungsrat des SFD aus einem Vertreter der saudi-arabischen Wirtschaftsagentur, dem Präsidenten eines Consulting-Unternehmens, dem Aufsichtsratsmitglied einer Bank und eines Mitarbeiters des Außenministeriums³⁷. Die Sektoren, in denen sich die IDB engagiert, decken sich mit jenen „neuer Geber“, wobei in dieser Arbeit bereits festgestellt wurde, dass dies auf die österreichische Entwicklungszusammenarbeit genauso zutrifft. Auch Saudi-Arabien engagiert sich hauptsächlich im Bereich Infrastruktur, nämlich für den Transport und den sozialen Sektor (Infrastruktur für Bildung und Gesundheit), aber auch im Energiesektor. Auch die Betonung von Agrarprojekten, Bildungs- und Gesundheitsthemen sowie Katastrophenhilfe und Wiederaufbauhilfe ist typisch für „neue Geber“ wie auch für die IDB bzw. Arab Aid (vgl. Söderberg 2010: 113ff., Mischo/Rehbein 2012: 29f.).

Während die Entwicklungspolitik „neuer Geber“ hinsichtlich ihrer Ziele und Strategien kaum bekannt ist, mit Ausnahme des chinesischen Engagements in Afrika, liefert die IDB – wie bei der Analyse bereits festgestellt – ausreichend Informationen darüber; bei den restlichen Akteuren von Arab Aid hingegen, lassen sich konkrete Strategien schwer feststellen, da es

³⁶ vgl. SFD: Management and Organization. Riad: 2014. Internet: http://www.sfd.gov.sa/webcenter/faces/oracle/webcenter/page/scopedMD/s5dc73d77_7324_4d08_b347_444721019cba/Page24.jspx?_afLoop=31977789723339&_adf.ctrl-state=tce6nc901_251, letzter Zugriff: [26.01.2014].

³⁷ vgl. SFD: Board of Directors. Riad: 2014. Internet: http://www.sfd.gov.sa/webcenter/faces/oracle/webcenter/page/scopedMD/s5dc73d77_7324_4d08_b347_444721019cba/Page4.jspx?wc.contextURL=%2Fspaces%2Fsfidinternet&_afLoop=34667654106890&wc.originURL=%2Fspaces%2Fsfidinternet%2Fpage%2FSFD%2BAdministration#%40%3F_afLoop%3D34667654106890%26wc.originURL%3D%252Fspaces%252Fsfidinternet%252Fpage%252FSFD%252BAAdministration%26wc.contextURL%3D%252Fspaces%252Fsfidinternet%26_adf.ctrl-state%3Dtce6nc901_740, letzter Zugriff: [24.01.2014].

kaum Strategiepapiere gibt; sehr verstreut können sich durch eine gründliche und zeitaufwendige Recherche und Analyse von zahlreichen Politikdokumenten, Pressemitteilungen oder Homepages einige Anhaltspunkte herausfiltern lassen. Die derzeitige strategische Ausrichtung der IDB geht auf das „World Social Summit“ aus dem Jahr 1995 zurück, bei dem Armutsbinderung zum herausforderndsten Ziel für das nächste Jahrhundert erklärt wurde und soziale Unruhen aufgrund von Ungleichheiten und ständigen Wirtschaftskrisen vorausgesehen wurden. Die Mitgliedsstaaten der IDB einigten sich damals auf eine Politik der Armutsbinderung, Bildung, Gesundheit, Gleichstellung der Geschlechter und Umweltnachhaltigkeit – größtenteils bis 2015 (vgl. Salih 1999: 8).

Beim „Joint Arab Report“ lassen sich folgende entwicklungspolitische Informationen ausmachen: das Ziel, Entwicklungsgelder frei von Verwaltungs- und Transportkosten und fern von komplizierten Mechanismen bereitzustellen. Die Finanzierung von Entwicklungsprojekten sozialer sowie wirtschaftlicher Art durch die Unterstützung wirtschaftlicher Reformen in arabischen Ländern und der Stärkung des wirtschaftlichen Zusammenhalts. Unter „soziale Entwicklung“ fallen Grundversorgung, Schulbildung, Fachausbildung, Gesundheitsversorgung, die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, die Unterstützung der Partnerländer in Afrika südlich der Sahara bei der Erreichung der Millennium Development Goals sowie eine Milderung der Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise (vgl. AFESD 2010: 227ff.).

Die allgemeinen Ziele von Arab Aid sind sogar auf der Homepage des Abu Dhabi Funds aufgeführt. Diese liegen in der Verminderung von Armut, Förderung sozialer Gleichheit und nachhaltigem *Wachstums*. Die Strategie dafür lautet: Förderung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und des Umweltschutzes, Investition in soziale Programme, die „die Möglichkeiten der Empfängerländer erweitern“ – möglicherweise stellt dies ein Bezug zum „Capability Approach“ der IDB dar – und die Förderung regionaler wirtschaftlicher Integration durch Förderung von zwischenstaatlichen Kooperationen, die wiederum zur Schaffung neuer Märkte führen sollen (vgl. ADFD 2008). Alles in allem teilen Akteure von Arab Aid also tatsächlich dieselben Entwicklungskonzepte und verfolgen dieselbe Entwicklungspolitik. Dabei fällt auf, dass die Erreichung der MDGs eine große Rolle spielt und auch sonst Ziele verfolgt werden, die typisch für „traditionelle“ Geber sind. Auch China soll in Afrika „traditionelle Entwicklungsziele“ wie die Förderung ökonomischer und sozialer Entwicklung verfolgen, u. a. die Umsetzung der MDGs, wobei die Förderung einer nachhaltigen Umwelt aufgrund der scharfen Kritik Chinas angesichts umweltverschmutzender Praktiken in Afrika wohl keine Priorität darstellt. Wie bereits erwähnt, ist bezüglich Brasilien, Indien und Südafrika lediglich

bekannt, dass die durch Süd-Süd-Kooperation die Verwirklichung der MDGs für ihre eigene Bevölkerung anstreben (vgl Hackenesch 2009: 2ff., Mayer 2009: 47, Soudien 2009: 229, Chaturvedi 2010: 31, Söderberg 2010: 130). Die Ansicht der IDB, dass Armut und Krankheiten die Sicherheit von Menschen gefährden, klingt ähnlich der Herstellung einer Beziehung zwischen Armut und der Gefährdung menschlicher Sicherheit durch die Auslösung von Kriegen, Terrorismus oder die Destabilisierung von Staaten im westlichen Entwicklungsdiskurs. Doch inwiefern die IDB diese Ebene der menschlichen Sicherheit, und nicht nur eine unmittelbare Gefährdung des Lebens von Menschen durch Armut und Krankheit, meint, bleibt unklar. Unverkennbar ist hingegen der Konsens unter der IDB, China und dem „Westen“, Frieden und Stabilität als essentielle Voraussetzungen für Entwicklung zu betrachten (vgl. IDB 2006: 13ff., Schrader 2008: 12, Schläger 2011: 3f., Ihne/Wilhelm 2013: 15f.).

Die Analyse hat gezeigt, dass die IDB umfangreiche Maßnahmen zur Erfüllung der Prinzipien des Pariser Prozesses in ihre Aktivitäten integriert hat. Auch die Untersuchung der Verortung „neuer Geber“ im westlichen Entwicklungsdiskurs hat ergeben, dass Mitglieder der Süd-Süd-Kooperation sich bereits vor Busan zum Pariser Prozess offiziell bekannt haben und sich für die effektive Gestaltung ihrer Kooperation durch einen inklusiven Ansatz, der Förderung lokaler Lösungen, den Süd-Süd-Instrumenten Erfahrungsaustausch und gegenseitiges Lernen, Ownership, Kontrolle und Transparenz sowie effektive Planung und Implementierung, ausgesprochen (vgl. Steering Committee 2010: 2ff.). Hier zeigt sich also, dass die IDB Prinzipien und Ansätze in ihre Entwicklungspolitik integriert, die erst Jahre später offiziell beschlossen werden. Möglicherweise wurden beim Bogotá-Gipfel jene Ansätze offiziell bestätigt, die bereits lange vorher Bestandteil der Süd-Süd-Kooperation waren – oder aber, die IDB war Vorreiter dieser Entwicklung. Auch das vielkritisierte China weist zumindest in Afrika eine in sich kohärente, koordinierte, effiziente und effektive Projektgestaltung auf. Selbst die Befolgung eines Grass-Root-Ansatzes seitens Chinas wurde 2009 von einer Angehörigen der deutschen GTZ bestätigt (vgl. Bese/Dederichs/Gebauer 2009: 24, Mayer 2009: 91, Paulo/Reisen 2009: 286f., Mahmoud 2010: 199ff.). Somit ist es nicht verwunderlich, dass die Koordinationsgruppe von Arab Aid trotz fehlender Strategiepapiere ebenfalls die Bindung an Prinzipien wie Ownership, Transparency, Alignment, Harmonization, Mutual Accountability, Defragmentation, Effective Partnerships und Managing for Results erkennen lässt (vgl. Coordination Group 2011, OFID 2011a). Ihre Bezugnahme auf die „Paris Declaration“ aus dem Jahr 2005, „Accra Agenda for Action“ aus dem Jahr 2008, die Teilnahme am „Busan Forum for Development Effectiveness“ im Jahr 2011 sowie die Bezugnahme auf die „Doha Conference on

Financing for Development“ des Jahres 2008 und die Rio+20-Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung des Jahres 2012 – die damals noch nicht stattgefunden hatte, betonen nicht nur ihre Bemühungen um Aid Effectiveness, sondern zeigen auch die Bedeutung von internationalen EZA-Richtlinien für diese Gebergruppe, zumal auch die Teilnahme des Saudi Funds an der Entwicklungskonferenz in Mexiko-City im Jahr 2009 betont wird. Auch „nachhaltige Entwicklung“ ist eines der Schlagworte, die sich neben „sozioökonomischer Entwicklung“ und „menschlicher Entwicklung“ im Zusammenhang mit Arab Aid finden lassen (vgl. AFESD 2010: 227 ff., Coordination Group 2011, OFID 2011b, OFID 2011c) und erinnern an die Kombination wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen als Strategie für eine nachhaltige Armutsminderung seitens der IDB. „Hilfe zur Selbsthilfe“, Pro-Poor Projekte und gemeinschaftsbasierte Initiativen sind wichtige Ansätze der IDB. Breitenwirksames Wachstum ist beispielsweise auch Teil der deutschen, britischen und französischen Entwicklungsagenda sowie jener der Weltbank – und laut des Deutschen Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein hochaktuelles Thema in der internationalen Entwicklungspolitik sowie Bestandteil vieler Poverty Strategy Paper (vgl. Böhm/Schwarzbeck/Lepenieš/Spatz 2006: 3). Aber auch „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist ein allgemein anerkannter Ansatz in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, der beispielsweise seit 1990 als offizieller Ansatz in der deutschen EZA gilt und auch für die österreichische EZA maßgebend ist. Glaubt man der ehemaligen österreichischen Außenministerin Ursula Plassnik, ist dieser sogar „[...] das nachhaltigste Rezept in der Entwicklungszusammenarbeit“ (OEZA 2008). „Hilfe zur Selbsthilfe“ wird auch von Südkorea und Japan, die OECD-Mitglieder sind und in ihrer Kooperation viele Parallelen zu asiatischen Gebern haben, vertreten, wobei nicht bekannt ist, ob China oder andere „neue Geber“ diesen Ansatz ebenfalls befolgen. Die Betonung von Instrumenten der Süd-Süd-Kooperation wie Partnerschaften zwischen Ländern und Organisationen, Wissenstransfer und technische Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und Übertragung von Best Practice finden sich in den Dokumenten der IDB zu genüge. Hinweise auf die für „neue Geber“ typische Lieferbindung oder für Indien und China so typischen Paketprojekte finden sich weder bei der IDB noch bei anderen Akteuren von Arab Aid; auch empfangen die Regierungen, deren Entwicklungsorganisationen zu Arab Aid zählen, keinerlei EZA-Gelder, gelten aber allesamt als „Entwicklungsländer“ – im Gegensatz zu den „neuen Gebern“ wie Brasilien, China und Indien, die als „Schwellenländer“ bezeichnet werden und selbst Entwicklungsgelder erhalten, sich aber in einer Übergangsphase zur vollständigen Wandlung in Geberstaaten befinden (vgl. Mayer 2009: 46). Politische oder wirtschaftliche Machtambitionen lassen sich – anders als bei den BRICS-Staaten – bei den drei arabischen Geberstaaten nicht

feststellen. Dafür teilen sie die Kritik an die imperialistische Wirtschaftspolitik des Westens, fordern eine Weltmarktintegration und sehen in der Entwicklungszusammenarbeit bzw. „Kooperation“ einen Weg zur Förderung politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit (vgl. Deutscher Bundestag 1991: 2, IDB 2006 1ff., Page 2006: 11, Stevens 2006: 114, Unmüßig 2008: 3, Mayer 2009: 20f., Holtz 2010: 5, Neubert 2012: 29).

Interpretation

Es zeigt sich also, dass die Islamic Development Bank zwar mit der „Vision for Human Dignity“ ein eigenes Entwicklungskonzept entwickelt hat, jedoch Ziele formuliert hat, die absolut kompatibel sind mit jenen westlicher Geber, v. a., da die MDGs die Vorlage für ihre Armutsziele darstellen. Auch die verfolgten Strategien entsprechen dem vorherrschenden Entwicklungsdiskurs, erweitert durch die Komponente der islamisch kompatiblen Finanzierung von Projekten. Ansätze und Prinzipien spiegeln den vorherrschenden Entwicklungsdiskurs wider, wobei Good Governance als einziges Prinzip angepasst wurde, um das Souveränitätsprinzip und Partnerschaftlichkeitsprinzip nicht zu verletzen. Denn Prinzipien und Ansätze der Süd-Süd-Kooperation werden von der IDB ebenfalls hochgehalten. Die islamische Komponente bei der „Vision for Human Dignity“ scheint sich neben der Rhetorik (Solidarität aufgrund Brüderlichkeit; partnerschaftliche und brüderliche Beziehung zu Empfängerländern; Frauen als „Sisters of Islam“ ... etc.) wenig Einfluss auf die Ziele und Strategien der IDB zu haben; diese werden lediglich durch das Ziel der Schaffung einer gemeinsamen Identität aller Mitgliedsländer und dem Ausbau der islamischen Finanzindustrie ergänzt. Bis auf die Verweigerung von Konditionalitätsregime und die fehlende Transparenz bezüglich ihrer EZA, ließe sich Arab Aid problemlos in DAC-Gebergruppe integrieren; genauso scheinen die Mitglieder von Arab Aid auch typische Akteure der Süd-Süd-Kooperation darzustellen, sowohl bei ihren Prinzipien, als auch bei ihrer anti-imperialistischen Ideologie. Von „neuen Gebern“ unterscheiden sie der fehlende rasante Wirtschaftsaufschwung und die fehlenden politischen und wirtschaftlichen Machtbestrebungen, die eine Bedrohung für den Westen darstellen. Aus diesem Grund scheint es plausibel, sie als eine eigene Gebergruppe zu betrachten, wie es etwa Richard Manning tut. Die Vernachlässigung im herrschenden Entwicklungsdiskurs liegt daran, dass dieser ein durch und durch westlicher ist und bisher jegliche Forderungen und Einbringungsversuche seitens nichtwestlicher Akteure unterbunden wurden. Neueste Entwicklungen versprechen die Einbindung nichtwestlicher Akteure, wobei die Realisierung dieser Versprechen nicht absehbar ist. Der Grund für die Vernachlässigung von Arab Aid in der „Neue-Geber-Debatte“ scheint die fehlende Bedrohung und Konkurrenz zu westlichen Gebern zu sein, wobei die Umsetzung

anerkannter „EZA-Standards“ sicherlich ihren Beitrag dazu leistet. Dabei ist anzumerken, dass „neue Geber“ hinsichtlich ihrer Praktiken ohnehin kaum von westlichen Akteuren zu unterscheiden sind. Die Vernachlässigung in der allgemeinen EZA-Debatte, ob in der Öffentlichkeit oder auch in der Wissenschaft, und die fehlende Erforschung der Gebergruppe wird zwar durch die fehlende Transparenz der EZA von Arab Aid begründet, ist jedoch offensichtlich auch auf andere, noch nicht ergründete Ursachen, zurückzuführen.

Conclusio

Der Entwicklungsdiskurs hat sich seit den Anfängen der Entwicklungspolitik in den 1950er Jahren mehrmals gewandelt, wobei die Modernisierungstheorie, stets ergänzt durch eine neoliberale Haltung gepaart mit aktuellen Entwicklungsdiskursen, sich über die Jahrzehnte am hartnäckigsten gehalten hat. Auch über die Jahre konstant geblieben ist die Definitionshoheit westlicher Akteure im vorherrschenden Entwicklungsdiskurs und eine oppositionelle Haltung nichtwestlicher Akteure, die seit dem Ende der Kolonialzeit strukturelle Veränderungen in der internationalen Politik und Wirtschaftspolitik und ihre Gleichstellung mit westlichen Mächten fordern. Neue Entwicklungen versprechen einen Wandel der anachronistischen Strukturen und Weltbilds und eine gleichwertige Partnerschaft – zumindest in der Entwicklungszusammenarbeit. Das Auslaufen der gegenwertigen Entwicklungsagenda hat zahlreiche Akteure des globalen „Südens“ mobilisiert, die sich eine Mitgestaltung der künftigen Entwicklungsagenda und dadurch die Grundsteinsetzung für das Aufbrechen alter imperialistischer Macht- und Abhängigkeitsstrukturen erhoffen. Doch ein Zugeständnis seitens westlicher Akteure würde ein Verzicht auf „Privilegien“, die es sich bei internationalen Verhandlungen bisher selbst zugesprochen hatte, bedeuten und die Aufgabe manifester Interessen bedeuten. Aus diesem Grund bleibt die Aussicht auf ein Wandel in absehbarer Zeit fraglich. Bis dahin, gilt das alte System mit seinem fragmentierten Akteursmuster, in dem „neue Geber“ „traditionellen“ Gebern gegenüberstehen. Heftig kritisiert und debattiert, sorgen insbesondere die Schwellenländer unter ihnen, für Wirbel und Aufsehen. Dabei stellt sich heraus, dass diese Kritik weniger auf Menschenrechtsverletzungen und der Verfolgung eigener Interessen ohne Rücksicht auf Verluste zurückzuführen ist, sondern die ersten Boten eines Machtkampfes zwischen einer alteingesessenen und einer aufstrebenden Zukünftigen hegemonialen Macht (-gruppe) darstellen. Aus diesem Grund scheinen arabischer Geber, trotz immenser Entwicklungsleistungen, außerhalb der Entwicklungsdebatte zu stehen und auch von vielen Autoren einer eigenen Geberkategorie zugewiesen zu werden. Fehlende Machtambitionen liefern neben dem Argument eines spärlichen Datenmaterials über ihre Entwicklungsaktivitäten jedoch keine ausreichenden Argumente für ihre Vernachlässigung in der Entwicklungsforschung. Die Analyse der Islamic Development Bank und die Verortung „neuer Geber“ im herrschenden Entwicklungsdiskurs haben ergeben, dass sie allesamt nicht nur ähnliche Entwicklungsziele verfolgen, sondern auch die Ansätze und Prinzipien des vorherrschenden Entwicklungsdiskurses anerkannt und mehr oder weniger in ihre Entwicklungspolitik integriert

zu haben. Dennoch kommt es zu einer Abgrenzung dieser Akteure von westlichen Akteuren bzw. OECD-DAC-Gebern, obwohl diese selbst – entgegen ihrer Suggestion – fragmentiert sind und teilweise unterschiedliche Politiken verfolgen, die auch jener „neuer Geber“ nicht unähnlich sind. Hinzu kommt, dass diese aus der Sicht und dem Verständnis westlicher Geber heraus beurteilt und kritisiert werden, wodurch ihnen die Definitionshoheit über sich selbst verwehrt wird. Alles in allem scheinen die verschiedenen Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit nicht nur einander ähnlicher zu sein, als der „Westen“ zugeben will, sondern auch von seiner eigenen Politik, die teilweise eigene Prinzipien außer Acht lässt und ablenken zu wollen.

Literaturverzeichnis

Bibliographie

Abdenur, Adriana: The Strategic Triad. Form and Content in Brazil's Triangular Cooperation Practices. In: South-South Cooperation in Education & Development. Herausgegeben von Linda Chisholm und Gita Steiner-Khamsi. Teachers College Press, New York: 2009, S.

Al-'Ubayd, 'Abdullah bin Šāliḥ: Injāzāt Al-Mamlakah Al-'Arabiyah Al-Sa'ūdiyyah fī khidmat Al-Islām wa Al-Muslimīn. Al-Munaḍḥamāt Al-Islāiyah Al-Kubrā. In: King Abdulaziz Foundation for Research and Archives, Riad: 2012.

Amin, Samir: Maldevelopment. Anatomy of a Global Failure. In: Studies in African Policial Economy. Herausgegeben vom United Nations University Press und Third World Forum. Zed Books, London 1990.

Bese, Daniela/Dederichs, Anna/Gebauer, Henri: Auf dem Weg zu einer wirksameren Entwicklungszusammenarbeit? In: Neue Geber, neue Ansätze – auf dem Weg zu einer wirksameren Entwicklungszusammenarbeit? Herausgegeben von der Humboldt-Universität zu Berlin (u.a.). Entwicklungspolitische Diskussionstage, Schriftenreihe des Seminars für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaftlich Gärtnerische Fakultät. Berlin: 2009.

Booth, David: Is the New Aid Agenda Anti-Trade? In: Trade and Aid. Partners or Rivals in Development Policy? Herausgegeben von Sheila Page. Cameron May, London: 2006, S. 35-50.

Curtis, Mark/Hickson, Claire: Arming and Alarming? Arms Exports, Peace and Security. In: The New Sinosphere. China in Africa. Herausgegeben von David Mephram und Leni Wild. IPPR, London: 2006, S. 37-46.

Duffield, Mark: The Development-Securitiy Nexus in Historical Perspective: Governing the World of Peoples. In: Challenging the Aid Paradigm. Western Currents and Asian Alternatives. Rethinking International Development Series. Herausgegeben von Jens Stilhoff Sörensen. Palgrave Macmillan, Hampshire: 2010, S. 25-46.

Fiege, Karin: Zusammenarbeit in Zeiten von Krisen und Katastrophen: Zwischen Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. In: Publikationsserie Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE). Entwicklungszusammenarbeit gestalten. Inhalte und Methoden für ein erfolgreiches Wirken in einem komplexen Berufsfeld, herausgegeben von Karin Fiege und Theo Rauch, Berlin: 2012, S. 83-113.

Fischer/Karin/Hödl, Gerald/Sievers,Wiebke [Hg.]: Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien, Mandelbaum, 2008.

Hanf, Theodor/Weiler, Hans N.: Entwicklung als Beruf. Peter Molt zum achtzigsten Geburtstag. In: Entwicklung als Beruf. Festschrift für Peter Molt. Nomos-Verlagsgesellschaft. Herausgegeben von Theodor Hanf, Hans N. Weiler und Helga Dickow. 1. Auflage, Baden-Baden: 2009.

Ihne, Hartmut/Wilhelm, Jürgen: Grundlagen der Entwicklungspolitik. In: Einführung in die Entwicklungspolitik, herausgegeben von Ihne und Wilhelm, 3. Neu überarbeitete Auflage, LIT Verlag, Berlin: 2013, S. 5-40.

Kaplinsky, Raphael: Winners and Losers: China's Trade Treats and Oppurtunities for Africa. In: The New Sinosphere. China in Africa. Herausgegeben von David Mephram und Leni Wild. IPPR, London: 2006, S. 12-22.

Keeley, Brian: From Aid to Development. The Global Fight against Poverty. OECD-Insights. OECD Publishing, 2012.

Laerkvist, Johan: Chinese ans African Views on Chinese Aid and Trade in Africa. In: Challenging the Aid Paradigm. Western Currents and Asian Alternatives. Rethinking International Development Series. Herausgegeben von Jens Stilhoff Sörensen. Palgrave Macmillan, Hampshire: 2010, S. 16.

Hilsum, Lindsey: China, Africa and the G8 - Or Why Bob Geldof Needs to Wake Up. In: The New Sinosphere. China in Africa. Herausgegeben von David Mephram und Leni Wild. IPPR, London: 2006, S. 5-11.

Le Pere, Garth / Shelton, Garth: China, Africa and South Africa. South-South co-operation in a global era. Institute for Global Dialogue, Midrand, South Africa: 2007.

Mahmoud, Yahia Mohamed: Chinese Foreign Aid: The Tale of a Silent Enterprise. In: Challenging the Aid Paradigm. Western Currents and Asian Alternatives. Rethinking International Development Series. Herausgegeben von Jens Stilhoff Sörensen. Palgrave Macmillan, Hampshire: 2010, S. 186-213.

Mair, Anton/Mair, Dominique-Claire/Walter, Franziska: Good Governance. Leitlinien der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Neuauflage. Wien: 2011.

Martens, Jens: Globale Nachhaltigkeitsziele für die post-2015-entwicklungsagenda. SDG-Report herausgegeben vom Global Policy Forum Europe und Terre des Hommes, Leppert, Bonn/Osnabrück: Januar 2013.

Mayer, Harald: Die Rückkehr Chinas nach Afrika. Chinas aktuelles Engagement in Afrika aus entwicklungspolitischer Sicht. Diplomarbeit, ÖFSE Forum 36, 1. Auflage, Wien: 2009.

Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 7. Auflage, Deutscher Studienverlag, Weinheim 2000.

Mayring, Philipp: Einführung in die qualitative Sozialforschung. 5. Auflage, Beltz Verlag, Weinheim/ Basel: 2002.

Melber, Henning: China in Africa: Any Impact on Development and Aid? In: Challenging the Aid Paradigm. Western Currents and Asian Alternatives. Rethinking International Development Series. Herausgegeben von Jens Stilhoff Sørensen. Palgrave Macmillan, Hampshire: 2010, S. 214-240.

Menzel, Ulrich: Entwicklungstheorie. Geschichte und Hauptkontroversen. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 94, Technische Universität Braunschweig, Januar 2010.

Mischo, Frank/Rehbein, Kristina: Entwicklungszusammenarbeit und eigene Wirtschaftsförderung - eine neue Überschuldungswelle durch neue Geber? In: Schuldenreport 2012. 1982-2012: 30 Jahre Schuldenkrise. Herausgegeben von Entwicklung braucht Entschuldung und Kindernothilfe. Knotenpunkt, Düsseldorf: März 2012, S. 28-33.

Morais de Sá e Silva, Michelle: South-South Cooperation. Past and Present Conceptualization and Practice. In: South-South Cooperation in Education & Development. Herausgegeben von Linda Chisholm und Gita Steiner-Khamsi. Teachers College Press, New York: 2009, S. 39-59.

Mytelka, Lynn K.: South-South Co-Operation in a Global Perspective. Development Centre Documents, OECD, Paris: 1994.

Neubert, Dieter: Ist Entwicklung machbar? James Shikwatis marktliberale Thesen im Kontext der aktuellen Debatten über Entwicklungspolitik. In: Entwicklung als Beruf. Festschrift für Peter Molt. Herausgegeben von Theodor Hanf, Hans N. Weiler und Helga Dickow. Nomos-Verlagsgesellschaft, 1. Auflage, Baden-Baden: 2009.

Neubert, Susanne: Entwicklungspolitik wirksamer gestalten: Internationale Entwicklungszusammenarbeit im Wandel. In: Publikationsserie Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE). Entwicklungszusammenarbeit gestalten. Inhalte und Methoden für ein erfolgreiches Wirken in einem komplexen Berufsfeld, herausgegeben von Karin Fiege und Theo Rauch, Berlin: 2012, S. 10-33.

Nohlen, Dieter/Grotz, Florian: Kleines Lexikon der Politik. 4. aktualisierte und erweiterte Auflage, Beck, München: 2007.

Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik. Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Vollständig überarbeitete und aktualisierte Neuauflage eines Standardwerkes. Dietz, Bonn: 2004.

Page, Sheila: Trade and Aid. Partners or Rivals in Development Policy? Cameron May, London: 2006.

Pinger, Winfried: Radikale Änderung der Entwicklungspolitik! In: Entwicklung als Beruf. Festschrift für Peter Molt. Herausgegeben von Theodor Hanf, Hans N. Weiler und Helga Dickow. Nomos-Verlagsgesellschaft, 1. Auflage, Baden-Baden: 2009,

Price, Daniel E.: Islamic Political Culture, Democracy, and Human Rights: A Comparative Study. Praeger Publishers, Westport 1999.

Rocha, John: Managing Natural Resources Wealth: African Strategies for China. In: The New Sinosphere. China in Africa. Herausgegeben von David Mephram und Leni Wild. IPPR, London: 2006, S. 29-36.

Sangmeister, Hartmut: Entwicklung und internationale Zusammenarbeit. Eine Einführung. Weltwirtschaft und internationale Zusammenarbeit, Band 5, 1. Auflage. Nomos, Baden-Baden: 2009.

Sangmeister, Hartmut/Schönstedt, Alexa: Entwicklungszusammenarbeit im 21. Jahrhundert. Ein Überblick. Weltwirtschaft und internationale Zusammenarbeit, Band 8, 1. Auflage. Nomos, Baden-Baden: 2010.

Sautman, Barry: Honour and Shame? China's Africa Ties in Comparative Context. In: The New Sinosphere. China in Africa. Herausgegeben von David Mephram und Leni Wild. IPPR, London: 2006, 54-61.

Schiemann, Wulf: Staatszerfall – Begriffsanalyse, Ursachen und Verlauf am Beispiel Somalias. Universität der Bundeswehr München, Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften, Grin Verlag, München: 2011.

Sen, Amartya: Development as Freedom. Anchor Books, New York: 2000.

Söderberg, Marie: Challenges or Complements for the West: Is there an „Asian“ Model of Aid Emerging? In: Challenging the Aid Paradigm. Western Currents and Asian Alternatives. Rethinking International Development Series. Herausgegeben von Jens Stilhoff Sörensen. Palgrave Macmillan, Hampshire: 2010, S. 107-137.

Stevens, Christopher: Can EU Policy be Coherent? In: Trade and Aid. Partners or Rivals in Development Policy? Herausgegeben von Sheila Page. Cameron May, London: 2006, S. 99-116.

Vögtli, Franziska: Organisationsentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit. Grundlagen – Strategien – Perspektiven. Masterarbeit, Universität Bern, Kompetenzzentrum für Public Management. Bern: 2009

Vries, Peer: Escaping poverty: The Origins of Modern Economic Growth. Uni Wien, V & R Unipress, Göttingen: 2013.

Weiland, Heribert: Der Fluch der guten Absicht: Die kontraproduktiven Folgen der „Neuen Entwicklungsarchitektur“. In: Entwicklung als Beruf. Festschrift für Peter Molt. Herausgegeben von Theodor Hanf, Hans N. Weiler und Helga Dickow. Nomos-Verlagsgesellschaft, 1. Auflage, Baden-Baden: 2009,

Zaidan, Amir M. A.: At-tafsir. Eine philologisch, islamologisch fundierte Erläuterung des Quran-Textes. Islamische Enzyklopädie, Band 1, ADIB Verlag, Offenbach: 2000.

Zaidan, Amir M. A.: Usuulul-fiqhi wa qawaa'iduh. Einführung in die Belegquellen und ihre Hermeneutik sowie in die Fiqh-Regeln. Islamische Enzyklopädie, Band 7, IBIZ Verlag, Wien: 2011.

Ziai, Aram: Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Entwicklungspolitik, 10/2010, S. 23-29.

Ziai, Aram: The Millennium Development Goals: Back to the Future? In: Third World Quarterly, Vol. 32, Nr. 1, 2011, S. 27–43.

Wissenschaftliche Artikel

Böhm, Astrid/Schwarzbeck, Frank/Lepenes, Philipp/Spatz, Julius: „Pro Poor Growth“. Das entwicklungspolitische Thema breitenwirksames Wachstum. BMZ Spezial 142, Oktober, Berlin/Bonn: 2006. Internet: www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/spezial142pdf.pdf, letzter Zugriff: [24.01.2014].

Villanger, Espen: Arab Foreign Aid. Disbursement Patterns, Aid Policies and Motives. CMI Report R 2007: 2.

Denney, Lisa/Wild, Leni: Arab Donors. Implications for Future Development Cooperation. EDC 2020 Policy Brief No. 13, March 2011. Internet: http://www.edc2020.eu/fileadmin/publications/EDC_2020_-_Policy_Brief_No_13_-_Arab_Donors_Implications_for_Future_Development_Cooperation.pdf, letzter Zugriff: [11.01.2012].

Dreher, Axel/Nunnenkamp, Peter/Thiele, Rainer: Are „New“ Donors Different? Comparing the Allocation of Bilateral Aid Between nonDAC and DAC Donor Countries. World Development Vol. 39, No. 11, 2011, S. 1950–1968.

Easterly, William/Williamson, Claudia R.: Rhetoric versus Reality. The Best and Worst of Aid Agency Practices. World Development Vol. 39, No. 11, 2011, S. 1930–1949.

Hamid, Habiba: Overseas Development Assistance from the UAE. Structuring Donor Relations in the Context of the Arab League's Fragile States. Working Paper Series of the Dubai School of Government No. 09-03, Dubai: August 2009. Internet: <http://www.dsg.ae/LinkClick.aspx?link=WP09-03.pdf>, letzter Zugriff: [09.01.2012].

Harmer, Adele/Martin, Ellen: Diversity in Donorship. Field Lessons. In: Overseas Development Institute [Hg.]: Humanitarian Policy Group Report Nr. 30, March 2010.

Hausmann, Jeannine: Brasilien als neuer Geber. In: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik (AIPA), Nr. 4/2008. Internet: http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/aipa/AIPA_4_2008_Hausmann.pdf, letzter Zugriff: [01.12.2011].

Knappe, Katharina (a): Arabische Geber. Ein Kurzportrait. Kfw-Entwicklungsbank Development Research Nr. 1, 09. Februar 2011. Internet: http://www.kfw-entwicklungsbank.de/ebank/DE_Home/I/Download_Center/PDF-Dokumente_Fokus_Entwicklungspolitik/Fokus_Arabische_Geber.pdf, letzter Zugriff: [02.01.2012].

Smith, Kerry: Non-DAC Donors and Humanitarian Aid. Shifting Structures, Changing Trends. Briefing Paper of the Global Humanitarian Assistance Initiative, Juli 2011. Internet: <http://www.globalhumanitarianassistance.org/wp-content/uploads/2011/07/GHA-non-DAC-donors-humanitarian-aid1.pdf>, letzter Zugriff: [20.12.2011].

Talisuna, Ambrose O.: Eradicating Malaria in IDB Member Countries in Africa. Occasional Paper No. 13, IDB Economic Policy and Statistics Department, Jeddah: Mai 2008. Internet: <http://www.isdb.org/irj/go/km/docs/documents/IDBDevelopments/Internet/English/IDB/CM/Publications/Occasional%20Papers/MALARIA.pdf>, letzter Zugriff: [26.02.2012].

Chaturvedi, Sachin: Aufstrebende Mächte als Akteure der Entwicklungspolitik. In: APuZ („Aus Politik und Zeitgeschichte“). Entwicklungspolitik, 10/2010, S. 29-33.

Deutscher Bundestag: Bericht über die Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe. In: Drucksache 12/924, 11. Juli 1991. Internet: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/009/1200924.pdf>, letzter Zugriff: [19.01.2014].

Neumayer, Eric: Arab-related Bilateral and Multilateral Sources of Development Finance: Issues, Trends, and the Way Forward. World Economy 27 (2), 2004, S. 281–300.

Altenburg, Tilman/Weikert, Jochen: Entwicklungspolitische Dreiecksoperationen mit „Neuen Gebern“. DIE Analysen und Stellungnahmen, Nr. 5, Bonn 2007, S. 1.

Arndt, Christian/Volkert, Jürgen: Amartya Sens Capability-Approach – Ein neues Konzept der deutschen Armut- und Reichtumsberichterstattung. In: DIW Berlin, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung Nr. 75, 2006, S. 7-29.

Bachmann, Veit/Mwagiru, Makumi: Diversity and Eurocentrism. Incorporating collaboration, not paternalism, into EU aid policy. In: IP-Journal. Artikel vom 13.09.2011. Internet: <https://ip-journal.dgap.org/en/ip-journal/regions/diversity-and-eurocentrism>, letzter Zugriff: [20.12.2012].

Ernst, Tanja/Isodoro Losada, Ana María: Nord-Süd-Beziehungen: Globale Ungleichheit im Wandel? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Entwicklungspolitik, 10/2010, S. 10-15.

Denney, Lisa/Wild, Leni: Arab Donors. Implications for Future Development Cooperation. EDC 2020 Policy Brief No. 13, March 2011. Internet: http://www.edc2020.eu/fileadmin/publications/EDC_2020_-_Policy_Brief_No_13_-_Arab_Donors_Implications_for_Future_Development_Cooperation.pdf, letzter Zugriff: [11.01.2012].

Glotzbach, Stefanie/Hildebrandt, Ole/Krüger, Juliane: Die Millennium

Entwicklungsziele: Wegmarken für eine nachhaltige Entwicklung? INFU-Diskussionsbeiträge 35/07, Universität Lüneburg, Institut für Umweltkommunikation, Lüneburg: Mai 2007.

Grimm, Sven/Hackenesch, Christine: Busan und die „neuen Akteure“: Der steinige Weg zu einem gemeinsamen Verständnis von wirksamer Entwicklungspolitik. DIE-Kolumne vom 17.10., Stellenbosch, Bonn: 2011. Internet: [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/MRUR-8MQ9D3/\\$FILE/Deutsches-Institut-fuer-Entwicklungspolitik_Hackenesch+Grimm_17.10.2011.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/MRUR-8MQ9D3/$FILE/Deutsches-Institut-fuer-Entwicklungspolitik_Hackenesch+Grimm_17.10.2011.pdf), letzter Zugriff: [15.12.2013].

Hackenesch, Christine: China and the EU's Engagement in Africa: Setting the Stage for Cooperation, Competition or Conflict? Discussion Paper, DIE Research Project 'European Policy for Global Development', Nr. 16, Bonn: 2009.

Hackenesch, Christine: European Good Governance Policies Meet China in Africa: Insights from Angola and Ethiopia. EDC 2020 Working Paper No. 10, European Association of Development Research and Training Institutes, Bonn: Februar 2011.

Hausmann, Jeannine: Brasilien als neues Geberland in der Entwicklungszusammenarbeit. Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik (AIPA) Nr. 4, Universität zu Köln, Köln: 2008.

Holtz, Uwe: Die Millenniumsentwicklungsziele – eine gemischte Bilanz In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Entwicklungspolitik, 10/2010, S. 3-9.

Hurley, Gail: „Die neue Geographie der Geber: Im Fadenkreuz der Weltbank“. In: Altwater, Elmar u.a. [Hg.]: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 2, Februar 2007, S. 1-2.

Küblböck, Karin/Six, Clemens: „Neue Geber“. Perspektiven für die (österreichische) Entwicklungspolitik. ÖFSE, Working Paper 23, März 2009.

Lanzet, Peter: Busan Outcome Document: Was bringt's, was fehlt? Globale Verantwortung, Dezember 2011. Internet: <http://www.globaleverantwortung.at/start.asp?ID=247416>, letzter Zugriff: [14.12.2013].

Leibrecht, Harald: Wirksame Entwicklungshilfe. Nützliche Dreieckskooperation [Jahr]. Internet: <http://www.dandc.eu/articles/195788/index.de.shtml>

Maihold, Günther: Mehr Kohärenz in der Entwicklungspolitik durch Geberkoordination? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Entwicklungspolitik, 10/2010, S. 34-40.

ÖFSE: „Private Sector Development – a New Business Plan for Development?“ Presentation of ÖFSE's annual flagship report. Wien: 2013. Internet: http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/Tagungsdoku_16_05_2013.pdf, letzter Zugriff: [14.01.2014].

OIC: Report and Resolutions on Political, Muslim Minorities and Communities, Legal and Information Affairs. Homepage. Internet: [http://www.oic-oci.org/english/conf/fm/27/27th-fm-political\(3\).htm#60](http://www.oic-oci.org/english/conf/fm/27/27th-fm-political(3).htm#60), letzter Zugriff: [18.01.2014].

Paulo, Sebastian/Reisen, Helmut: Neue Geber, überholte Struktur. In: E+Z, 2009/10, Tribüne, Seite 386-387. Internet: <http://www.dandc.eu/articles/157339/index.de.shtml>

Reisen, Helmut: Die Neuvermessung der Welt: Konsequenzen für die Entwicklungszusammenarbeit. Meinungsforum Entwicklungspolitik, KfW-Development Research, Frankfurt am Main: 2010. Internet: https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2010_12_ME_Reisen-Neuvermessung-Welt_D.pdf, letzter Zugriff: [30.01.2014].

Schläger, Catrina: Schlaglichter internationaler Entwicklungszusammenarbeit der letzten 50 Jahre. Friedrich-Ebert-Stiftung, Redemanuskript anlässlich der Podiumsveranstaltung „Von der Entwicklungshilfe zur Globalen Strukturpolitik – Strategien und Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit“ am 24. Mai in der FES, Berlin: 2011. Internet: www.fes.de/gpol/pdf/FES_Schlaglichter_EZ.pdf, letzter Zugriff: [11.12.2013].

Schneider, Klaus: Wohlstand, Armut und Befähigungschancen. In: Ouschteren, Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur Luxemburg, Ausgabe Nr. 295, April 2010, S. 17-20. Online: http://www.forum.lu/pdf/artikel/6771_295_Schneider.pdf, letzter Zugriff: [18.01.2014].

Schrader, Heiko: Entwicklungssoziologie. Eine Begriffsbestimmung. Arbeitsbericht Nr. 48, Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften, Otto von Guericke Universität Magdeburg, April, 2008.

Smith, Kimberly/Yamashiro Fordelone, Talita/Zimmermann, Felix: Beyond the DAC. The Welcome Role of Other Providers of Development Co-Operation. OECD Development Co-Operation Directorate, DCD Issues Brief, May 2010. Internet: <http://www.oecd.org/dac/45361474.pdf>, letzter Zugriff: [13.11.2013].

Strebel, Barbara: Theorien, Strategien, Utopien. In: Partnerschaft. Dossier, 50 Jahre Entwicklungszusammenarbeit. Herausgegeben von Helvetas. Heft Nr. 181, August 2005.

Tsikata, Dzodzi: The Rights-based Approach to Development: Potential for Change or More of the Same? In: IDS Bulletin Vol. 35, Issue 4, Oktober 2004, S. 130–133.

Unmüßig, Barbara: Millennium-Entwicklungsziele – (k)ein Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung? Heinrich-Böll-Stiftung, 26. März 2008. Internet: http://www.boell.de/downloads/weltweit/unmuessig_nachhaltige_entwicklung.pdf, letzter Zugriff: [11.12.2013].

Journalistische Artikel

Schattenbanken durch die Hintertür reguliert. In: Handelsblatt, Artikel vom 13.12.2013. Internet: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/baseler-ausschuss-schattenbanken-durch-die-hintertuer-reguliert/9215542.html>, letzter Zugriff: [19.12.2013].

Zeit Online: Weltbank. Mehr Mitsprache für die Schwellenländer. Artikel vom 26. April 2010. Internet: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-04/weltbank-reform-stimmengewicht>, letzter Zugriff: [19.12.2013].

Politikpapiere

ADFD: Abu Dhabi Fund for Development. Aims and Goals. Abu Dhabi: 2008. Internet: <http://www.adfd.ae/FAQs/aims/default.aspx>, letzter Zugriff: [06.03.2012].

AFESD: Joint Arab Economic Report 2010. Internet: <http://www.arabfund.org/Data/site1/pdf/jaer/JAER2010.pdf>, letzter Zugriff: [06.03.2012].

AFESD: Joint Arab Economic Report 2012. Internet: <http://www.arabfund.org/Data/site1/pdf/jaer/English/JAER2012.pdf>, letzter Zugriff: [28.01.2014].

AFESD: Cooperation Secretariat of the Arab National and Regional Developmental Institutions, the Islamic Development Bank, and the OPEC Fund for International Development. Internet: <http://www.arabfund.org/Default.aspx?pageId=472>, letzter Zugriff: [11.01.2012].

Ali, Ahmad Mohamed: First Strategy 2008-2012. Report and Recommendations of the IDB President on the First Five-Year Strategy. Jeddah: 2007. Internet: <http://isfd.isdb.org/EN/publications/Documents/Foundation%20Documents/First%20ISFD%20Strategy%20-%202008-2012.pdf>, letzter Zugriff: [28.12.2013].

BMWFJ: Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013–2015. Internet: http://www.bmwfj.gv.at/Aussenwirtschaft/investitionspolitik/Documents/3JP_2013-2015.pdf, letzter Zugriff: [24.01.2014].

Coordination Group: Statement of Resolve of the Arab Funds of the Coordination Group. Busan: 2011. Internet: http://www.ofid.org/2011-11-02_Busan_Statement_of_Resolve.pdf, letzter Zugriff: [06.03.2012].

IDB: The Islamic Development Bank Vision 1400 H. A Vision for Human Dignity. Jeddah: 2006. Internet: http://www.isdb.org/irj/go/km/docs/documents/IDBDevelopments/Internet/English/IDB/CM/About%20IDB/IDB%201440H%20Vision/IDB_1440H_Vision-full_version.pdf, letzter Zugriff: [28.12.2013].

IDB: Policy Paper on Poverty Reduction. Jedda: 2007. Internet:
http://isfd.isdb.org/EN/publications/Documents/Foundation%20Documents/IDB%20Policy%20Paper%20on%20Poverty%20Reduction_English.pdf, letzter Zugriff: [08.01.2014].

IDB: Poverty Reduction. Resource Mobilization for Establishing a Fund for Poverty Reduction: High Level Delegation Sets out to Meet Heads of States in Member Countries. 2014. Internet:
<http://www.isdb.org/irj/portal/anonymous?NavigationTarget=navurl://aa8254c9e0a4110c9f80374f20cb5c6b>, letzter Zugriff: [17.01.2014].

OECD: Entwicklungszusammenarbeit Bericht 2011. Jubiläumsausgabe zum 50-jährigen Bestehen, OECD Publishing, 2011. Internet: http://www.oecd-ilibrary.org/entwicklungszusammenarbeit-bericht-2011_5kg3vwfvpt5k.pdf?contentType=/ns/Book&itemId=/content/book/dcr-2011-de&containerItemId=/content/serial/19991088&accessItemIds=&mimeType=application/pdf, letzter Zugriff: [06.11.2013].

OECD: The DAC Guidelines on Poverty Reduction. Paris: 2001. Internet:
<http://www.oecd.org/dataoecd/47/14/2672735.pdf>, letzter Zugriff: [06.03.2012].

OFID (a): Arab National and Regional Development Institutions – A Profile. Vienna: 2003.

OFID (b): Arab Aid. Past, Present and Future. Speeches delivered at the Symposium on Arab Development Aid in Dubai. Wien: 2003. Internet:
http://www.ofid.org/publications/PDF/arab_aid.pdf, letzter Zugriff: [04.01.2012].

OFID (a): Arab Funds commit to building on values of solidarity and global partnerships. Busan Forum discusses Aid Effectiveness. In: Press Release Nr. 30, November 2011. Internet:
http://www.ofid.org/news_press/2011/pr30_2011.aspx, letzter Zugriff: [26.01.2012].

OFID (b): Pledges to become a hub of cooperation on energy poverty alleviation. Human development and social responsibility programs are addressed at the 20th World Petroleum Congress. In: OFID Press Release Nr. 31, Dezember 2011. Internet:
http://www.ofid.org/news_press/2011/pr31_2011.aspx, letzter Zugriff: [26.01.2012].

OFID (c): Governing Board approves new loans and grants to benefit 28 countries. In: Press Release Nr. 32, Dezember 2011. Internet:
http://www.ofid.org/news_press/2011/pr32_2011.aspx, letzter Zugriff: [26.01.2012].

OHCHR: Universal Declaration of Human Rights. 60th Anniversary Special Edition 1948-2008. Internet: <http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/60UDHR/bookleten.pdf>, letzter Zugriff: [18.01.2014].

Steering Committee (of the Bogotá High Level Event): Bogotá Statement Towards Effective and Inclusive Development Partnerships. März 2010. Internet:
<http://www.un.org/en/ecosoc/newfunct/pdf/bogota-statement-final.pdf>, letzter Zugriff: [04.01.2014].

University of Minnesota: Cairo Declaration on Human Rights in Islam. Englische Übersetzung, Human Rights Library, 1993. Internet: <http://www1.umn.edu/humanrts/instree/cairodeclaration.html>, letzter Zugriff: [18.01.2014].

UNDP: The Millennium Development Goals. Eight Goals for 2015. 2013. Internet: <http://www.undp.org/content/undp/en/home/mdgoverview.html>, letzter Zugriff: [11.12.2013].

UNO: Millennium Summit of the United Nations New York: 2000. Internet: <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm>, letzter Zugriff: [25.01.2014].

Salih, Siddig Abdelmageed: The Challenges of Poverty Alleviation in IDB Member Countries. Jeddah: Oktober 1999. http://www.isdb.org/irj/go/km/docs/documents/IDBDevelopments/Internet/English/IDB/CM/Publications/Occasional%20Papers/poverty%20alleviation/PovertyAlleviation_IDB_MC.pdf, letzter Zugriff: [26.02.2012].

Sonstige Internetquellen

Deutsche Bundesregierung: Die Themen der G20. Presse- und Informationsamt der deutschen Bundesregierung. Internet: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/G8G20/G20-uebersicht.html>, letzter Zugriff: [19.12.2013].

Globale Verantwortung (a): Busan: Chance für eine NRO-freundlichere Entwicklungszusammenarbeit? Juli 2011. <http://www.globaleverantwortung.at/start.asp?ID=245455>, letzter Zugriff: [15.12.2013].

Globale Verantwortung (b): Wie aus einem Geberland dank 'inoffizieller' Lieferbindungen ein Empfängerland wird. September 2011. Internet: <http://www.globaleverantwortung.at/start.asp?ID=246146>, letzter Zugriff: [06.11.2013].

Globale Verantwortung: Building Blocks: Aktivitäten post-Busan. Juni 2012. Internet: <http://www.globaleverantwortung.at/start.asp?ID=249732>, letzter Zugriff: [14.12.2013].

Globale Verantwortung (a): Privatsektor als Problemlöser in EZA und Humanitärer Hilfe?. Jänner 2013. Internet: <http://www.globaleverantwortung.at/start.asp?ID=252626>, letzter Zugriff: [14.12.2013].

Globale Verantwortung (b): Post-Busan: Vorbereitungen für nächsten Gipfel sind angelaufen. August 2013. Internet: <http://www.globaleverantwortung.at/start.asp?ID=254471>, letzter Zugriff: [14.12.2013].

IDB: Homepage, 2012. <http://www.isdb.org/irj/portal/anonymous>, letzter Zugriff: [11.01.2012].

Leo: Online Englisch-Wörterbuch. Leo GmbH, München: 2006 – 2014. Internet: http://www.leo.org/index_de.html, letzter Zugriff: [25.01.2014].

OEZA: Homepage Österreichische Entwicklungszusammenarbeit. <http://www.entwicklung.at/aktuelles/hilfe-zur-selbsthilfe/>, letzter Zugriff: [19.01.2014].

OHCHR: Frequently Asked Questions on Human Rights-Based Approach to Development Cooperation. New York/Genf: 2006. Internet: www.ohchr.org/Documents/Publications/FAQen.pdf, letzter Zugriff: [16.12.2013].

SFD: Saudi Fund for Development Homepage. Riad: 2014. Internet: www.sfd.gov.sa, letzter Zugriff: [26.01.2014].

World Bank Institute: Fragile and conflict-affected situations. Internet: http://wbi.worldbank.org/wbi/Data/wbi/wbicms/files/drupal-acquia/wbi/fragile_situations_insert_fy12.pdf, letzter Zugriff: [18.12.2013].

Abstrakt

Arabische Geber, unter der Bezeichnung „Arab Aid“ subsumiert, blicken auf eine lange Gebertradition zurück; doch da sie zu den Non-DAC-Donors gehören, werden sie im Allgemeinen zu den „neuen Gebern“ gezählt. ihre Entwicklungszusammenarbeit gilt als gut koordiniert und ihre Entwicklungsmittel als besonders hoch. Dennoch werden sie in der Entwicklungsforschung vollkommen vernachlässigt und in der medialen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Auch in der „Neue-Geber-Debatte“, die rund um die Aktivitäten und Praktiken „neuer Geber“ in der Entwicklungszusammenarbeit entbrannt ist, kommen sie kaum vor. Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Entwicklungsdiskurs von Arab Aid und ihrer Positionierung in der internationalen Entwicklungsarchitektur. Mittels einer Inhaltsanalyse wurden entwicklungspolitische Dokumente auf Begrifflichkeiten, Konzeptionen, Ansätze, Strategien und Ziele hin untersucht, um sie dem herrschenden Entwicklungsdiskurs sowie der „Neue-Geber-Debatte“ gegenüberzustellen. Dabei stellte sich nicht nur heraus, dass die Praktiken „traditioneller“ Geber jenen der von ihnen kritisierten „neuen Geber“ sehr ähneln, sondern auch, dass es zu Annäherungen an den vorherrschenden, westlichen Entwicklungsdiskurs seitens „neuer Geber“ gekommen ist. Was die Entwicklungszusammenarbeit von Arab Aid angeht, so konnte eine deutliche Orientierung am westlichen Entwicklungsdiskurs festgestellt werden; des Weiteren fällt ihre Treue zu eigenen Prinzipien auf, welche eine Kombination aus islamischen Leitlinien und Prinzipien der Süd-Süd-Kooperation darstellen. Die Abwesenheit arabischer Geber in der „Neue-Geber-Debatte“ scheint mit fehlenden Machtansprüchen ihrerseits zusammenzuhängen – da diese durch die Bedrohung des politischen und wirtschaftlichen Monopols westlicher Mächte durch aufstrebende Ökonomien wie China, Indien oder Brasilien ausgelöst wurde. Ihre Abwesenheit in der öffentlichen Diskussion hingegen kann darauf zurückgeführt werden, dass sie vom Westen nicht ernst genommen werden. Die Ursachen dafür konnten leider nicht ergründet werden. Ihre Vernachlässigung in der Entwicklungsforschung hingegen, scheint an einer Kombination aus spärlichem Datenmaterial und fehlender Brisanz des Themas liegen.

Abstract

Arab Donors, known as „Arab Aid“, have a long tradition of giving aid. Nevertheless, they are generally called “emerging donors” or “new aid donors” because they are non-DAC donors. Their aid is well coordinated and their development assistance figures are quite high. However, they are neglected in the media and even in development research. They do not even appear in the debate about emerging donors. This thesis examines the aid discourse of Arab Aid and tries to allocate them in the international aid architecture. A qualitative data analysis of aid documents provides concepts, approaches, strategies and targets of Arab Aid which are compared with the predominant aid discourse and the collected information about the activities about emerging donors. The results of the analysis show, that there is little difference between the aid activities of new donors and of “traditional” donors, although western donors often criticize new donors to undermine their efforts through giving aid on different terms – or what some call “rogue aid” like Moisés Naím. In fact, controversial donors like China and India have converged to the aid „standards“ of western aid. The development assistance of Arab Aid follows western standards too and combine them with own principles; some of them are of Islamic origin and others are typical south-south approaches. The reason of the absence of Arab donors in the debate about new donors is that they do not seem to have any claims to power unlike China, India and Brazil, who have provoked this debate because of their emerging economies. The absence of Arab donors in the public media seems to be due to the fact, that western player do not take them seriously. The Neglect of Arab Aid in research seems to be caused to a combination of a lack of aid data and the fact of being a non-sensitive issue.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Vor- und Zuname: Rascha Ali-Ahmed ABOULGHAITH
Geburtsdatum: 8. Juni 1984
Geburtsort: Wien
Staatsangehörigkeit: Saudi-Arabien
E-Mail noural3ein@hotmail.com

Ausbildung

1989/90 Vorschule, Islamische Schule Wien
1990/91 1. Klasse (1 Semester) an al-Madrassa al-Sābi'a in Medina (Saudi-Arabien)
1991–1996 Grundschule, Islamische Schule Wien (Abschluss: 6. Schulstufe)
1996–1999: Gymnasium, Islamische Schule Wien (Abschluss: 9. Schulstufe)
1999–2004 Handelsakademie I, Akademiestrasse 12
Juni 2004 HAK-Matura mit Schwerpunkt Management (Reife- und Diplomzeugnis)
2004-2012 Studium der Kultur- und Sozialanthropologie an der Uni Wien
2005- Studium der Internationalen Entwicklung an der Uni Wien
Juli 2008 Teilnahme an der 25. Internationalen Sommerakademie am Friedensforschungszentrum Burg Schlaining zum Thema „Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? – Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien?“
2010-2012 Privater Lehrgang für Islamologie am Islamologischen Institut Wien

Wissenschaftliche Schwerpunkte

u. a. Friedens- und Konfliktforschung, Entwicklungsforschung, Entwicklungspolitik, internationale Politik und Recht.

Berufliche und Praxis-Erfahrungen

10.2012-06.2013: Lehrbeauftragte an der Islamischen Hochschule Wien

Seit 2012: Ehrenamtliches Mitglied und Mitarbeiterin bei Change Pioneers, Wien

2012: Organisation u. Leitung v. Bastel-Workshops, Hania Verein, Wien

Seit 2011: Coachings bei der Verfassung wissenschaftlicher Abschlussarbeiten

02.–11.2010 Assistenz der Geschäftsführung eines mittleren Unternehmens

Seit 2009: zeitweilige ehrenamtliche Dolmetsch- und Übersetzungstätigkeiten (Arabisch-Deutsch)

Seit 2008: mehrere ehrenamtliche Lehrtätigkeiten (Kinder und Erwachsene)

2008: Leitung eines Sommer-Workshops für Jugendliche, Liga Kultur Wien

Sprachen

Arabisch und Deutsch (fließend, in Wort und Schrift)

Englisch und Französisch (Matura-Niveau)